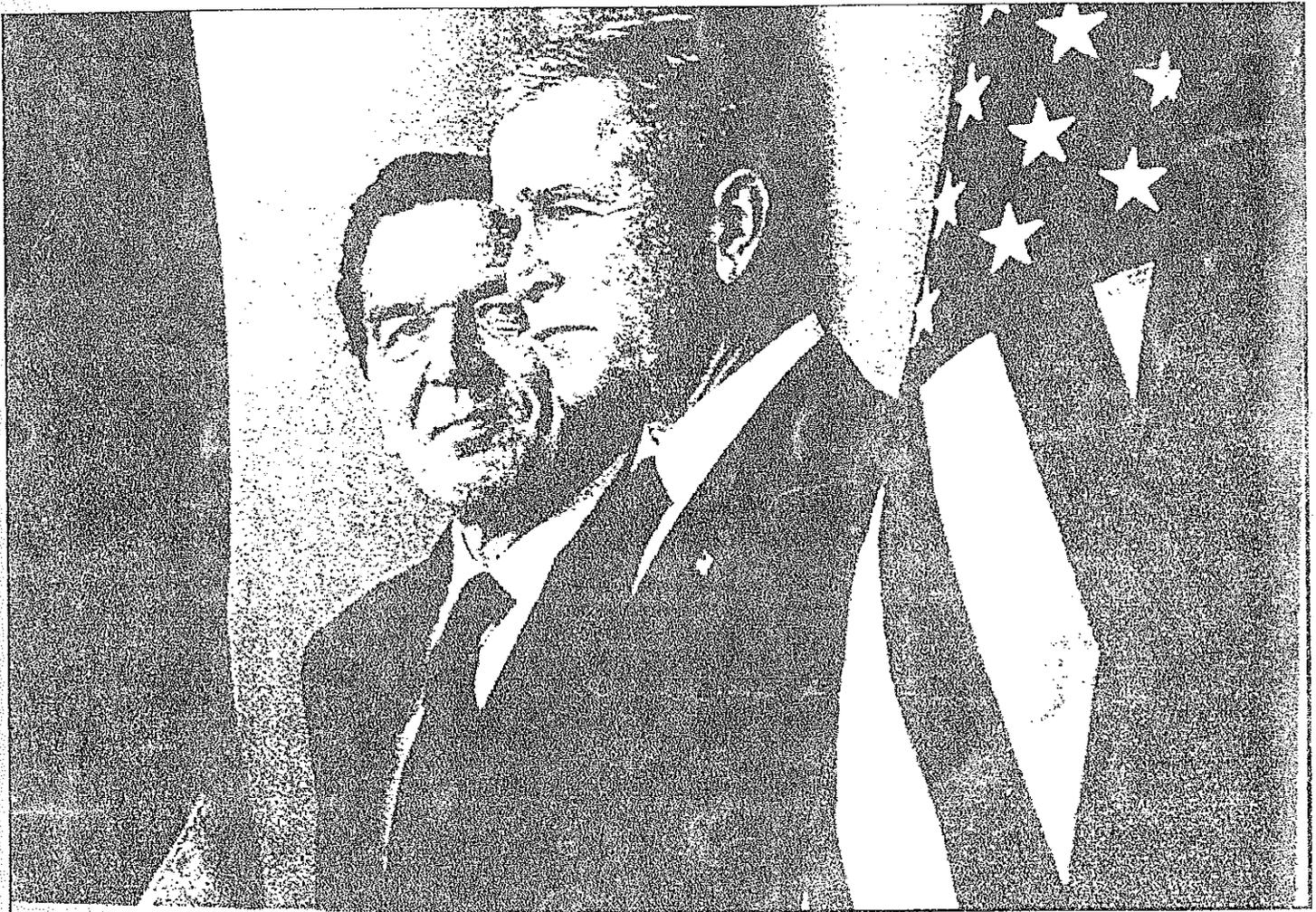


Bush not welcome

Texte über die Politik der Bush-Regierung
und den Widerstand in den USA



„In der ganzen weiten Welt gibt es keinen Menschen, für den es ein Geheimnis wäre, dass den beiden „Staatsmännern“ auch der beste Freund keine besonderen geistigen Zauberkräfte nachrühmen könnte, ja, dass sie einfach armselige Hampelmänner sind, deren pappene Ärmchen und Köpfchen durch einen Bindfaden automatisch bewegt werden, dessen Enden hier wie dort die Hände einiger großkapitalistischer Cliques halten. Krieg oder Frieden, ... das sind Fragen, bei denen Leben oder Tod für Tausende, das Wohl und Wehe ganzer Völker auf dem Spiele steht. Um diese Frage lässt ein Dutzend raffgieriger Industrierritter seine politischen Kommis feilschen und erwägen...“

Rosa Luxemburg, 1911

SAV

**Sozialistische
Alternative**



Inhalt

Lynn Walsh: Bushs vergiftete Präsidentschaft (Ende 2000)	3
Irak-Bombardierung - der US-Imperialismus spielt mit den Muskeln (Februar 2001)	12
Bill Hopwood: Eine Geschichte von zwei Konferenzen (Februar 2002)	13
Pete Dickenson: Die Sackgasse von Bushs Energieprogramm (Mai 2001)	14
Der Angriff auf Afghanistan: US-Bombardierung versetzt die Welt in Unruhe (9. Oktober 2001)	16
Ramy Khalil: USA Patriot Act: Ein Angriff auf alle unsere Rechte (Januar 2002)	20
Greg Beiter: Bush hat was für die Großkonzerne. Die Armen und Arbeitslosen zahlen dafür (Januar 2002)	22
Die Welt nach Afghanistan (Januar 2002)	26
Lynn Walsh: Der Enron-Skandal (Februar 2002)	30
Ty Moore: Washingtons Krieg weitet sich aus: USA raus aus Kolumbien (März 2002)	32
Eljeer Hawkins: Weltwirtschaftsforum trifft in New York auf Proteste (Frühjahr 2002)	32
Philip Locker: Washington bereitet einen Krieg gegen den Irak vor (März 2002)	35
Werden die USA im Irak einfallen? (April 2002)	37
Lynn Walsh: Bushs geheime Atomwaffenpläne (April 2002)	40
Tony Saunois: Niederlage für US-Imperialismus und Reaktion in Venezuela (17. April 2002)	45
Philip Locker: Bericht über die Proteste am 20. April in Washington DC (24. April 2002)	46
Anhang: Der Hauptfeind steht im eigenen Land: Georg Kümmel: Machtkampf um die Welt (März 2002)	47
Was will die SAV	

Die Artikel in dieser Sammlung stammen von Mitgliedern des Internationalen Sekretariats des Komitees für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers' International, CWI, dem auch die Sozialistische Alternative (SAV) in Deutschland angehört), sowie von Mitgliedern der US-amerikanischen und britischen Sektion des CWI (Socialist Alternative bzw. Socialist Party). Sie sind auf englisch erschienen in *Socialism Today* (der monatlichen Theoriezeitschrift der Socialist Party), im *Socialist* (ihrer Wochenzeitung), in *Justice* (der Zeitung der Socialist Alternative in den USA) oder über Internet verbreitet worden.

Die Zusammenstellung (und teilweise auch Übersetzung) erfolgte anlässlich des bevorstehenden Bush-Besuchs in Deutschland. Die geplanten Demonstrationen gegen Bush können einen wichtigen Schritt zum Aufbau der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und die Antikriegsbewegung und zu ihrer Verbindung bedeuten. Diese große Resonanz zeigt, wie verbreitet das Bewusstsein über die Gefährlichkeit von Bushs Politik ist. Diese Broschüre soll dazu beitragen, das mit Hintergrundinformationen zu untermauern.

Die Broschüre ist etwas lang geworden. Aber Bushs Sündenregister ist noch viel länger.

Bei allem Abscheu über Bushs reaktionäre Politik dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Politik der deutschen Regierung keine Spur besser ist, im großen und ganzen das gleiche macht, manchmal etwas geschickter dabei ist und manchmal auch die besonderen Interessen des deutschen Imperialismus in Konkurrenz zum US-Imperialismus vertreten ... dass also, kurz gesagt, Karl Liebknechts Satz "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" weiterhin gilt. Zur Erinnerung habe ich als Anhang wenigstens einen Artikel über die Politik des deutschen Imperialismus angefügt, der in der "Solidarität. Sozialistische Zeitung", der ersten Ausgabe der neuen Zeitung der SAV im April erschienen ist. Zahlreiche weitere Artikel zum selben Thema (und natürlich zu vielen anderen) Themen erscheinen monatlich in der "Solidarität" bzw. sind in ihrer Vorläufer-Zeitung "Vorán" (teils in elektronischer Form auf der Homepage der SAV, teils nur in gedruckter Form) nachzulesen.

Wolfram Klein, Stuttgart, Ende April 2002

Infos und Kontakt:

SAV Stuttgart
 Telefon: 0711/8703465
 e-mail: stuttgart@sav-online.de

SAV bundesweit
Sozialistische Alternative
 Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
 Telefon: 030/24723802
 Fax: 030/24723804
 e-mail: info@sav-online.de
 Website: www.SAV-online.de

Komitee für eine Arbeiterinternationale
 (Committee for a Workers' International,
 CWI):
 per Post: PO Box 3688, London E11 1YE
 Tel: 0044 20 8558 5814
 Fax: 0044 20 8988 8793
 e-mail: cwi@worldsoc.co.uk
 Website: www.worldsocialist-cwi.org

SAV

Sozialistische Alternative

Lynn Walsh: Bushs vergiftete Präsidentschaft (Ende 2000)

[Socialism Today, Januar-Februar 2001]

Eine befleckte US-Wahl, die vom „republikanischen“ Duopol der Konzerne beherrscht wurde, hat eine vergiftete Präsidentschaft erzeugt. Bush hat mit falscher Demagogie Wahlkampf gemacht und sich das Weiße Haus mit einem Nach-Wahl-Putsch geschnappt, aber eine Lösung für den Wirtschaftabschwung und kommende soziale Unruhe hat er nicht. Das positivste Merkmal der Wahlen war Naders radikale Kampagne, die 2,8 Millionen Stimmen gewonnen hat. Eine Massenpartei der Arbeiterklasse ist dringender denn je nötig.

Das Wall Street Journal donnerte: „Was gerade in Amerika stattfindet, würde in jeder gewöhnlichen Bananenrepublik als ... Putschversuch betrachtet werden“. (Wall Street Journal Europe, 14 November 2000) Nach diesem Sprachrohr der größten Bande von Finanzspekulanten der Welt wurde der Putsch von Al Gore versucht, der die Neuzählung umstrittener Stimmen in Florida forderte. In Wirklichkeit war es Bush, der große Freund der Wall Street, der einen entschlossenen Putsch durchführte, um sich das Weiße Haus zu krallen. Geholfen und Vorschub geleistet hat ihm der Gouverneur von Florida, sein Bruder Jeb Bush.

Die Stimmen waren bundesweit fast gleichauf geteilt, 48 Prozent zu 48 Prozent, Gore 50.996.116 Stimmen, Bush 50.456.169, was Gore eine Mehrheit von 539.946 Stimmen gab. Aber die Präsidentschaft wird nicht durch die Stimmen, sondern durch ein Wahlmännergremium entschieden, wo in jedem Bundesstaat der Gewinner alle Stimmen kriegt. In dieser archaischen Einrichtung, die sich die Gründungsväter ausgedacht haben, um sie vor der „Tyrannei der Mehrheit“ zu schützen, bekam Gore nur 267 gegenüber Bushs 271 Stimmen. Das Wahlmännergremium wurde so gemacht, dass es die politische Vorherrschaft der Südstaaten, die damals eine von Sklavenhaltern betriebene Plantagenwirtschaft waren, sicherte und begünstigt immer noch die kleinen, überwiegend weißen und konservativen ländlichen Bundesstaaten — gerade da, wo der rechte Bush die größte Unterstützung bekam. Ein Wahlmann vertritt in New York State 549.900 Wählerinnen, aber nur 157.000 in Wyoming. Mit anderen Worten ist ein Bürger von Wyoming für das Wahlmännergremium so viel wert wie 3,44 KalifornierInnen.

Als die Ergebnisse eintrafen, stellte sich Florida mit seinen 25 Wahlmännern als der entscheidende Bundesstaat heraus. Bush kleiner Vorsprung, 327 von sechs Millionen nach der ersten Zählung (nach Medienberichten) brachte die krasse Voreingenommenheit der Abstimmungs- und Zählverfahren Floridas ins Rampenlicht, die auf einen systematischen Entzug des Wahlrechts für AfroamerikanerInnen, Latinos und andere Minderheiten hinauslief. Obendrein glaubt niemand, dass Florida ein Einzelfall ist. Bundesweit wurden die Stimmen von 2,8 Millionen WählerInnen nicht gezählt.

Nach dem Kampf der „Chads“ (Beulen statt Löcher in den Lochkarten) und einer Reihe widersprüchlicher Gerichtsurteile wurde die Präsidentschaft nicht durch die WählerInnen, sondern durch eine ultrakonservative, republikanisch ernannte Mehrheit im Obersten Gericht auf der Grundlage völlig falscher Verfassungserwägungen entschieden. Es gibt wenig Zweifel, dass Gore der Gewinner in Florida gewesen wäre — und die Präsidentschaft gekriegt hätte — wenn die Fortsetzung der Zählung erlaubt worden wäre.

Wenn all dies in einem anderen Land stattgefunden hätte, hätten die USA eine Untersuchungskommission gefordert. Zufällig hat der Sprecher des US-Außenministeriums Richard Boucher allein in der ersten Novemberwoche „zahlreiche Unregelmäßigkeiten“ und „fehlerhafte“ Wahlen in Aserbaidschan, Sansibar und Kirgizstan angeprangert. (Washington Post/International Herald Tribune, 11-12 November 2000)

Der Nachwahlputsch der Republikaner war aber bei weitem nicht die einzige „Unregelmäßigkeit“ oder „Fehler“ in der Demokratie im US-Stil.

Die Wahlschlacht wurde wie immer vom Wettbewerb zwischen zwei Gruppen bestimmt, die in Wirklichkeit zwei Flügel der selben konzernfreundlichen Partei sind. Die beiden Parteien Republikaner und Demokraten haben trotz dem Fehlen grundlegender ideologischer oder auch nur wesentlicher politischer Unterschiede zwischen drei und vier Milliarden Dollar vom Geld ihrer Unterstützer in den Großkonzernen für den Wahlkampf ausgegeben. Dies ist nicht weniger als ein institutionalisiertes System von Bestechung und Korruption, zum Großteil legal, zum Teil formal illegal.



Das meiste Geld wurde für inhaltsleere Fernsehspots ausgegeben, die zwei konkurrierende Marken mit falschen Versprechungen anpriesen. In drei vom Podium

kontrollierten Debatten hatten sich Gore und Bush verabredet, die wirklichen Fragen zu vermeiden, während der radikale Ralph Nader und der reaktionäre Pat Buchanan ausgeschlossen waren. Weder Gore noch Bush konnten genug Begeisterung erwecken, um eine entscheidende Mehrheit zu gewinnen.

In New Jersey kaufte ein Wall-Street-Vorstandsmitglied im Ruhestand, Jon Corzine, Demokrat, erfolgreich einen Senatsitz für 61 Millionen Dollar, die er aus seinem persönlichen Vermögen nahm. In Missouri wurde der frühere liberale Gouverneur des Bundesstaats, Mel Carnahan, drei Wochen nach seinem Tod in den Senat gewählt. Seinen Sitz nahm seine Witwe Jean Carnahan ein. Der besiegte Amtsinhaber, der ultrarechte John Ashcroft von der Christian Coalition wurde seitdem von Bush zum Generalstaatsanwalt ernannt.

Ist es da irgendwie überraschend, dass wieder fast die Hälfte der Wahlberechtigten keinen Sinn im Wählen sah? Nachwahlumfragen zeigen, dass zunehmend die wohlhabendsten Schichten Wählen gehen. Fünfzehn Prozent der WählerInnen hatten Haushaltseinkommen über 100.000 Dollar, gegenüber 9 Prozent 1996. WählerInnen aus Haushalten mit Einkommen unter 50.000 fielen unter die Hälfte, 47 Prozent, im Vergleich zu 61 Prozent 1996 (und Inflation kann diesen Rückgang bei weitem nicht erklären).

Durch die düsteren Wolken am Wahlhimmel brach aber ein heller Sonnenstrahl durch: die Präsidentschaftswahlkampagne von Ralph Nader, der für die Grüne Partei kandidierte. Nader ist ein radikaler Populist, der unermüdlich auf die Großkonzerne eindrischt und die doppelköpfigen „Republikanten“ herausforderte und dadurch der jungen, radikalisierten Schicht, die sich bei den WTO-Protesten in Seattle Ende 1999 herausbildete, ein Sprachrohr und eine Stimme gab. Nader bekam 2,8 Millionen Stimmen (3 Prozent). Die Unterstützung für Nader ist ein Vorbote einer viel breiteren, tieferen Radikalisierung, die sich in den USA in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Bushs Sieg ist befleckt, seine Präsidentschaft wird eine vergiftete Präsidentschaft sein. Er gewann mit Millionen und Abermillionen Dollar Unterstützung, pflegte seine rückschrittliche Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht klar darzustellen, sondern die wohlhabenderen Teile der Wäh-

lerschaft, die das Endstadium des Booms der neunziger Jahre genossen, zu vernebeln und verwirren. Die bundesweite Nachwahlumfrage zum Beispiel zeigte, dass WählerInnen, die inhaltliche Fragen (wie Bildung, die Aufnahme von Medikamenten in die Krankenversicherung Medicare, Schutz der Sozialversicherungen) am wichtigsten fanden (und nicht die Persönlichkeiten der Kandidaten) mit 55 Prozent zu 40 Prozent für Gore stimmten. Bushs reaktionäres, konzernfreundliches Programm wird ihn bald mit großen Teilen der Bevölkerung zusammenstoßen lassen, einschließlich von Millionen, die ihn 2000 gewählt haben.

Es gab am 7. November keinen großen Rechtsruck. Abgesehen von der Präsidentschaft hat sich sehr wenig geändert. Im Senat gewannen die Demokraten vier Sitze, so dass eine 50-50-Spaltung entstand. Im Repräsentantenhaus gewannen die Demokraten drei Sitze, macht 221 Republikaner, 212 Demokraten und zwei Unabhängige. Trotz dem Schein eines intensiven Parteienwettbewerbs verloren nur acht Amtsinhaber im Repräsentantenhaus ihre Sitze. Mehr als drei Viertel der 435 Repräsentanten gewannen ihre Sitze mit großem Vorsprung.

In den Bundesstaaten gibt es jetzt 29 Republikanische, 19 Demokratische und zwei unabhängige Gouverneure. Die Demokraten kontrollieren jetzt 49 von 98 Parlamenten in Bundesstaaten, während die Republikaner 45 kontrollieren und in vier Patt herrscht.

Obendrein wurden in einer Reihe von Bundesstaaten in Volksabstimmungen, die in Einzelfragen eine klare Wahl ermöglichten, rechte Politiken mehrheitlich abgelehnt und fortschrittlichere Positionen unterstützt. In Kalifornien und Michigan lehnten WählerInnen Schulgutscheine ab, die die private Bildung ausdehnen würden. In Kalifornien stimmte eine große Mehrheit gegen die „Einsperren und Schlüssel wegwerfen“-Politik im Drogenkrieg und stimmte für Behandlung statt Gefängnis für Besitzer illegaler Drogen. In den „pro-Waffen“-Staaten Oregon und Colorado stimmten Mehrheiten für Waffenkontrolle.

Ho-hum — TweedleDee, TweedleDum

Sowohl Bush als auch Gore zielten mit ihrem Wahlkampf auf die „Mitte“ ab, konzentrierten sich auf die wohlhabenderen vorstädtischen WählerInnen in den Bundesstaaten mit knappen Mehrheiten. Niemand wies auf die wachsenden Ungleichheiten in der US-Gesellschaft hin oder warnte vor dem kommenden Abschwung oder stellte die zunehmende Anwendung der rassistisch praktizierten Todesstrafe in Frage oder befürwortete ein allgemeines Gesundheitsversorgungssystem. Ihre Wahlkämpfe bestätigten tatsächlich Naders Kommentar: „Die zwei Parteien sind zu einer Konzernpartei mit zwei verschieden geschminkten Köpfen verwachsen“.

Ist es überraschend, dass Demokraten und Republikaner mit sich überschneidenden Politiken die „Mitte“ unter sich aufteilten? Gore vom rechten Parteiflügel konnte nicht einmal die Kernunterstützer der Demokratischen Partei begeistern, von denen die meisten gegen Bush und nicht für Gore stimmten. Gore erntete auch nicht den gewöhnlichen Vorteil davon, Teil einer Regierung zu sein, die über eine Periode von außergewöhnlichem Wirtschaftswachstum regierte. Trotz annähernder Vollbeschäftigung und jüngsten Einkommenssteigerungen erfahren die meisten arbeitenden Menschen wachsenden Druck auf ihre Lebensverhältnisse und Sorge um ihre Zukunft.

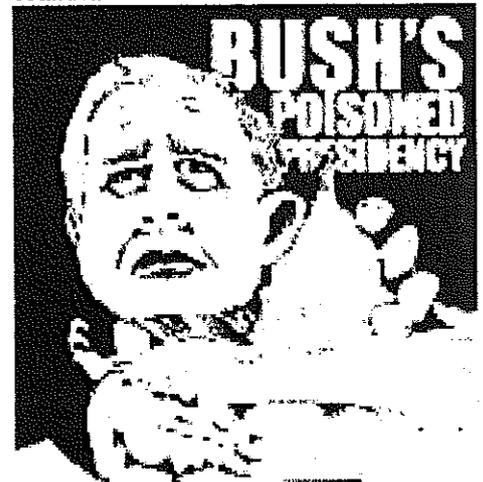
Vor dem Demokratischen Parteitag im August, war Gore in den Umfragen gegenüber Bush weit abgeschlagen. Auf dem Parteitag schwenkte Gore — zweifellos unter dem Einfluss von Naders Wahlkampf — schnell auf populistischere, agitatorischere Rhetorik um. Gore verkündete, sein Schwerpunkt seien „arbeitende Familien“, griff die „mächtigen Interessengruppen“ an, die ihnen im Weg standen, wobei er sich Tabak-, Öl-, Pharmakonzerne und HMOs (Health Maintenance Organizations, die für die großen Versicherungskonzerne das Gesundheitswesen verwalten) herauspickte. Er versprach, die Sozialversicherung (Renten) zu verteidigen, die Kosten für Medikamente in Medicare aufzunehmen, die HMOs zu regulieren, die öffentlichen Schulen zu modernisieren und mehr.

Gore wurde sofort von Mediengurus angeprangert, den „Klassenkrieg“ anzuheizen. Aber Umfragen zeigten, dass über drei Viertel Gore in den Fragen, die er aufwarf, unterstützten. Gore zog schnell mit Bush in dem Umfragen gleich. Aber nach dem Parteitag verblasste Gores Radikalismus schnell, weil er sich wieder „gemäßigten“ Appellen an die „Mitte“ wandte.

Bush reagierte mit einer Taktik, heimlich die Fragen zu verwirren. Wie Clinton die Politik der Republikaner 1992 und 1996 stahl, so borgte Bush demagogisch Gores Melodien. Er hatte auch einen „Plan“ für Medikamente, einen „Plan“ für die Rettung der Sozialversicherung, einen „Plan“ für die Bildung und so weiter. Während die Clinton-Gore-Regierung einen Großteil der Politik der Republikaner durchführte, hat Bush nicht die Absicht, eines der Reformversprechen von Gore umzusetzen. Seine wirkliche Politik zeigt sich an seinen fortgesetzten Angriffen gegen „zu viel Regierung“ (das heißt Sozialausgaben) und sein Versprechen von Steuer senkung in Höhe von 1,3 Billionen Dollar (die überwiegend den Hyperreichen nutzen).

In den Wochen vor der Wahl lag Gore in den Umfragen wieder zurück. Aber am 7. November bekam Gore eine Mehrheit von 500.000 Stimmen. Woher kam Gores Schlusspurt? Entscheidende Unterstützung kam klar von der traditionellen

Wählerbasis unter gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen (etwa ein Viertel der Wählenden), AfroamerikanerInnen, Latinos und Frauen. Laut Nachwahlumfragen von Voter News Service unterstützten AfroamerikanerInnen Gore mit massiven 90 Prozent gegenüber 8 Prozent für Bush, während Latinos Gore mit 67 Prozent gegen 31 Prozent unterstützten. Haushaltsmitglieder von Gewerkschaftsmitgliedern stimmten mit 59 Prozent gegen 37 Prozent für Gore (ein kleinerer Vorsprung als bei der Clinton-Dole-Wahl 1996). Gore erreichte auch einen großen Vorsprung bei bessergestellten weißen Frauen mit hohem Bildungsstand. Der entscheidende Faktor, dass Gore keine entscheidende Mehrheit bundesweit gewonnen hat, war jedoch, dass er Schlüsselsektionen der weißen Arbeiterklasse, besonders männliche Arbeiter, nicht gewonnen hat. Bush gewann entscheidende Mehrheiten sowohl unter der besser bezahlten als auch der schlecht bezahlten Schicht von weißen, männlichen Arbeitern — obwohl Umfragen zeigten, dass eine Mehrheit dieser Schicht die Politik der Demokraten in sozialen Schlüsselfragen vorzog. Auf der Grundlage des Status quo in der US-Gesellschaft fanden sie Bush einen beruhigenderen Kandidat. Gore berührte zwar ein paar entscheidende soziale Fragen, versuchte aber mit Bush bei der Verteidigung konservativer „traditioneller Werte“ zu konkurrieren. Er gab überhaupt keine Vision einer besseren Zukunft, geschweige denn ein schlüssiges Programm für sozialen Wandel.



Der Republikanische Putsch

Bald nach dem 7. November wurde es klar, dass es bundesweit praktisch ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Bush und Gore gab — und dass Florida mit seinen 25 Wahlmännerstimmen entscheidend war. Sofort begann die Republikaner einen skrupellosen politischen Kampf, um den Bundesstaat für George W zu sichern.

Die entscheidende Frage war die Neuzählung von Tausenden „zu wenig gezählten Stimmen“ (Stimmzettel, auf denen die Zählmaschinen keine Stimme für die Prä-

sidentschaftswahlen erkannten). Bush-Unterstützer waren sich wohl bewusst, dass die Zählmethoden ärmere Stimmbezirke mit höheren Anteilen von AfroamerikanerInnen und Latinos benachteiligten, die in beispielloser Zahl gegen die zwei Bushs gestimmt hatten. Natürlich forderte das Gore-Lager Neuzählungen in vier Bezirken (Palm Beach, Dade, Broward, und Volusia). Als Reaktion begannen die Republikaner einen Kreuzzug, um die Neuzählung mit allen möglichen Mitteln zu stoppen. Sie beschuldigten Gore, den „Diebstahl“ der Stimmen von Florida zu versuchen, „die wahren Absichten der Wähler neu zu erfinden“. Aber die Voraussetzung für den Nachwahl-Blitzkrieg war offensichtlich: je mehr Stimmen neu gezählt wurden, desto wahrscheinlicher war es, dass Gore Florida kriegen würde. Beide Seiten schickten Anwaltsteams und Wahlhelfer nach Florida und gaben schätzungsweise 26 Millionen Dollar für den Nachwahlkampf aus. Eine Reihe von Gerichtsverfahren war bald auf dem Weg. Bush profitierte von mehreren günstigen Urteilen durch Republikanisch ernannte Richter wie N. Sanders Sauls, der unverschämt urteilte, dass der Vizepräsident nicht habe zeigen können, dass Neuauszählungen per Hand irgend eine Wirkung auf das Ergebnis hätten. Bush halfen auch die vorsichtigen, zögerlichen Urteile des Obersten Gerichts von Florida, das schließlich zu Gunsten von Neuzählungen urteilte.

Bush konnte sich auf die energische, partielle Unterstützung durch Floridas Republikanische Beamte stützen, von seinem Bruder dem Gouverneur über die Innenministerin Katherine Harris zu einer Heerschar niederer Beamter. Schon früh kündigte Harris an, sie würde den Stichtag für die Bestätigung des Urteils nicht über den 14. November ausdehnen, egal welches Stadium die Neuauszählung erreicht habe. Sie wurde dann von Gerichtsurteilen zur Verschiebung der Bestätigung gezwungen, aber sie erklärte offiziell Bush mit einem Vorsprung von 537 Stimmen am 26. November zum Sieger, dem Tag, an dem die Frist des Obersten Gerichts von Florida abließ, und weigerte sich, den Abschluss der Neuzählung von Palm Beach abzuwarten.

Als das Oberste Gericht von Florida am 21. November die Fortsetzung der vier Neuzählungen beschlossen hatte, sah es für einen Moment aus, als wäre Gore wieder mit einer Siegeschance im Rennen. Dieses Urteil löste aber eine Verstärkung der Kampagne der Republikaner aus. Der Republikanische Fraktionsgeschäftsführer im Repräsentantenhaus, der Führer der Amtsenthebungskampagne gegen Clinton, Tom DeLay, behauptete, die Wahl in Florida sei „nicht weniger als ein Diebstahl, der gerade stattfindet“. Ein Sprecher von Repräsentantenhaussprecher Dennis Hastert griff die Richter des Obersten Gericht von Florida als „parteiliche Mietlinge“ an, während Jim Baker,

früherer Außenminister unter George W. Bush und Bushs Florida-Manager, das Gerichtsurteil „inakzeptabel“ nannte. Gleichzeitig organisierten republikanische Führer (mit DeLays Mitarbeiter Tom Pyle an der Spitze) eine direkte Aktion, die auf eine lautstarke Blockade des Wahlamts von Miami-Dade hinauslief, um die Neuzählung zu stoppen. Über drei Stunden war das Miami-Dade-Wahlamt durch eine Meute Republikanischer Demonstranten belagert, die in die Flure außerhalb des Zählraums strömten, sich mit der Polizei balgten und die Zählbeamten anschrieben. Diese Aktion (am 22. November, dem Mittwoch vor dem Thanksgiving-Wochenende) war keineswegs spontan, sondern vom Republikanischen Kongressabgeordneten für New York, John Sweeney, angeführt und unterstützt durch Republikanische Kongressmitarbeiter und Bush-Helfer. Sie stoppten erfolgreich die Neuzählung, die am nächsten Tag aufgegeben wurde.

Nachdem sie die Zählung in Miami-Dade stoppten, wurde der Republikanische gemietete Haufen in Bussen nach Fort Lauderdale gekarrt, dem Verwaltungssitz von Broward County, wo sich ihnen eine Bande führender republikanischer Politiker anschloss, einschließlich New Jerseys Gouverneur Todd Whitman und den Gouverneuren von Montana und Oklahoma.

Inzwischen begann das Republikanisch-beherrschte Parlament von Florida, Schritte zur Wahl einer Liste von Wahlmännern für Bush zu ergreifen, ohne Rücksicht auf ein mögliches Urteil des Gerichts von Florida. In Washington DC begannen DeLay und andere republikanische Führer, die Bestimmung von Floridas 25 Wahlmännern durch das Repräsentantenhaus [von Florida] vorzubereiten, wenn die Abstimmung von Florida Bush nicht passen sollte.

Im Kontrast zur Kampagne der Republikaner waren die Demokraten schwächlich. Eine Reihe prominenter Demokraten begann schon ziemlich früh, „Schluss“ zu fordern. Zwar unterstützten die meisten Demokratischen Politiker Gore, aber ihre Nachwahlkampagne kam nicht an den Putsch der Republikaner heran. Es gab massive Wut unter AfroamerikanerInnen und Gewerkschaften in Florida. Aber die Demokratische Führung machte keinerlei Versuch, irgend eine Form von öffentlichem Protest zu mobilisieren.

Es wurde berichtet, dass Gore „Jesse Jackson bremste, der einen Protest in Florida organisierte und Fragen zu angeblicher rassistischer Einschüchterung am Wahltag aufwarf.“ Gore sagte Jackson, er solle den Bundesstaat verlassen, und er sagte den Gewerkschaften, sie sollten nichts organisieren“, sagt ein Mitarbeiter von Jackson. „Er schickte die Demokraten raus, gerade als Bush und seine Leute das Tempo erhöhten. Gore dachte, er hätte die Stimmen.“ (David

Corn, Can Dems Hang Tough? The Nation, 18. Dezember)

„Unsere Botschaft ist Geduld“ sagten Sprecher der Demokratischen Führung im Repräsentantenhaus. „Wir müssen Vernunft verkörpern. Wir fühlen, dass wir die Stimmen und das Gesetz auf unserer Seite haben, und dass die Republikanische Taktik und Heftigkeit nach hinten losgehen wird ... Wir glauben, das kann funktionieren“.

Aber es funktionierte nicht. Die Nachwahlkampagne der Republikaner, ein politischer Staatsstreich mit Hilfe und Begünstigung durch das Oberste Gericht, war erfolgreich. Als Ergebnis haben (wie DeLay triumphierend verkündete), die Republikaner zum ersten Mal in 40 Jahren die Präsidentschaft und beide Häuser des Kongress, zusammen (sollten wir hinzufügen) mit den Obersten Gerichten.

Das Oberste Bundesgericht: Demokratie auf dem Prüfstand

Der letzte Schlag des Republikanischen Putsches wurde von der rechten Mehrheit des Obersten Bundesgerichts geführt. In den frühen Stadien des Nachwahlgerichtskampfs griff das Oberste Bundesgericht scheinbar langsam ein und spielte auf Zeit, bis das Oberste Gericht von Florida entschlossen den Weg für Neuzählungen freimachte — dann griffen sie ein, um das Zählen zu stoppen.

Die meisten Kommentatoren, einschließlich der meisten Rechtsexperten nahmen die Haltung ein, dass der Konflikt über die Wahl — wo Gore auf Neuzählung drängte und Bush sie entschieden ablehnte — völlig unter die Rechtsprechung der Bundesstaats-Gerichte, letztlich des Obersten Gerichts von Florida falle. „Das Oberste Gericht von Florida ... hat nach den grundlegendsten Prinzipien des Verfassungsrechts letzte Autorität bei der Interpretation seiner eigenen Bundesstaatsgesetze, so lange seine Interpretation nicht absurd ist“, kommentiert Richard Dworkin, Rechtsprofessor an der New York University (New York Review of Books, 11. Januar).

Es spielten keine „bundespolitischen Fragen“ mit. Aber am 24. November stimmte das Oberste Bundesgericht der Anhörung von Bushs Einspruch gegen die Neuzählung an. Bisher hatte die Mehrheit dieser neun Richter konsequent Bundes„einmischung“ in Bundesstaatsangelegenheiten abgelehnt. Zum ersten Mal in der Geschichte hörte am 1. Dezember, das Oberste Bundesgericht Argumente von Bush- und Gore-Anwälten, die das Ergebnis einer Präsidentschaftswahl direkt entscheiden konnten.

Das erste Urteil der Richter war eine Verschleppungstaktik, die das Urteil des Obersten Gericht von Florida „aufhob“ (ungültig machte), das die Frist für die Zählungen von Hand ausdehnte. As eine Art legaler Einschüchterung forderte das Oberste Bundesgericht die Richter von

Florida auf, Gründe für ihre Entscheidung anzugeben.

Inzwischen wurden die Neuzählungen auch von Urteilen in den Gerichten von Florida bestätigt. Sobald das Oberste Gericht von Florida urteilte (8. Dezember), dass Neuzählungen per Hand weitergehen sollten, schritt das Oberste US-Gericht ein (9. Dezember), und urteilte mit einer Fünf-zu-vier-Mehrheit dass die schon stattfindenden Neuzählungen angehalten werden sollten, bis sie vermutlich am 11. Dezember den Fall hören könnten.

Drei Wochen lang hatten Republikaner erfolglos für den Stopp der Neuzählungen gekämpft: jetzt rettete sie das Oberste Bundesgericht. Die Aussetzung der Neuzählung war zwar technisch eine „vorläufige“ Entscheidung bis zur vollen Anhörung, war aber in der Praxis fatal für Gore. Selbst wenn das Oberste Bundesgericht dann für Gore entschieden hätte, wäre es zu spät gewesen den Stichtag 12. Dezember einzuhalten. Es stellte sich später heraus, dass dies der von der Mehrheit der Richter festgelegte Stichtag war.

Tatsächlich war der 12. Dezember der freiwillige Stichtag für Bundesstaaten die das „Sicherer-Hafen“-Bundesgesetz nutzen wollen, das der Bestätigung von Wahlmännern durch einen Bundesstaat Immunität gegen einen Einspruch des Kongresses verleiht. Das Republikanisch-beherrschte Parlament von Florida beabsichtigte sicher, die „Sicherer-Hafen“-Vorschrift zu nutzen. Aber verfassungsmäßig hatte Florida weitere sechs Tage bis zum 18. Dezember, bis das Wahlkollegium sich zur Wahl seiner Wahlmänner treffen würde.

Die Mehrheit der Richter war klar entschlossen, zu stoppen, bevor unwillkommene Ergebnisse herauskommen könnten. Die von Richter Scalia, der von Reagan fürs Gericht ernannt und kürzlich von George W Bush gelobt wurde, gegebene Gründe waren krass parteiisch. In einer abweichenden Stellungnahme argumentierte Richter Stephens, unterstützt von den Richtern Breyer, Ginsberg und Suter, dass die Mehrheitsentscheidung „gleichbedeutend“ mit einer Entscheidung für Bush in der Sache sei und Gore „nicht rückgängig zu machenden Schaden“ zugefügt habe. Stephens sagte, das Zählen der Stimmen zu stoppen „wird unausweichlich die Legitimität der Wahl in Zweifel ziehen“.

Scalia gab offen zu „dass der Unterbrechungsbeschluss ein Hinweis darauf ist, dass eine Mehrheit des Gerichts ... glaubt, dass Bush eine wesentliche Erfolgswahrscheinlichkeit hat“. „Die Zählung der Stimmen, die rechtlich fraglich ist“, sagte Scalia, „droht in meiner Sicht dem Antragsteller [Bush] und dem Land nicht rückgängig zu machenden Schaden zuzufügen, indem sie einen Schatten auf das wirft, was er die Legitimität seiner Wahl nennt“. Mit anderen Worten, Scalia,

Rehnquist & Co hatten schon vor der Anhörung der Argumente entschieden, dass Bush der wirkliche Gewinner sei — oder der Gewinner sein sollte — und dass jede Neuzählung seine hauchdünne Mehrheit bedrohe und „das Land“ schädige. Scalia hat praktisch geurteilt, dass Bush in Florida gewonnen hat — genau die Frage, die die Neuzählung entscheiden sollte.

Nachdem das Oberste Bundesgericht die Bush- und Gore-Argumente gehört hatte, fiel es spät abends am Dienstag, 12. Dezember, eine nicht gezeichnete Sieben-zu-zwei-Entscheidung, die die Entscheidung des Obersten Gerichts von Florida überstimmte, die Zählungen von Hand zuzulassen. Aber der legale Vorwand für die Einmischung der Mehrheit des Obersten Gericht in eine Bundesstaatsangelegenheit war die Behauptung, dass das Fehlen von einheitlichen, bundesstaatsweiten Standard für die Neuzählung bedeute, dass die gegenwärtige Neuzählung von Hand in Florida den Vierzehnten Verfassungszusatz verletze, die allen Bürgern „gleichen Schutz“ garantiert. Sie behaupteten, Bush werde um seine Rechte nach dem Vierzehnten Verfassungszusatz gebracht.

Die Argumentation der Mehrheit ist bizarr, grotesk. Zunächst sind Neuzählungen bei Wahlen in den USA üblich, einschließlich Florida, wo sie im Wahlrecht vorgesehen sind. Dann, wie kann es einheitliche Standards für die Neuzählung geben, wenn es bei den ursprünglichen Zählmethoden riesige Unterschiede zwischen den Bezirken gibt? Manche verwendeten die alten Lochkarten-Wahlmaschinen, andere die neusten optischen Scanner. In jedem Fall, wenn man akzeptiert, dass es bei der Neuzählung Unvollkommenheiten geben wird, waren, wie der Rechtsprofessor der Yale University, Akhil Amar, schreibt: „bei der zugrundeliegenden Zählung die Ungleichheiten wahrscheinlich viel größer — Ungleichheiten, die sich tatsächlich nach Rassenzugehörigkeit verscheiden ausgewirkt haben und Menschen in armen Stimmbezirken unverhältnismäßig getroffen haben“. (Black Democrats Angered By Supreme Court Ruling, CNN.com, 13. Dezember)

Sieben Richter stimmten (in einem nicht unterzeichneten Urteil) zu, „dass die vom Obersten Gericht von Florida angeordnete Neuzählung Verfassungsprobleme bringe“, „aber sie waren sich nicht über das Gegenmittel einig“. Die Mehrheit urteilte, dass die „Formulierung einheitlicher Regeln zur Bestimmung der Absicht [der WählerInnen] ... durchführbar und, wie wir folgern, notwendig ist“. Aber: „Weil es offenbar ist, dass jede Neuzählung, die versucht, den Stichtag am 12. Dezember zu erreichen, verfassungswidrig sein wird, ... heben wir das Urteil des Obersten Gericht von Florida auf, das eine Fortsetzung der Neuzählung beschloss“. Wegen dem vom Oberste Bundesgericht verhängten Stichtag und der eigenen Verzögerung des Gerichts war keine Zeit, einen

„einheitlichen Standard“ zu entwickeln und die Neuzählungen ganz von vorne zu beginnen.

Eine Frage der Legitimität

Es gab klar eine tiefe Spaltung unter den Richtern des Obersten Bundesgerichts. Fünf (Rehnquist, Scalia, Thomas, O'Connor und Kennedy) waren gegen eine Neuzählung, drei von ihnen (Rehnquist, Scalia und Thomas) veröffentlichten eine abweichende Stellungnahme. Die Richter Breyer, Ginsberg, Suter und Stephens schrieben abweichende Stellungnahmen und bildeten eine Minderheit von vier Richtern. Ihre Kommentare waren vernichtend. Richter John Paul Stephens argumentierte, dass die Entscheidung über eine Neuzählung beim Obersten Gericht von Florida hätte bleiben sollen. Selbst wenn es eine „Verletzung des gleichen Schutzes“ gegeben hätte, hätten Wege gefunden werden sollen, „ein Mittel gegen diese Verletzung zu finden, ohne die Wähler von Florida um ihr Recht zu bringen, dass ihre Stimmen gezählt werden“. Stephens sagte: „Eines ist gewiss. Obwohl wir vielleicht nie mit völliger Gewissheit die Identität des Siegers der diesjährigen Präsidentschaftswahlen wissen werden, ist die Identität des Verlierers völlig klar. Es ist das Vertrauen der Nation in den Richter als unparteiischen Wächter der Herrschaft des Rechts“. Richter Stephen Breyer schrieb, dass das Oberste Gericht der USA diesen Fall nie hätte zulassen sollen: „Das Gericht hätte ungetan lassen sollen, was es heute getan hat. ... die politischen Folgen dieses Falls für das Land sind gewaltig“. Die Fünf-Richter-Mehrheit ließ jeden Anschein politischer Unparteilichkeit fallen und widersprach ihrer eigenen langen konservativen Rechtsauffassung zu Verfassungsfragen. Gewöhnlich schützen rechte Richter eifrig die Rechte der Bundesstaats-Gerichte, ihre eigenen Urteile zu fällen, ohne durch Bundesgerichte überprüft oder überstimmt zu werden, besonders wenn konservative Staaten ihr Gebiet gegen fortschrittliche Bundesgesetze verteidigen. Sie haben nur selten den vierzehnten Verfassungszusatz verwendet, um reaktionäre Entscheidungen durch Parlamente und Gerichte von Bundesstaaten aufzuheben.

Angesichts ihres politischen Hintergrunds ist es kaum überraschend, dass die Mehrheit des Oberste Bundesgerichts zugunsten von Bushs eingriff. Sieben der neun Richter wurden von Republikanischen Präsidenten ernannt. Der Oberste Richter Rehnquist wurde von Nixon ernannt. Scalia wurde von Reagan ernannt. Clarence Thomas, ein Afroamerikaner, wurde von George Bush 1991 ernannt (Clarence Thomas' Frau, Virginia Lamp-Thomas, hat enge Verbindungen zur Republikanischen Partei und arbeitet für die rechte Heritage Foundation). Sie alle lehnen fortschrittliche Sozialgesetze wie Abtreibungsrechte oder Förderung von Min-

derheiten ab und unterstützen die Todesstrafe sehr.

Die Merheitsentscheidung war nicht nur politisch voreingenommen, sondern auch selbstsüchtig: die konservativen Richter haben ein Eigeninteresse am Ergebnis der Präsidentschaftswahlen. Die Zukunft des Obersten Gerichts war selbst ein Wahlkampfthema. Der Verhältnis zwischen konservativen und „gemäßigten“ (das heißt, etwas weniger konservativen) Fraktionen würde durch Gores Ernennungen in die eine und durch Bushs Ernennungen in die andere Richtung kippen. Durch die Entscheidung für Bush sicherte die Mehrheit eine konservative Vorherrschaft im Gericht.

Manche Strategen der herrschenden Klasse sind alarmiert, dass das Oberste Gericht durch so eine krass parteiliche Entscheidung die Autorität des Gerichts ernsthaft untergraben habe. Zweifellos ist das Oberste Gericht letztlich ein Werkzeug der herrschenden Klasse und wird in entscheidenden Fragen unveränderlich zu Gunsten der Großkonzerne und der Staatsmaschine urteilen. Aber die Wahl zwischen Bush und Gore war keine Frage auf Leben und Tod. Und durch das Handeln auf politisch voreingenommene und selbstsüchtige Weise haben sie ihre Hauptrolle für die herrschende Klasse untergraben, den politischen Prozess und entscheidende Entscheidungen des Staats zu legitimieren. Sie haben den Anschein der Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und juristischen Schlüssigkeit ernsthaft beschädigt, den sie zur rechtlichen Heiligung der Regierungsautorität brauchen.

In der Vergangenheit haben selbst konservative Richter erkannt, dass das Oberste Gericht es vermeiden muss, wesentliche Teile der öffentlichen Meinung in wichtigen Fragen brutal zu empören. 1992 zum Beispiel folgten die Richter O'Connor, Kennedy und Suter, alle von Republikanischen Präsidenten ernannte Konservative, Rehnquist nicht, die bahnbrechende Roe-gegen-Wade-Entscheidung des Obersten Bundesgericht rückgängig zu machen, die das Recht auf Abtreibung sicherte. In dem berühmten Fall von 1973 berief sich die Mehrheit auf das im Vierzehnten Verfassungszusatz festgelegte Recht auf Privatheit, um Bundesstaatsgesetze, die Abtreibung verboten, aufzuheben.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme im Fall Planned Parenthood gegen Casey 1992 schrieben die drei Richter, die einzige wirkliche Macht des Gerichts „liege in seiner Legitimität, einem Ergebnis von Wesen und Wahrnehmung, das bedeutet, dass die Bevölkerung die Richter als fähig zur Bestimmung der Bedeutung der Gesetze und Erklärung der sich aus ihnen ergebenden Forderungen akzeptieren“.

Sie schrieben: „Die Legitimität des Gerichts hängt davon ab, dass es Entscheidungen, die Gesetzesprinzipien entsprechen unter Umständen fällt, unter denen

ihr prinzipieller Charakter hinreichend klar ist, um von der Nation akzeptiert zu werden“. Sie folgerten, dass Roe gegen Wade umzustößen „der Legitimität des Gerichts tiefgreifenden und unnötigen Schaden zufügen würde. Die Sorge des Gerichts um Legitimität ist nicht zum Wohle des Gerichts, sondern zum Wohle der Nation, der es verantwortlich ist“ — das heißt, zum Wohle der herrschenden Klasse.

Indem das Gericht Bush einen befleckten Sieg gesichert hat, hat es seine Legitimität klar beschädigt. Für die herrschende Klasse ist es jetzt eine stumpfe Waffe. „An dies wird man sich lange erinnern als an eine Wahl, die von einem konservativen Obersten Gericht zugunsten eines konservativen Kandidaten entschieden wurde, während Stimmzettel, die ein anderes Ergebnis hätten herbeiführen können in Florida nicht gezählt wurden“. (Leitartikel der New York Times/International Herald Tribune, 14 Dezember 00) „US-Vertrauen in Richter fällt“, berichtete die „Washington Post“ (International Herald Tribune, 13 Dezember). In einer Umfrage von Washington Post/ABC, ob sie mehr oder weniger Vertrauen in die Fähigkeit der Justiz hätten, politische Fälle auf faire und unvoreingenommene Weise zu behandeln, sagten 63 Prozent, sie hätten weniger Vertrauen, während mehr als ein Drittel der Befragten (35 Prozent) sagten, sie hätten viel weniger Vertrauen.

AfroamerikanerInnen und Latinos ohne Wahlrecht

Ist es nicht eine bittere Ironie, dass das Oberste Bundesgericht die Vorschrift des „gleichen Schutzes“ aus dem Vierzehnten Verfassungszusatz als Vorwand zur Intervention in Florida verwandte? Die Änderung wurde nach dem Bürgerkrieg verabschiedet und sollte angeblich die Bürgerrechte der befreiten SlavInnen sichern. Aber Floridas Nachwahlkonkurrenz enthüllte eine skandalöse Voreingenommen, die viel ernsthafter als „Schmetterlings“-wahlzettel oder unvollständige „Chads“ ist, aber von den fünf Richtern, die die Mehrheitsentscheidung fällten völlig ignoriert wurde. Das Rampenlicht auf Florida enthüllte den Skandal, dass großen Teilen der AfroamerikanerInnen, Latinos und anderen Minderheitsgruppen systematisch das Wahlrechts entzogen wird.



Zunächst einmal verwendet Florida ein System von rigorosem „Wahlrechtsentzug bei Straftaten“. Es ist einer der vierzehn

Bundesstaaten, die jedem für ein Verbrechen Verurteilten lebenslänglich das Wahlrecht entziehen. Florida kommt sogar vor Texas mit 647.000 ausgeschlossenen früheren VerbrecherInnen. Angesichts der Benachteiligungspolitik durch Floridas Polizei und Justizsystems bedeutet das, dass etwa 30 Prozent der afroamerikanischen Männer des Bundesstaats das Wahlrecht genommen wurde. In den USA verbieten alle 50 Bundesstaaten Häftlingen (1,2 Millionen) das Wählen. 32 verbieten es Leuten, deren Strafe ausgesetzt wurde (453.000), 29 Leuten auf Bewährung, während 14 Bundesstaaten lebenslangen Wahlrechtsentzug haben (1,4 Millionen).

Da vor allem afroamerikanische Männer ins Gefängnis kommen, gibt es neun Bundesstaaten (Alabama, Connecticut, Florida, Iowa, Mississippi, New Mexico, Texas, Washington und Wyoming) wo mindestens ein Fünftel der afroamerikanischen Männer das Wahlrecht verloren haben. (When the Penal State Excludes Four Million Voters, Le Monde Diplomatique, Dezember 2000)

Alarmiert durch die Aussicht auf eine Rekord-Wahlbeteiligung von AfroamerikanerInnen und Latinos gegen sie organisierten die Republikaner eine besondere Säuberung von Floridas Wählerregistern. Der Bundesstaat beauftragte eine Privatfirma, ChoicePoint, mit engen Verbindungen zur Republikanischen Partei, die Wählerregister des Bundesstaats zu säubern. „Wäre irgend jemand irgendwo überrascht“, fragte der New-York-Times-Reporter Bob Herbert, „zu erfahren, dass der Säuberungsprozess es irgendwie schaffte, große Zahlen von afroamerikanischen Wählern zu Unrecht vom Wählen bei den Präsidentschaftswahlen abzuhalten?“ (International Herald Tribune, 9. Dezember)

ChoicePoint stellte eine Säuberungsliste von 58.000 „möglichen Verbrechern“ zusammen, deren Namen daraufhin von Bundesstaats-Beamten aus den Wählerregistern entfernt wurden. Später musste ChoicePoint zugeben, dass 8.000 der „Verbrecher“ nur „Vergehen“ verübt hatten, weniger schwere Straftaten, die sich auf ihr Wahlrecht nicht hätten auswirken sollen.

„Schwarze gingen in Florida dieses Jahr in Rekordzahlen wählen, aber riesige Mengen wurden aus dem einen oder anderen Grund systematisch weggeschickt“. (New York Times-International Herald Tribune, 9. Dezember) Ein Bericht des Los Angeles Times Service (International Herald Tribune, 13. November) berichtet eine ganze Latte von Hindernissen. In der Stadt Plantation wurde ein Wahllokal drei Wochen vor der Wahl zerstört, aber WählerInnen wurde der neue Ort nicht gesagt. Im Bezirk Miami-Dade ließen Wahlhelfer viele trotz gültiger Wahlscheine nicht wählen. In anderen Wahllokalen lagen ausgefüllte Wahlzettel auf Tischen oder wurden hereinkommenden Wähler-

rlinnen gegeben. In mehreren Fällen gingen volle, verschlossene Wahlurnen verloren, eine wurde drei Tage nach der Wahl beim Sheraton Hotel in Miami gefunden. In den ersten Tagen nach dem 7. November gab es über 6.000 formelle Beschwerden durch WählerInnen aus Florida.

Es gab auch Berichte über Polizeischikanen in oder bei Wahllokalen, einschließlich mindestens einer Straßensperre, wo die Polizei FahrerInnen in der Nähe eines Wahllokals kontrollierte.

Richter Scalia & Co behaupten, dass sie besorgt über mögliche Unstimmigkeiten bei Nachzählung von 180.000 Stimmzetteln von Hand seien, die in der ersten Maschinenzählung als ungültig bezeichnet wurden. Aber sie machten keinen Kommentar über die grobe Voreingenommenheit des ursprünglichen Wählerverfahrens. Eine Untersuchung Stimmbezirk für Stimmbezirk der Washington Post zeigte, dass „Demokratische und afroamerikanische Wohngebiete in Florida wegen veralteter Wahlmaschinen und völliger Verwirrung über Stimmzettel viel mehr Präsidentschaftswahlstimmen als andere Gebiete verloren...“ (Washington Post/Guardian Weekly, 7-13. Dezember)

Etwa 40 Prozent der schwarzen WählerInnen des Bundesstaats waren neue WählerInnen und eher durch komplizierte, schlecht layoutete Stimmzettel verwirrt. In überwiegend weißen Stadtteilen war es viel wahrscheinlicher, dass WählerInnen, die einen Fehler gemacht hatten, von Beamten eine zweite Chance für eine gültige Stimmabgabe bekamen. Die Post fand zum Beispiel, dass in Duval County in Nordflorida, das Bush 58 Prozent gegen 41 Prozent holte, beschädigte Stimmzettel überwiegend in afroamerikanischen Gebieten von Jacksonville konzentriert waren. „In den am stärksten weißen Stimmbezirken wurde ein Stimmzettel von 14 weggeschmissen, aber in überwiegend schwarzen Stimmbezirken war mehr als ein Stimmzettel von fünf beschädigt — und in manchen schwarzen Stimmbezirken war es fast ein Drittel“.

Florida ist bei der Diskriminierung von AfroamerikanerInnen und anderen Minderheiten keineswegs ein Einzelfall. Berichte zeigen, dass es genau die selbe Art von krasser Diskriminierung in Cook County (das Chicago umfasst) in Illinois gab. Jeder zwölfte Stimmzettel in Stimmbezirken mit über 70 Prozent AfroamerikanerInnen im Vergleich zu jedem Zwanzigsten in Stimmbezirken mit weniger als 30 Prozent AfroamerikanerInnen war ungültig. In der Stadt Chicago gab es 51 Stimmbezirke, in denen mindestens jeder sechste Stimmzettel keine gültige Stimmabgabe zur Präsidentschaftswahl hatte — 90 Prozent ihrer BewohnerInnen waren Schwarze oder Latinos. (Washington Post, 27. Dezember) Nach dem Committee for the Study of the American Electorate wurden schätzungsweise 2,1 Millionen bis 2,8 Millionen Stimmzettel in allen 50 Bundes-

staaten nicht gezählt. (Financial Times, 29. November)

Aber in Florida waren die Republikaner entschlossen, ihr äußerstes zu geben, um die AfroamerikanerInnen vom Wählen abzuhalten. Sie sahen klar eine Rekord-Wahlbeteiligung in Minderheitsbezirken voraus und erkannten, dass dies vorwiegend an Gore und die Demokraten gehen würde. Dies war weniger eine Stimmabgabe für Gore als eine gegen Floridas Gouverneur Jeb Bush. Letztes Jahr schritt Gouverneur Bush zur Beendigung der Förderung von Minderheiten bei der Universitätzulassung zugunsten einer rassistischen sogenannten „Ein-Florida“-Politik. Es war auch eine Stimmabgabe gegen George Ws Kandidatur, dessen reaktionäre Bilanz in Texas gut bekannt war (die groteske Zahl an Hinrichtungen, ein Bundesstaats-Mindestlohn von 3,15 pro Stunde).

Die National Association for [the Advancement of] Colored People (NAACP [Nationale Vereinigung für die Besserstellung Farbiger]), die 10 Millionen Dollar für eine bundesweite Wählerregistrierungskampagne ausgab, machte besonders Florida zum Ziel. Während die schwarze Wahlbeteiligung bundesweit weitgehend unverändert war, schnellte sie in Florida nach oben: die „schwarze Wahlbeteiligung wuchs von 10 Prozent der Gesamttheit 1996 auf 15 Prozent 2000, praktisch eine Zunahme um 50 Prozent. Zusätzlich stimmten Afroamerikaner im Bundesstaat laut Nachwahlumfragen mit 93 Prozent für Mr Gore gegen 7 Prozent für Mr Bush“. (Washington Post Service/Internation-

gen Krieg in Florida 2002“ erwarten, wenn die Wiederwahl von Jeb Bush ansteht.

Dem Geld nach

Obwohl es 36 Tage dauerte, das neue Gesicht der Präsidentschaft zu entscheiden, stand der wirkliche Gewinner nie in Zweifel: die Großkonzerne. Die Großkonzerne und reiche Investoren zahlten für die Wahl eine Summe zwischen 3 und 4 Milliarden Dollar für alle nationalen und örtlichen Wahlen. Bei mehr als einem Drittel (151) der 435 Kongresswahlkämpfe am 7. November gab es mindestens einen Kandidat, der eine Millionen Dollar oder mehr ausgab. Die Zahl der Kandidaten für das Repräsentantenhaus, die mindestens 2 Millionen Dollar aufwandten, stieg von acht 1996 auf 34 2000. (US Today, 26. Dezember) Das bundesweite Republikanische Kongresskomitee brachte 140 Millionen Dollar zusammen, die Demokratische Kongresskampagne sammelte 94 Millionen Dollar.

Manche Kandidaten finanzieren ihre Kampagnen mit ihre eigenen Reichtum. Aber das meiste Wahlkampfgeld kommt von den Großkonzernen. Gore wurde von Occidental Petroleum, Bell South (Telekommunikation), Hollywood Studios und der Lobby der Prozessanwälte begünstigt. Bush wird besonders von der Rüstungsindustrie, Versicherungsgesellschaften und dem Immobiliensektor begünstigt. Viele der Konzernlobbies unterstützen sowohl Demokratische als auch Republikanische Kandidaten. Amoco-Vorstand John Browne erklärte: „Wir begrüßen einen Sieg beider Parteien sehr“. (Le



tional Herald Tribune, 13. Dezember) Während der Nachwahlbalgerei sprach Jesse Jackson auf ein paar Kundgebungen in Florida, aber die Führung der Demokratischen Partei machte nichts, um Protestaktion zu mobilisieren, offenbar fürchteten sie jede Aktion auf den Straßen. Trotzdem wird Wut über den Entzug des Wahlrechts besonders unter AfroamerikanerInnen stark bleiben. Sie werden nicht durch die Ernennung von Leuten wie Colin Powell und Condoleezza Rice in die Regierung von George W beeindruckt sein. Sie werden Jeb Bushs Rolle im Nachwahlputsch der Republikaner nicht vergessen. Ein führender Republikaner gab zu, dass sie „einen heili-

Monde Diplomatique, Dezember 2000) Zweifellos redet Geld: 92 Prozent der Repräsentanten und 88 Prozent der Senatoren, die im November gewählt wurden, waren die Kandidaten, die das meiste Geld ausgaben. In vielen Fällen kommt ihr Finanzvorteil daher dass sie Amtsinhaber sind, die in 95 Prozent der Sitze wiedergewählt wurden. Beiträge zu ihren Wahlkampffonds sind in Wirklichkeit Zahlungen für schon geleistete Dienste. Ungefähr eine halbe Millionen wohlhabende Individuen (annähernd zwei Promille der US-Bevölkerung) spenden 1.000 Dollar oder mehr an die Parteien. Diese Gruppe ist annähernd die herrschende Klasse der USA, die Vorstandsmitglieder,

Hyperreiche, die Lobbyisten beschäftigen und ihre wirtschaftliche Macht nutzen, um gewählte Vertreter zu kaufen und Washingtons politische Tagesordnung zu bestimmen.

Sie wählen praktisch Kandidaten aus, indem sie Vorwahlkämpfe finanzieren. Sie legen die Themen der Kandidaten fest — und wenn Kandidaten Ämter einnehmen erwarten die finanziellen Unterstützer die Gegenleistung in Form von Steuersenkungen, Deregulierung von Wirtschaftstätigkeit, Subventionen, öffentlichen Aufträgen und Amterpatronage. Dies ist schlicht und einfach das größte System der institutionalisierten, mehr oder weniger legalen Bestechung.

Vergangene Versuche, Wahlkampffinanzieren zu beschränken und zu regeln, besonders nach der Nixon-Watergate-Krise eingeführte Maßnahmen, hatten keine allgemeine Wirkung. Beschränkungen für „hartes Geld“, das heißt Mittel die direkt für Wahlkämpfe von Kandidaten gehen, führten zur Zunahme von „weichem Geld“, das heißt Gelder, die für die Wählerregistrierung möglicher Unterstützerinnen oder Anzeigen zu „Themen“, die nicht zu unerschwinglich bestimmte Kandidaten begünstigen.

Die Vorteile massiver politischer Finanzierung sind natürlich überhaupt nicht einseitig. Die Großunternehmen erwarten natürlich eine Gegenleistung für ihre Beiträge aber wie jeder, der einen mächtigen Schutzgelderpresser-Ring betreibt, erwarten die Politiker auch ihren Anteil an der Beute. Ein Sprecher des neuen Konzerns AOL-Time-Warner kommentierte: „Washington begünstigte wiederholt die, die zahlen, zum Nachteil derjenigen, die nicht zahlen“. (Time Magazine, 7. Februar 2000)

Viele Firmenchefs wollen zwar zweifellos die Macht, politische Entscheidungen zu bestimmen, haben sich aber kürzlich über den Druck beschwert, politische Spenden zu machen. Nach einer Umfrage durch CED letzten Oktober sagten 74 Prozent der führenden Firmenvorstände, sie „fürchten nachteilige Folgen für sich oder ihre Branche, wenn sie Forderungen [nach Zuwendungen] abschlagen“. (American Prospect, 18. Dezember 2000)

Die Republikanischen und Demokratischen Politiker sind die bezahlten Diener der Großkonzerne. Gleichzeitig sind sie Diener, die den üppigen Lebensstil und das Erscheinungsbild ihrer Zahlmeister teilen. Viele sind selbst reiche Kapitalisten, andere nutzen ihre Stellungen, um durch politische Verbindungen mit der Großindustrie, um Reichtum aufzuhäufen. Die meisten sind sehr gierig geworden. Auf Bundes-, Bundesstaats- und Stadtebene haben sie ungeheure Macht zur Patronage. Zusammen werden Zehntausende Arbeitsplätze mit den Freunden und Familienangehörigen und Anhängern gewählter Amtsinhaber gefüllt. Sie arbeiten zwar für die Interessen der Großkonzerne, haben aber auch ihre eigenen

Sonderinteressen nach Prestige, Macht, Patronage und Pfründen. Ein bitterer Konkurrenzkampf, sich die Posten zu krallen, liegt hinter der Republikanisch-Demokratischen Rivalität, keine grundlegenden politischen Unterschiede.

Nader: was nun?

Nader machte seine Herausforderung des Duopols mit nur 8 Millionen Dollar, die durch eine Masse kleiner Spenden gesammelt wurden. Er stellte radikale Forderungen auf, zu denen Bush und Gore ein Zwei-Parteien-Schweigen wahrten: ein Mindestlohn von 10 Dollar pro Stunde, Rücknahme unterdrückerischer Antigewerkschaftsgesetze, allgemeine Krankenversicherung, Abschaffung der Todesstrafe und so weiter. Seine Botschaft war schlüssig und kühn konzernfeindlich, aber nicht klar antikapitalistisch. (Siehe unsere früheren Berichte in Socialism Today, Nr. 47 & 50).



Nader ist ein radikaler Populist, kein Sozialist, aber die fortschrittliche Bedeutung seiner Kampagne war seine Herausforderung der zwei Großkonzernparteien, die die US-Politik weitgehend monopolisiert haben. „Der einzige Unterschied zwischen Al Gore und George W Bush“, sagte Nader wiederholt zu Recht, „ist die Geschwindigkeit, mit der ihre Knie den Boden berühren, wenn Konzerne anklopfen“. Naders Kampagne ging von der richtigen Voraussetzung aus, dass die Demokratische Partei auf keine Weise als fortschrittliches Hilfsmittel für Sozialreform betrachtet werden kann, von radikaler gesellschaftlicher Veränderung ganz zu schweigen.

Naders Kampagne spiegelte die Herausbildung einer radikalen Schicht hauptsächlich studentischer Jugend wider, die mit dem Anti-WTO-Protest in Seattle im November 1999 auf die Bühne stürmte. Wie seine Massenkundgebungen zeigten, wo zehn bis fünfzehn Tausend an den größeren Veranstaltungen begeistert teilnahmen, verstärkte Nader die radikale Welle von Seattle über die Anti-IWF-Proteste in Washington DC und bei den [Protesten bei den] Republikanischen und Demokratischen Parteitag. Naders Antikonzermslogans entsprechen der Stimmung dieser Schicht, die aus verschiedenen Elementen mit ziemlich vielfältigem Bewusstsein zusammengesetzt ist. Während manche Teile junger Menschen sich immer noch in erster Linie um Einzelthemen kümmern — Umwelt, unmenschliche

Arbeitsbedingungen in unterentwickelten Ländern etc. — bewegen sich andere zu einer antikapitalistischen Position und sind offen für sozialistische Ideen.

In der Endphase des Wahlkampfes war Nader Ziel einer intensiven, äußerst böserartigen Kampagne durch die Demokratische Führung und ihre Medienunterstützer. Die New York Times, die Gore als verantwortungsbewussteren, verlässlicheren Präsidentschaftskandidaten Bush vorzog, griff Nader als „Abrissbirne“ an. Führer der Linken in der Demokratischen Partei waren besonders beißend. Manche UmweltaktivistInnen wie der Sierra Club machten bei der „Eine-Stimme-für-Nader-ist-eine-Stimme-für-Bush“-Kampagne mit. John Sweeney, Präsident des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO, nannte Naders Kampagne „rügenswert“ und beschuldigte ihn, unter einer „Kinderkrankheit“ zu leiden.

Nader beantwortete diese Kritik entschlossen mit sehr vielsagenden Argumenten. Die organisierte Arbeiterbewegung gibt den Demokraten massive Unterstützung, sagte Nader, aber die Clinton-Gore-Regierung gab ihnen NAFTA und die China-Handelsgesetze, weigerte sich aber, das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz abzuschaffen oder allgemeine Gesundheitsversorgung einzuführen. Aber im Endstadium der Kampagne, als es klar war, dass das Ergebnis knapp werden würde, kehrte ein großer Teil von Naders Unterstützung zu den Demokraten zurück. Als Ergebnis war Naders bundesweites Ergebnis unter fünf Prozent, der Wert, ab dem es in künftigen Wahlen Bundesmittel gibt. Trotzdem erhielt Nader in elf Bundesstaaten (und DC) mehr als 5 Prozent der Stimmen und in sieben weiteren mehr als 4 Prozent. Nader bekam weniger als 2 Prozent der Stimmen in Florida, nur 97.000 Stimmen, aber mehr als der Vorsprung, mit dem Bush den Bundesstaat holte. Dies löste eine wütende Breitseite des Demokratischen Establishment und der Gewerkschaftsbürokratie aus, die drohen, Nader aus der Washingtoner Politik auszuschließen und jeder mit ihm verbundenen Kampagne den Geldhahn abzdrehen. Nader antwortete mit bezug auf das Washingtoner Establishment: „Nun ja, sie haben die fortschrittliche Zivilgesellschaft schon vor langer Zeit ausgeschlossen“.

Es ist möglich, dass eine Gore-Regierung ein winziges bißchen weniger reaktionär gewesen wäre als sich die Bush-Regierung wahrscheinlich erweisen wird, besonders in sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Aber jeder „Kleineres-Übel“-Vorteil wird völlig wettgemacht durch die Notwendigkeit, die politisch bewussteren Teile der jungen Leute, Minderheiten und ArbeiterInnen aus dem Griff der Demokraten zu befreien und die Grundlage für eine unabhängige Massenpartei auf der Linken zu schaffen. Naders Kampagne war bei allen ihren Beschränkungen ein Schritt in diese Richtung.

Naders Kampagne war zwar durch seine Persönlichkeit bestimmt und hatte wenig Ressourcen, beschämte aber die Gewerkschaftsführer, die Millionen Dollar in Kampagnen für die Demokraten steckten und auch Armeen von Hauptamtlichen für ihre Kampagne anwarben. Sie beschämte auch die Führung der jungen Labor Party, die kürzlich die Kandidatur bei Wahlen beschlossen hat, aber keine Schritte zur

Nader glaubt, dass die Grünen und andere Organisationen eine „Wachhund“-Rolle gegenüber Bundes-, Bundesstaat und örtlichen Regierungen spielen werden. Er stellt sich die Entwicklung einer „oder-sonst“-Beziehung zur Demokratischen Führung in Washington vor, die Senatoren oder Repräsentanten zum Ziel nimmt, denen die Grünen entscheidende Wählerstimmen wegnehmen können. Ihnen soll

rikanerInnen, Latinos oder anderen Minderheitsorganisationen zu gewinnen. Anscheinend stellt sich Nader etwas Don-Quixote-mäßig vor, er könne der faktische „Führer“ der Grünen sein, obwohl er kein Parteimitglied ist (er ist Mitglied der Labor Partei, die sich weigerte, seinen Wahlkampf zu unterstützen). „Ich dehne die Grüne Partei von außen aus, während die drin sie vertiefen“, hat Nader laut Corn gesagt.

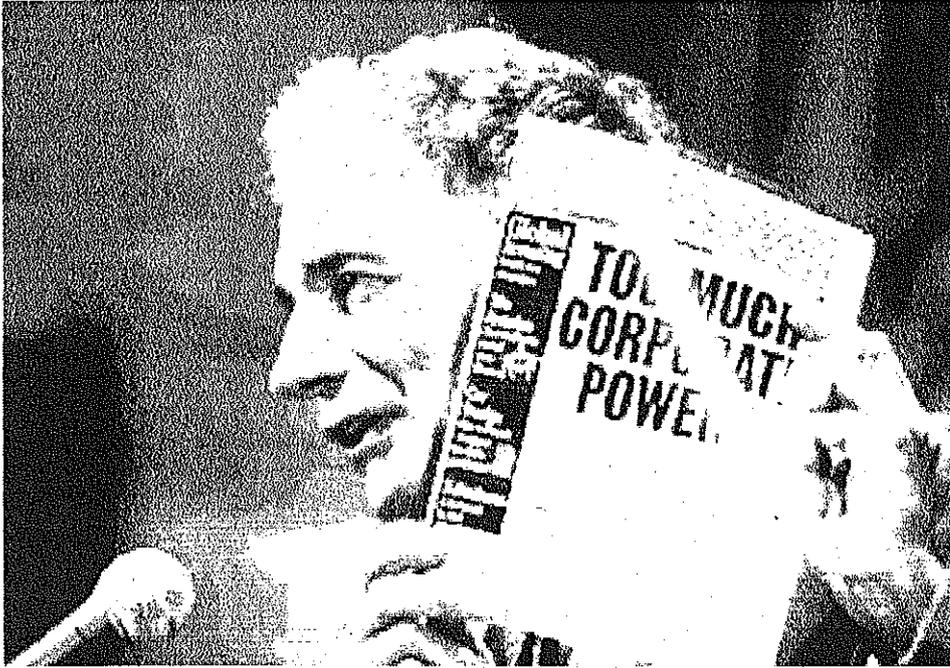
Naders vorgeschlagene „oder-sonst“-Offensive gegen Washingtons Politiker kann sie ärgern und sie sogar hier und da einen Sitz kosten, aber der einzige Weg, das Demokratische „linke“ Gesicht der Großkonzerne herauszufordern ist die Organisation einer Massenpartei mit Basis in der Arbeiterklasse und radikaler antikapitalistischer Politik.

Die Wahl 2000 zeigte erneut diese schreiende Notwendigkeit. Nur so eine Partei könnte die zwei Parteien der Großkonzerne wirksam bekämpfen, Teile der organisierten ArbeiterInnen, AfroamerikanerInnen, und so weiter, von ihrer traditionellen, aber politisch vergeblichen Loyalität zu den Demokraten wegbrechen. Eine Arbeitermassenpartei ist zur Verteidigung der Interessen der arbeitenden Menschen dringend nötig, um den Kämpfen der ArbeiterInnen, Minderheiten, ImmigrantInnen ohne Papiere, Frauen, jungen Menschen etc., die sich in den nächsten Jahren entwickeln werden, eine Stimme zu geben.

Eine Arbeiterpartei müsste ein Programm demokratischer Forderungen gegen die Korruption des kapitalistischen Wahlsystems vorbringen. Sie würde die institutionalisierte Bestechung durch die Großkonzerne, die jetzt stattfindet, entlarven und die Abschaffung von veralteten Einrichtungen aus dem 18. Jahrhundert wie dem Wahlmännergremium fordern und vor allem die Schranken wegfeigen, die Dritte Parteien oder unabhängige KandidatInnen überwinden müssen, um auf den Stimmzettel zu kommen.

Eine Arbeiterpartei würde auf Wahlebene und auch durch betriebliche und Stadtteilkampagnen zu sozialen Fragen kämpfen, die ArbeiterInnen auf den Nägeln brennen: für einen Lohn, der zum Leben reicht, gegen unterdrückende Antigewerkschaftsgesetze, für allgemeine Gesundheitsversorgung, für ein Ende der Todesstrafe, Papiere für alle EinwandererInnen und viel viel mehr. Eine in der nächsten Periode entstehende Arbeiterpartei wird unausweichlich konzernfeindlich sein, aber von einem sozialistischen Standpunkt aus müsste ihr Programm viel weiter gehen und das kapitalistische System herausfordern und eine sozialistische Wirtschaft auf der Grundlage demokratischer Planung befürworten.

Die Bildung einer neuen Arbeiterpartei wäre trotz der unausweichlichen Begrenzungen und Besonderheiten in ihrer ersten Existenzphase ein massiver Schritt vorwärts für die Arbeiterklasse. Sie würde



Aufstellung ihrer eigenen KandidatInnen bei den Wahlen 2000 machte.

Im Verlauf der Kampagne für eine Stimme für Nader und als führende Kraft beim Aufbau der Nader-als-Präsident-Koalition in einer Reihe von Regionen brachte die Socialist Alternative (CWI-Gruppe in den USA) die Idee auf, dass Nader nach den Wahlen eine Konferenz einberuft, um die an der Kampagne beteiligten Kräfte zusammenzubringen und auch an Gewerkschaften, Minderheitenorganisationen, Bürgerinitiativen etc. appelliert, um die Bildung einer unabhängigen Partei zu diskutieren, die sich auf die Interessen der Arbeiterklasse stützt.

Naders Kampagne hat zwar geholfen, den Boden für so eine Entwicklung zu bereiten, er hat aber bedauerlicherweise keine Schritte in diese Richtung unternommen. Nader hat keine Perspektive für die Bildung einer neuen, unabhängigen Partei gegeben. Nach Berichten strebt er jetzt die Förderung des Wachstums der Grünen Partei an und will sie mit Bürgerinitiativen im ganzen Land zusammenbringen. (Siehe David Corn: Nader, Is There Life After Crucifixion? The Nation, 4. Dezember 2000) Er stellt sich die Schaffung neuer, mit den Grünen verbundener Organisationen vor: eine nicht profitorientierte Bildungseinrichtung, ein Lobby-Arm und ein politische Aktionskomitee parallel zur Grünen Partei. Nach Berichten will er Grüne Hochschulgruppen ermutigen und Beratungszentren der Grünen Partei in armen Stadtteilen ermutigen.

gesagt werden, dass die Grünen 2002 und bei folgenden Wahlen gegen sie antreten werden, wenn sie nicht grünfreundliche Positionen übernehmen.

Dies ist keine gangbare Strategie für den Aufbau einer neuen Partei. Zunächst einmal ähneln die Grünen auch nicht entfernt auch nur dem embryonalen Kern einer Massenpartei. Sie waren lange zwischen zwei verschiedenen Verbänden gespalten, der Association of State Green Parties [Vereinigung der Grünen Parteien der Bundesstaaten] und der kleineren radikaleren Grünen Partei USA. Naders Wahlkampfteam ist nach Berichten sehr kritisch gegenüber der Rolle der Grünen. Laut einem nicht genannten „engen Nader-Berater“ gab es, schreibt Corn, „an vielen Orten wenig Konzentration [der Grünen] auf die Präsidentschaftskampagne, da Grüne sich mehr für örtliche Fragen wie Tierrechte oder Hochspannungsleitungen interessierten ... Die Superkundgebungen waren trotz der Grünen ein Erfolg ... An vielen Orten haben sie den Übergang vom Debattierclub zur politischen Partei nicht geschafft“.

Obendrein haben viele führende Grüne nicht entschieden mit den Demokraten gebrochen. In der Schlussphase des Wahlkampfes knickten viele ein und sprachen sich für eine Wahl Gores aus. Vor allem habe die Grünen mit ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild und ihrer Mittelschichtmitgliedschaft keine Möglichkeit, Unterstützung aus Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftslinken, unter Afroame-

die Rolle eines politischen Katalysators spielen, und die bewussten Elemente liefern, damit die US-Arbeiterklasse — die obwohl das auf allen Seiten geleugnet wird, eine mächtige wirtschaftliche und soziale Kraft ist — zu einer mächtigen politischen Kraft wird.

Das unmittelbare, fassliche Ergebnis von Naders Kampagne ist vielleicht leider sehr begrenzt. Trotzdem mobilisierte und begeisterte Nader 2000 eine radikale Schicht junger Menschen, denen sich ein paar ältere ArbeiterInnen anschlossen, in einer Bewegung, die ein Vorgeschmack auf eine viel breitere und tiefere Radikalisierung ist, die in den kommenden Jahren stattfinden wird.

George Ws Pech

Daniel Patrick Moynihan, Senator aus New York, erfahrener Politiker und Sprecher der bürgerlichen Ordnung erklärte: „Es ist nicht so wichtig, wer gewinnt. Wichtig ist die Legitimität des Systems“. Es stimmt, dass die weitsichtigeren Strategen der herrschenden Klasse (für die die Leitartikel der New York Times und Washington Post sprachen) Gore als ausgewogeneren, verantwortungsbewussteren Führer vorzogen, besonders angesichts der Aussicht auf Wirtschaftsabschwung und wachsende soziale Spannungen. Aber sie können mit einer Bush-Präsidentschaft leben. Ernsthafter ist die Aushöhlung der Legitimität des ganzen politischen Systems, die durch den Konflikt um Florida verschärft wird, aber aus dem tiefen Zynismus, dem Massenentzug des Wahlrechts entspringt.

Unter der Schlagzeile „Politische Dekadenz“ jammerte ein Leitartikel der Washington Post: „Die Politik von Amerika ist ernsthaft beschädigt“. (International Herald Tribune, 27 November) „Wahlertäuschung wurde eine anerkannte Taktik... Eine Abhängigkeit von Fernsehdarstellung plus wenig Respekt vor der Wahrheit erzeugt eine Art Demagogie, die das Hintergrundgeräusch der Wahlkämpfe wurde. Die Glaubwürdigkeit der Politiker ist gesunken, so wie ... der öffentliche Glaube an und Vertrauen in Regierungsinstitutionen“.

„Der Kongress selbst ist in einen Zustand von Ohnmacht und parteipolitischen Posen gefallen. Beschränkungen bei der Verwendung von Geld zum Kauf politischer Ämter und Begünstigungen sind zusammengebrochen. Interessengruppen — Industrieverbände und Gewerkschaften; Umwelt-, Lebensschützer-, Waffen- und zahllose andere Organisationen mit Einzelthemen — haben zusammen noch größere Summen mit größerer Intensität als die politischen Parteien ausgegeben.

Politik war nie ein unschuldiger Beruf, aber dies ist anders als früher“.

Die Post verteidigt das „republikanische“ System immer noch und behauptet (gegen Nader), dass es „bedeutsame Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern gebe, wenn sie auch „nicht so grundlegend“ sind. „Aber das Land ist in eine Art Söldner-Politik „der verbrannten Erde“ gerutscht, wo es oft um das Gewinnen der Macht unabhängig von ihrer möglichen Verwendung geht. Die Post kommentiert in Bezug auf den Nachwahlkampf in Florida: „Das Land wurde Gefangener einer Art politischem Boxkampf, der ihm großen Schaden zufügt. Die Kandidaten könnten anfangen, in eine andere Richtung zu führen, haben es aber nicht; auch nicht die respektierten Staatsmänner der Parteien...“

Geschichtlich hat das Zweiparteiensystem der herrschenden Klasse gut gedient. Der Parteikampf zwischen Republikanern und Demokraten um Ämter erzeugte die Illusion von Wahlmöglichkeiten und verdeckte das Fehlen von wirklichen Alternativen. Andere Parteien wurden durch massive finanzielle Barrieren und tausend und eine Hürde vom Stimmzettel ferngehalten. Aber beim Fehlen auch nur einer sozialdemokratischen Partei europäischen Typs, die den Druck der Arbeiterklasse widerspiegelte, hat das „republikanische“ System groteske Exzesse entwickelt. Sie untergraben die Rolle des Wahlprozesses unter dem Kapitalismus: kompetente Führer auszuwählen und durch öffentliche Debatte zu testen, die das Land und die Wirtschaft im Interesse der herrschenden Klasse managen können; und die Rolle der kapitalistischen Regierung in den Augen der nichtkapitalistischen Mehrheit zu legitimieren. Trotzdem ist die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterpartei das letzte was sie wollen, obwohl die Ereignisse der nächsten paar Jahre alle Bedingungen für die Herausbildung so einer Partei schaffen werden.

Das System hat in diesem Fall „einen zutiefst hohlen“ Kandidaten ins Weiße Haus gesetzt. Er wird wie Reagan vor ihm als eine Art Impresario für ein Team rechter Kapitalisten und Bürokraten dienen, allerdings ohne den Vorteil von Reagans schauspielerischen Fähigkeiten. Vizepräsident Cheney und andere Veteranen der Bush-I-Regierung werden zusammen mit Finanzminister Paul O'Neill (Freund von Greenspan), dem rechten Hardliner-Generalstaatsanwalt John Ashcroft und anderen das Drehbuch schreiben: George W wird sein Bestes tun, sich durchzubeißen. Trotzdem wird das kapitalistische Establishment durch Bushs Kabinett und führende Berater versuchen, den Präsi-

dent zu schulen und nach seinen gegenwärtigen Bedürfnissen zu formen. Es gibt aber das Problem, dass die herrschende Klasse der USA in viele Fraktionen zerrissen ist, die verschiedene wirtschaftliche und regionale Interessen widerspiegeln und nie den sozialen oder ideologischen Zusammenhalt der Bourgeoisie der führenden europäischen Mächte erreicht hat.

Der Präsident wird vor einem gespaltenen Kongress stehen, ein Rezept für fortgesetzte Blockade. Aber das wirkliche Problem, vor dem Bush steht, ist nicht Kongressarithmetik, sondern dass sie keinerlei durchdachte Politik für den Umgang mit dem kommenden Abschwung und der sozialen Unruhe, die er erzeugen wird, haben. Die scheinbare politische Selbstzufriedenheit der letzten Periode, die wachsende Spannungen unter der Oberfläche verdeckt, wird durch den Ausbruch politischer Unzufriedenheit in jedem Teil der Gesellschaft erschüttert werden.

Der Hauptfaktor wird der Abschwung in der US-Wirtschaft sein. Bush hat schon versucht, sich mit Greenspan zu verbinden, aber die Greenspan-Magie wird in den kommenden Monaten verpuffen. Bush hat auch versucht, jedem Vorwurf gegen sich für den Abschwung zuvorzukommen, indem er die Wirtschaft vor seiner Amtsübernahme „heruntergeredet“ hat. Dies wird ihn in den Augen der arbeitenden Mittelschicht nicht aus der Verantwortung entlassen, wenn sie für die Spekulationsseifenblase der späten neunziger Jahre eine böse Rechnung präsentiert kriegen. Bush wird nicht Überschüsse des Bundeshaushalts in Form massiver Steuersenkungen an die Reichen weggeben können, weil die Überschüsse bald durch den Abschwung vernichtet sein werden.

Es heißt, George W sei durch einen Ehrgeiz angetrieben, seinen Vater zu rächen, den Sieger des Golfkriegs von 1990-91 und Architekt der Neuen Weltordnung, dessen Wiederwahlkampagne 1992, wie es das Schicksal wollte, durch die damalige Rezession torpediert wurde. Nach den Republikanern wurde Bush senior von Clinton ungerecht aus dem Amt entfernt (mit verräterischer Hilfe durch Ross Perot), der ihnen sogar die politischen Kleider gestohlen hat. George Ws „Glück“ wird sogar noch geringer sein. Er steht jetzt vor der Aussicht auf einen Abschwung, der wahrscheinlich viel tiefer als 1990-91 sein wird und viel schwerere Rückwirkungen in den USA haben wird. Obendrein wird er sicher vor noch größeren, noch schwerer handhabbaren Problemen für den US-Imperialismus im Weltmaßstab stehen.

Irak-Bombardierung — der US-Imperialismus spielt mit den Muskeln (Februar 2001)

Wenige Wochen nach der Amtseinführung hat US-Präsident George Bush mit den militärischen Muskeln seines Landes gespielt, indem er den Irak bombardierte und so versucht, seine „Entschlossenheit“ zu demonstrieren. Wie gewöhnlich spielte Tony Blair die Rolle des Schoßhund des US-Imperialismus

Die Aktion ist eine Fortsetzung der gescheiterten zehnjährigen Politik nach dem Golfkrieg 1991, den irakischen Diktator Saddam Hussein zu entfernen. In der Tat haben Tausende Tote und schreckliche Entbehrungen als Ergebnis der Sanktionen die irakische Opposition geschwächt und Saddams Herrschaft gestärkt. In Wirklichkeit hängen nur die US- und britische Regierung der Bombardierungs- und Sanktionspolitik an. Das Sanktionsregime bröckelt, internationaler Handel und Flüge nehmen zu.

Ende letzten Jahres nahmen 1.450 Firmen aus 30 Ländern an einer Handelsmesse in Bagdad teil. Shell und Premier Oil mit Sitz in Britannien haben schon mit irakischen Beamten diskutiert über die Wiederaufnahme des Handels im Nach-Sanktionen-Irak diskutiert.

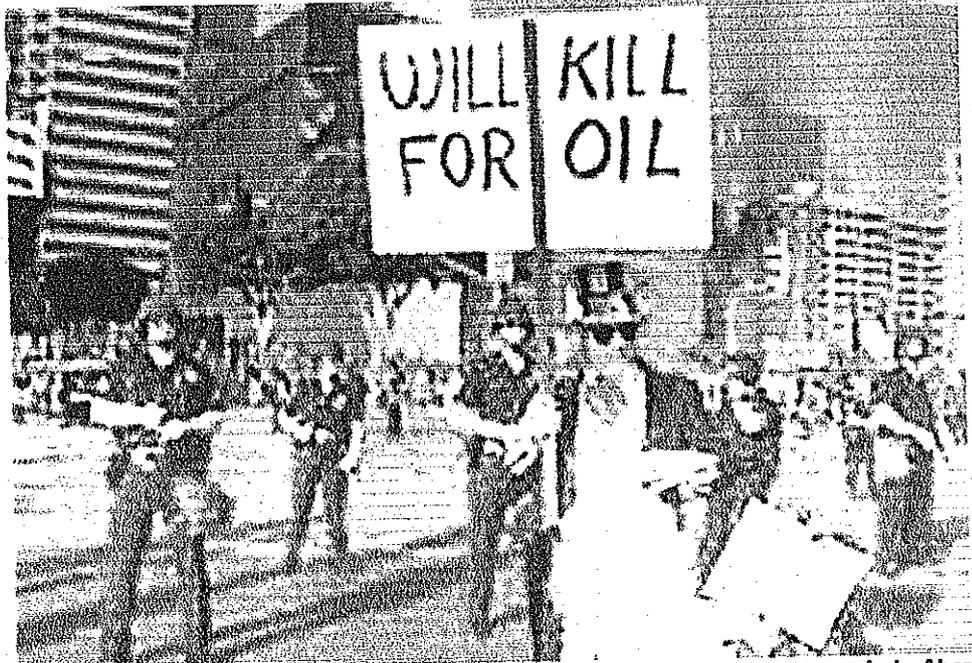
Der Angriff auf Bagdad letzten Freitag ist Bushs Mitteilung an die herrschenden Regimes und Massen im ganzen Nahen Osten und der Welt, dass die US-Außenpolitik weiterhin mit militärischer Macht gestützt sein wird. In vielen arabischen Hauptstädten sind die Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Angriffe des US- und britischen Imperialismus zu protestieren. Sie weisen auf das Leiden der palästinensischen Massen hin, die durch die von den USA unterstützte israelische herrschende Klasse nationale Unterdrückung erleiden, welche die UN-Resolutionen ignoriert, die eine Rückgabe der in den arabisch-israelischen Kriegen 1967 und 1973 besetzten Gebiete fordern. Um das Feuer des gegenwärtigen israelisch-palästinensischen nationalen Konflikts weiter anzuhetzen beabsichtigen die USA, gemeinsame Manöver mit dem israelischen Militär abzuhalten.

Heuchelei

Der Verteidigungsstaatssekretäre der New-Labour-Regierung behaupteten mit ihrer gewöhnlichen atemberaubenden Heuchelei, dass diese Aktion Saddam Hussein einschränken und dadurch die KurdInnen des Nordirak und die schiiti-

schen SumpfaraberInnen des Südirak schützen solle.

Jedoch hat seit dem Ende des Golfkriegs 1991 und der Einrichtung der „Flugverbotszonen“ und „sicheren Häfen“ im Nordirak das Nato-Mitglied Türkei fortgesetzt Bomben und Bodentruppen gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und kurdische ZivilistInnen eingesetzt. Sad-



dams Bodentruppen sind immer noch in diesen Gebieten tätig, während die reaktionären Kriegsherren der kurdischen PUK- und KDP-Parteien die Arbeiterklasse, Frauen und BäuerInnen unterdrücken. Sie vergessen passenderweise auch die Vergasung irakischer KurdInnen in Halabja 1998, als der irakische Diktator noch die westliche Förderung genoss.

Die US-geführte Allianz erlaubter Saddams mörderischen Republikanischen Gardes den schiitischen Aufstand am Ende des Golfkriegs zu zerschlagen, nachdem sie vorher die Revolte ermutigt hatte. Die westlichen Mächte fürchteten damals die Zersplitterung des Irak und die Stärkung des Iran.

Folglich mussten Tausende irakische KurdInnen vor der Unterdrückung und Armut, unter der sie leiden, fliehen. Viele haben bei der verzweifelten Flucht vor dieser Verfolgung ihr Leben riskiert, um im Westen Schutz zu suchen.

Gescheiterte Politik

Und während Sanktionen die irakische Bevölkerung verelendet haben, haben sie versagt beim Stopp des Wiederaufbaus

[Editorial des *Socialist*, 23. Februar 2001] der Streitkräfte des Landes. Gleichzeitig profitieren Saddams Günstlinge vom Schmuggel.

Laut UNICEF haben Sanktionen zum Tod von 500.000 Kindern beigetragen und 800.000 sind chronisch unterernährt. Befürworter der Sanktionen sagen, dass Nahrung und Medikamente nach dem „Nahrung-für-Öl“-Programm der Verein-

ten Nationen ausgenommen sind. Aber Iraks Öleinnahmen gehen auf ein von der UNO gemanagtes Konto, von dem 30 Prozent für Reparationen verwendet werden. Importe müssen vom UN-Sicherheitsrat genehmigt werden, so dass entscheidende Gräte für die Elektrizitäts- und Wasserversorgung des Irak zurückgehalten werden. Selbst Blei für Bleistifte wird nach den Sanktionen zurückgehalten.

Eine neue Stimmung des Antiimperialismus entwickelt sich in der arabischen Welt. Dies könnte zu revolutionären Explosionen gegen örtliche Diktatoren wie Saddam und Bewegungen gegen die westlichen kapitalistischen Mächte führen. Die lange leidenden Massen der Region können sich nicht darauf verlassen, dass die imperialistischen Mächte eine Lösung bringen. Statt dessen ist eine sozialistische Lösung notwendig, wo die Unterdrückten des Nahen Ostens sich gegen ihre Unterdrücker erheben und einen sozialistischen Staatenbund zur Beendigung des Kapitalismus errichten.

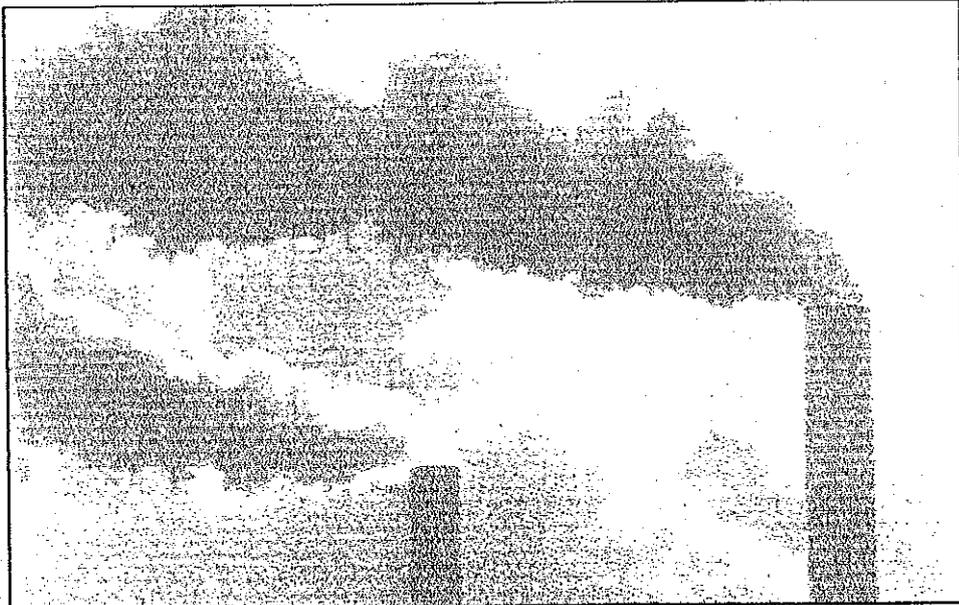
Bill Hopwood: Eine Geschichte von zwei Konferenzen (Februar 2001)

[Socialism Today Nr. 54, März 2001]

Diesen Januar trafen sich Wissenschaftlerinnen von überall auf der Welt, um die Belege für Änderungen im Weltklima durch menschliches Handeln zu diskutieren. Sie entschieden, dass die Beweise „die Alarmglocken in jeder nationalen Hauptstadt und jeder Gemeinde läuten lassen sollten“.

Eine weitere Konferenz in Den Haag im November 2000 diskutierte, was man mit dem Klimawandel machen sollte. Sie entschied, nichts zu tun. Dieses Treffen bestand aus Politikern, die die prokapitalistischen Regierungen der Welt vertraten, wobei die Großkonzerne massiv Lobbyarbeit machten. Klimawandel wird durch die wachsende Menge bestimmter Gase in der Erdatmosphäre verursacht, die die Menge Wärme vergrößern, die sie festhält. Das wichtigste dieser Gase ist Kohlendioxid (CO₂), das entsteht, wenn Brennstoff (vor allem Kohle, Öl und Gas) verbrannt werden. Die Industrialisierung der letzten 250 Jahre beruhte auf dem Verbrennen dieser fossilen Brennstoffe und hat wachsende Mengen von CO₂ freigesetzt. Die Menge an CO₂ in der Atmosphäre hat sich seit 1750 um ein Drittel erhöht und ist so groß wie nie seit mindestens 420.000 Jahren und wahrscheinlich seit mindestens 20 Millionen Jahren. Dieser zunehmende Klimawandel, oder globale Erwärmung, zeigt sich daran, dass die neunziger Jahre das wärmste Jahrzehnt und 1998 das wärmste Jahr waren, zumindest seit Aufzeichnungen begannen. Durch Untersuchung der Belege aus Baumringen, Eiskernen und anderen Quellen für das Klima der Vergangenheit glauben Wissenschaftlerinnen, dass die Temperaturen in den letzten 100 Jahren mehr gestiegen sind als jemals in den letzten 1.000. Die Menge des Sommerseises in der Arktis ist schon um fast 50 Prozent zurückgegangen. Auf der ganzen Welt schrumpfen Gletscher. Der Meeresspiegel ist im letzten Jahrhundert gestiegen. Alle Belege zeigen, dass ein Klimawandel durch menschliches Handeln schon stattfindet.

Aber was wirklich die Alarmglocken läuten lassen sollte, sind die erwarteten Veränderungen in der Zukunft. Die Konferenz im Januar folgerte, dass auf der ganzen Welt die Durchschnittstemperaturen um zwischen 1,4 und 5,8 Grad zunehmen werden. Diese Veränderungen werden zu einer Zunahme von Stürmen und Fluten an manchen Stellen, Trockenheiten an anderen und der geographischen Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria führen. Eine weitere Sorge ist dass El Niño, eine Änderung in Wettermustern im pazifischen Ozean, die Stürme, Fluten und Trockenheiten mit weltweiten Ausmaßen



erzeugen kann, häufiger werden wird. Es gibt schon Belege, dass es häufiger auftritt. Sein letztes Auftreten 1998 führte zum Tod von Tausenden Menschen und mindestens 89 Milliarden Dollar Schaden. Meeresspiegel werden auch steigen, möglicherweise um fast einen Meter, was das Risiko von Fluten auf der ganzen Welt vergrößern wird. Die meisten der größten Städte der Welt sind an der Küste und werden durch höhere Meeresspiegel und größere Stürme gefährdet. Manche der Inseln im Pazifischen und Indischen Ozean könnten unter den Wellen verschwinden, ebenso wie große Teile von Bangladesch und das Land an Flussmündungen wie dem Nil. Aber die Politiker auf der Haager Konferenz kamen zu keiner Vereinbarung. Auf der Klimakonferenz in Kyoto 1997 forderten Wissenschaftler eine 60-Prozent-Senkung im CO₂-Ausstoß. Das schließliche Ergebnis war eine Vereinbarung über eine Kürzung um 5 Prozent. Aber dieses Ziel wurde nicht erreicht und der CO₂-Ausstoß hat zugenommen. Großkonzerne und ihre zahmen Regierungen zögern, die Verwendung von fossilen Brennstoffen zu kürzen. Viele der größten Konzerne der Welt beruhen auf fossilen Brennstoffen, einschließlich der Autoindustrie, sowohl der Bau von Autos als auch von Straßen, die Flugzeugindustrie, die Ölproduzenten selbst. Eine Senkung des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen bedroht ihre Profite. Besonders die USA sind von fossilen Brennstoffen abhängig. Benzin ist billiger als Mineralwasser. Mit 4 Prozent der Weltbevölkerung sind sie verantwortlich für 25 Prozent der CO₂-Emissionen, während ganz Afrika mit 13 Prozent der Weltbevölkerung für nur 3 Prozent des CO₂ verantwortlich ist. Die Antwort des neu gewählten Präsidenten Bush auf die Ener-

giekrise in Kalifornien (mit Stromausfällen) zeigt die Kurzsichtigkeit der Regierung. Die Krise liegt an der Deregulierung der Elektrizitätsgesellschaften und dem Versagen, nicht zu einer Energiesparpolitik zu wechseln. Bushs Reaktion ist, all das zu ignorieren und statt dessen alle Luftverschmutzungskontrollen von Stromerzeugern abzuschaffen und die Freisetzung gefährlicher Chemikalien zu erlauben. Er plant auch, die Förderung von Öl in Alaskas Arctic National Wildlife Refuge [Nationales Arktisches Wildreservat] zu erlauben, mit unvermeidlichen Umweltschäden. Er hat früher erklärt, das Öl auf „umweltmäßig vernünftige“ Weise gewonnen werden könne, trotz der langen Geschichte von Katastrophen wie dem Schiffbruch des Öltankers Exxon Valdez. Bush ist eng mit der Energiewirtschaft verbunden und möchte den fossilen Brennstoff-Junkies Stoff geben, statt die wirklichen Probleme anzupacken. Einer der wenigen Bereiche der Großkonzerne, die die Risiken des Klimawandels ernst nehmen, sind die Versicherungen. Sie stehen schon vor wachsenden Forderungen und einer der größten Rückversicherungen, die Münchner Rück, erwartet in den nächsten 50 Jahren eine Steigerung der Forderungen an die Versicherungen wegen dem Klima um 300 Milliarden im Jahr. Aber viele der Methoden zur Senkung der Verwendung fossiler Brennstoffe sind schon verfügbar. Zunehmend würde die Effizienz der Energienutzung einen riesigen Unterschied ausmachen, da gegenwärtig die meiste Energie verschwendet wird. Eine Änderung im Transport von Privatautos zu öffentlichem Transport und von LKWs und Flugzeugen zu Schiff und Bahn würde einen riesigen Unterschied ausmachen. Die Verwendung erneuerbarer Energiequellen wie Wind, Wasser und

Sonne würde die Verwendung fossiler Brennstoffe verringern. Aber Regierungen und Unternehmen sind nicht bereit, das notwendige Geld für diese Änderungen zu investieren.

Auf der Haager Konferenz waren die Hauptdebatten nicht einmal um die Senkung der Verwendung von fossilen Brennstoffen. Statt dessen diskutierten Politiker darüber, wie man die Verringerung der Verwendung fossiler Brennstoffe vermeidet. Sie diskutierten Programme zum Handel mit Berechtigungen zum Ausstoß von CO₂, so dass Länder, die ihren Ausstoß an CO₂ verringert haben, besonders Russland wegen dem umfangreichen Schließen von Industriebetrieben, Berechtigungen an Fossilbrennstoffverbrenner wie die USA verkaufen könnten. Ein anderes Programm ist, viele Bäume zu pflanzen, die das CO₂ aufnehmen. Schon pachten oder kaufen manche Fir-

men billiges Land, vor allem in Afrika, um schnell wachsende und wasserhungrige Bäume anzupflanzen. Diese Programme bedeuten gewöhnlich die Vertreibung der örtlichen Bevölkerung von ihrem Land und geben Multinationalen Konzernen die Kontrolle, eine Form von modernem Kolonialismus. Aber diese Politik hat bestenfalls nur eine sehr kurzfristige Wirkung, weil die Bäume das CO₂ nur festhalten, wenn sie am Leben sind. Wenn sie sterben und verfaulen oder gefällt und verbrannt werden, wird das CO₂ freigesetzt. Änderungen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes hätten auch viele weitere Nutzeffekte, einschließlich der Bewahrung von Öl, Kohle und Gas, die wertvolle Ressourcen für die Erstellung vieler Produkte sind. Es erforderte Millionen Jahre, die Öl-, Kohle- und Gasreserven der Welt zu erzeugen und es besteht die Gefahr, sie alle in ein paar kurzen Jahrhunderten

zu verbrennen. Mehr öffentliche Transportmittel wären besser für die Gesundheit und das Leben der Städte und auch für die Verringerung von Verschmutzung und Unfällen. Das Versagen von Regierung und Wirtschaft, zum Klimawandel tätig zu werden, liegt an ihrer Verpflichtung auf private Profite und auch an einem sehr kurzsichtigen Blick auf Themen. Langfristig wird der Klimawandel viele Menschen das Leben kosten, die Leben von vielen weiteren Menschen schwieriger machen und Hunderte Milliarden Dollar kosten. Aber für die meisten Unternehmen ist das das Problem von morgen und sie hoffen, es wird nicht zu Lasten ihrer Profite gehen. Aber wieder zeigt der Kapitalismus, dass er sich nicht für das Wohlbefinden der Menschen interessiert. Klimawandel ist ein weiterer Grund für politischen Wandel — für sozialistische Politik.

Pete Dickenson: Die Sackgasse von Bushs Energieprogramm

George Bushs Plan, 1.300 neue Kraftwerke zu bauen, wird zu einer verheerenden neuen Drehung der Schraube der globalen Erwärmung führen.

Die große Mehrheit der neuen Kraftwerke werden mit Kohle und Öl angetrieben werden, die größten Übeltäter bei der Produktion von Kohlendioxid, dem gefährlichsten Treibhausgas. Der Rest werden Atomkraftwerke sein, die laut Bush „umweltfreundlich“ sind, weil sie nicht zur globalen Erwärmung beitragen. Diese einseitige Behauptung, die einfach eine Kette von Katastrophen und Beinahe-Katastrophen ignoriert, könnte eine neue und gefährliche Entwicklung im Denken der Strategen des Kapitalismus in eine atomfreundliche Richtung ankündigen.

Bushs Energiepolitik ist in Wirklichkeit eine Gegenleistung an die großen Öl- und Energiekonzerne, die die größten Unterstützer seines Präsidentschaftswahlkampfes waren. Selbst die im vom Vizepräsidenten Dick Cheney, früherer Chef des riesigen Ölgeräte und -dienstleistungskonzerns Halliburton, geschriebenen Plan skizzierte kurzfristige Begründung einer unmittelbar bestehenden Energieknappheit ist falsch. Die kalifornischen Stromengpässe sind das Ergebnis der Deregulierung der Stromwirtschaft und der sich daraus ergebenden Marktanarchie, und der zweite Faktor, schnell steigende Öl- und Gaspreise, wird mit der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise fast sicher vorübergehend sein.

Die Entscheidung des Weißen Hauses, das Kyoto-Abkommen zur Verringerung der Treibhausgase zu kündigen, war klar mit der Energiepolitik verbunden, die Cheney zusammenkochte, trotz der Lippenbekenntnisse Bushs zu erneuerbarer Energie in seinen Vorschlägen. Aber in einer Hinsicht hat die neue Regierung Recht: dass sie die Heuchelei der Clinton-Demokraten in dieser Frage entlarvt. Die

vorige US-Regierung kämpfte für die Verwässerung des Kyoto-Protokolls, bis es praktisch bedeutungslos war. Es endete in der Farce des „Handels“ mit Kohlenstoffausstoß, einem Programm bei dem die westlichen Mächte (zu sehr fairen Preisen) die Quoten zur Erzeugung von Treibhausgasen von den früheren Sowjetblockländern kauften und sie zu ihren eigenen hinzufügten. Dies hätte zu keinen neuen Ausstoßsenkungen geführt, weil die östlichen Quoten auf Ausstoßzahlen beruhten, bevor der wirtschaftliche Zusammenbruch in der Region den Energieverbrauch und die damit verbundenen verschmutzenden Gase um über 50 Prozent zusammenschickte.

Die im Cheney-Plan angezeigte Rückkehr zur Atomstromerzeugung wurde teilweise damit begründet, dass es eine Energiequelle ist, die keine Treibhausgase erzeugt. Abgesehen davon, dass die Argumentation von Bush/Cheney die mit der anderen mit dem Atomstrom verbundenen tödlichen Gefahren ignoriert, ist sie völlig inkonsequent, weil sie nicht nur die Verbindung zwischen globaler Erwärmung und CO₂-Ausstoß in Frage stellen, sondern auch die Beweise, dass es überhaupt einen Anstieg der Weltoberflächentemperaturen gibt. Dies trotz der überwältigenden empirischen Daten und der gegenteiligen Meinung der großen Mehrheit der WissenschaftlerInnen.

Trotzdem kann die strategische Verschiebung der USA zum Atomstrom ein glimmendes Bewusstsein zeigen, dass trotz der gegenwärtigen Republikanischen Politik der Gegenleistungen an die Ölkonzerne für die Spenden etwas für die Verhinderung einer Klimawandelkatastrophe gemacht werden muss. Atomenergie würde da reinpassen, weil sie weniger Investitionen als Wind-, Wellen- oder Sonnenenergie erfordert und daher die Profite am wenigsten trifft.

[Socialism Today Nr. 57, Juni 2001]

Bush muss hoffen, dass die Katastrophen im Atomkraftwerk Three Mile Island [Harrisburg] in den USA 1979 und in Tschernobyl 1986 vergessen sind. Es gab viele Ähnlichkeiten zwischen den zwei, obwohl die Schmelze im Reaktorkern beim US-Zwischenfall knapp, und weitgehend aus Zufall, vermeiden wurde. Schätzungen zur Zeit von Tschernobyl gaben die wahrscheinlichen Todeszahlen mit 100.000 an, hauptsächlich durch Krebsfälle in den folgenden Jahrzehnten wegen der radioaktiven Wolke, die sich um die Welt verbreitete und der Verstrahlung des Grundwassers, als sich der schmelzende Atomreaktor in die Erdkruste bohrte. Zusätzlich zu diesem Horror gab es Tausende Kinder, die mit genetischen Schäden geboren wurden, die in künftigen Generationen wieder auflieben werden. Die Anhänger der Atomkraft behaupten, dass die Wahrscheinlichkeit eines Zwischenfalls sehr klein sei, aber Tschernobyl und Three Mile Island zeigen, dass die Folgen eines Unfalls so katastrophal sind, dass kein Risiko akzeptabel ist.

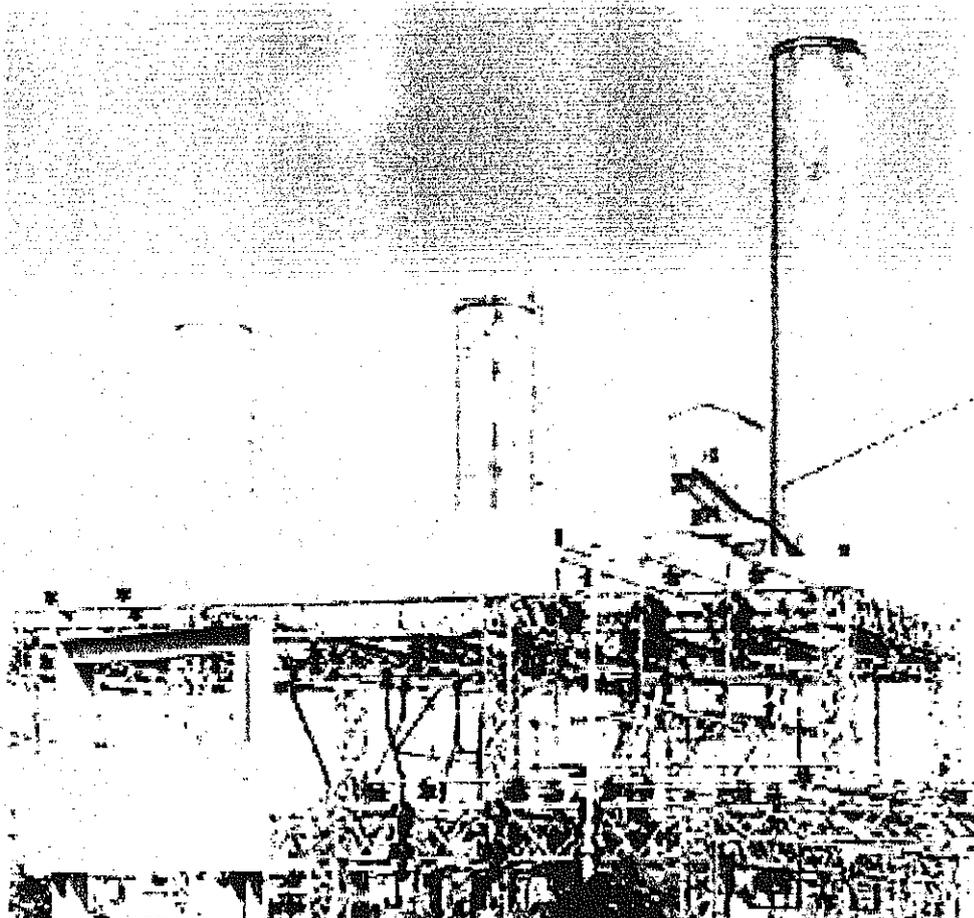
Der zweite von Bush bequemerweise nicht erwähnte Aspekt der Atomtechnologie ist die Entsorgung des Atom Mülls. Bis jetzt wurde trotz Jahrzehnten Forschung keine sichere Methode entwickelt, um das Plutonium zu lagern, das ein unvermeidliches Nebenprodukt ist. Der Abfall hat eine Halbwertszeit von 100.000 Jahren, was heißt, dass es mindestens so lange radioaktiv bleiben wird. Die USA behaupten, sie würden in zehn Jahren ein sicheres Endlager bereit haben und die EU in zwanzig, aber diese Beteuerungen sind ziemlich zweifelhaft. Sie sind so glücklich, künftige Generationen dazu zu verurteilen, mit dem Problem fertig zu werden.

Die Aufgabe von Kyoto durch die USA, selbst wenn es weitgehend Kosmetik war, und ihre Förderung von fossilem Brenn-

stoff und Atomenergie, werden eine Debatte in der antikapitalistischen Bewegung über Umwelt und nachhaltiges Wachstum anregen. Die Weigerung von Bush und den multinationalen Konzernen, die er vertritt, auch nur zuzugeben, dass es globale Erwärmung gibt, wird die Rolle des US-beherrschten globalen Kapitalismus zunehmend in Frage stellen, wenn Umweltkatastrophen in kommenden Jahrzehnten vermieden werden sollen.

Alle Regierungen der Welt und die Großkonzerne reden gebetsmühlenartig von nachhaltigem Wachstum, ohne die Absicht oder Fähigkeit zu haben, es Wirklichkeit werden zu lassen. Ihre Unfähigkeit, marktwirtschaftliche Lösungen zu liefern, erklärt sich klar durch das riesige Ausmaß des Problems. Kürzlich wurde eine Analyse auf der Grundlage der sogenannten Commoner-Ehrlich-Gleichung ($I=PCT$)⁰ gemacht, die zur Vorhersage der für nachhaltiges Wachstum notwendigen Bedingungen verwendet wird. Die der Berechnung zugrunde liegenden Annahmen waren Nullwachstum in den industrialisierten Ländern (dem Norden) und eine Vervierfachung des Konsums in der unterentwickelten Welt (dem Süden). Dies würde den Prozess der Umgestaltung dieser Gesellschaften noch kaum beginnen; zum Beispiel würde das Pro-Kopf-Einkommen nur ein Sechstel des Nordens betragen und die Probleme der Armut im Norden könnten auch nicht überwunden werden. Trotzdem, T in der Gleichung, die allgemeine Umweltwirkung pro Konsumeinheit, würde um 90 Prozent verringert werden müssen, um die Umweltwirkung I zu halbieren, wodurch Nachhaltigkeit erreicht würde. T kann entweder durch technische Veränderung wie nicht verschmutzende Technologie und wachsende Arbeitsproduktivität verringert werden oder durch Änderung des Konsumentenverhaltens, zum Beispiel das Wechseln von privaten zu öffentlichen Transportmitteln. T hängt auch von der Weise ab, wie die Ressourcen verteilt werden, also von den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.

Was sind die Chancen, dieses sehr bescheidene nachhaltige Ergebnis für die Armen der Welt auf der Grundlage des Marktsystems zu erreichen? Die menschlichen, wissenschaftlichen und technischen Ressourcen, um dies zu erreichen, sind heute vorhanden; die Frage ist, ob sie unter Verwendung des Marktes wirksam eingesetzt werden können, besonders, ob die notwendigen Investitionen gefunden werden können? Die marktwirtschaftliche Lösung einer Kohlenstoffsteuer und anderer Steuern auf verschmutzende Firmen wäre ein Rohrkrepiierer. Die USA tragen 25 Prozent aller Treibhausgase bei, also würde eine Steuer hauptsächlich ihre Firmen treffen und ihre Profite im Vergleich zu ihren Konkurrenten in Übersee treffen. Dies wirft die Frage auf, wer die Steuer eintreiben würde? Die US-Regierung ist der politische Vertreter der



großen verschmutzenden Konzerne und würde sich klar jedem Druck zu Schritten in diese Richtung widersetzen. Ein weiterer Einwand gegen die Idee, „die Verschmutzer zahlen zu lassen“, ist, dass sie in jeder Gesetzgebung tausend Schlupflöcher finden würden. Es ist oft schwierig oder gar unmöglich, die Umweltkosten der Handlungen der einzelnen Firma oder Branche genau zu bestimmen.

Ist der Appell an das langfristige Selbstinteresse der Kapitalisten eine andere Möglichkeit? Es stimmt ja, dass die Ruinierung des Planeten nicht im wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus allgemein wäre. Diese Frage zu stellen, enthüllt einen der grundlegenden Widersprüche des profitgetriebenen Marktsystems. Keine einzelne Firma oder Land, nicht mal die USA, kontrolliert die Entwicklungen. Die globale Höllemaschine des Kapitalismus hat ihre eigene innere Logik und Bedürfnisse, deren oberstes das Profitstreben ist. Jede Firma wird angetrieben von der Konkurrenz so handeln, dass ihre Profite maximiert werden und die Unterstützung „ihrer“ Regierung gegen internationale Rivalen erwarten. Dass sie, abstrakt gesehen, in diesem Prozess den Planeten nicht zerstören wollen, hat wenig Folgen. Dieses Gesetz wird weiter gelten, wenn Versuche zur Kontrolle der Umwelt durch sozialdemokratische Intervention gemacht werden, was sie langfristig so vergeblich wie den marktwirtschaftlichen Ansatz macht.

Die Mängel des Marktsystems bedeuten, dass sich die ganze Debatte über Nachhaltigkeit unausweichlich in die Richtung einer ernsthaften Debatte über Alternativen und besonders die Möglichkeiten einer demokratisch-sozialistischen Planung auf internationaler Grundlage bewegt. Dies fängt an, sich in den akademischen Diskussionen zu dieser Frage widerzuspiegeln, ein Vorbote einer allgemeineren Rehabilitation sozialistischer Ideen. MarxistInnen müssen an vorderster Front in der Debatte in dieser entscheidenden Frage in der antikapitalistischen Bewegung stehen, denn wir haben die einzige glaubwürdige Lösung.

⁰ Die Commoner-Ehrlich-Gleichung hat die Form $I=PCT$, wobei I die Umweltwirkung ist, P Bevölkerung, C Konsum pro Kopf und T die allgemeine Umweltwirkung pro Konsumeinheit. Man sollte vorsichtig sein und nicht zu viel in die Ergebnisse hineinlesen, weil die Variablen in der Gleichung alle in gewissem Umfang von einander abhängen und die Beziehungen zwischen ihnen oft nicht voll verstanden werden. Dies gilt besonders für die in T versteckten Variablen, die Konsumentenverhalten und die Rate des technischen Wandels beinhalten. Aber in dem hier betrachteten Fall sind der allgemeine Trend und das Ausmaß des Problems klar zu sehen.

Der Angriff auf Afghanistan: US-Bombardierung versetzt die Welt in Unruhe (CWI-Stellungnahme, 9. Oktober 2001)

Die Bombardierung Afghanistans durch die USA und Großbritannien am Abend des 7. Oktober ist auf Proteste im Nahen Osten, Asien, Europa, den USA auf der ganzen Welt gestoßen.

Wenige Stunden nach der Ankündigung der Bombardierung fand eine Protestdemonstration und -kundgebung vor Downing Street Nr. 10, dem Amtssitz des britischen Premierministers Tony Blair, in Whitehall, im Zentrum von London, statt. Bei ihr spielten Mitglieder der Socialist Party in England und Wales (Teil des CWI) eine herausragende Rolle.

Die „London Times“ schreibt in ihrem Bericht über die Demonstration folgendes: „Lois Austin von der Socialist Party, eine Führerin der Demonstration letzte Nacht, sagte: 'Dies ist ein Krieg der reichsten Nationen gegen die ärmsten Nationen; wir verurteilen die Gräueltaten in New York, aber die Lösung liegt darin, dass das afghanische Volk selbst die Taliban stürzt und die Terroristen vertreibt.'“ (8. Oktober) Ein weiteres Mitglied der Socialist Party, Nancy Donovan, wurde auch im Londoner „Evening Standard“ zitiert: „Tony Blair ist Bushs Schoßhund. Seine Rede letzte Woche war einfach Kriegstreiberei. Unschuldige Menschen werden verstümmelt und getötet.“ (8. Oktober)

Andere Teilnehmer aus den USA und Österreich sprachen auch auf dieser Spontandemonstration. Sie waren in London für ein internationales Treffen des CWI, um die Perspektiven eines Krieges und die Pläne des CWI zum Kampf gegen einen solchen zu diskutieren. Zusätzlich nahmen am 7. Oktober CWI-Mitglieder an Demonstrationen in New York, an einer Demonstration von 5000 Leuten in San Francisco und einer Demonstration in Chicago teil, wo sich 1.200 Protestierende versammelten, um den Krieg abzulehnen. An diesem und dem nächsten Tag war praktisch jede Sektion des CWI (das in 35 Ländern auf der ganzen Welt vertreten ist) an Protesten beteiligt. Besonders wichtig waren die 5.000 SchülerInnen, die am Morgen des 8. Oktober in Berlin dem Aufruf von „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg“ folgten und streikten. In diesem Schülerkomitee spielten Mitglieder der CWI-Sektion in Deutschland, Sozialistische Alternative (SAV), eine Schlüsselrolle.

Empörung

Diese Demonstrationen zeigen, dass in den meisten Ländern die Antikriegsstimmung jetzt wahrscheinlich größer ist, als im entsprechenden Stadium des Golf- und Kosova-Kriegs. Es gab Empörung über die terroristischen Angriffe in New York und auf das Pentagon. Es gibt aber

trotzdem Opposition gegen die brutale und willkürliche Bombardierung Afghanistans durch die mächtigste Militärmacht, die die Welt je gesehen hat. Wie Robert Fisk in der Londoner Zeitung „Independent“ bemerkte: „Im Nachthimmel über Afghanistan gibt es keine saudiarabischen oder kuwaitischen Piloten. Dies ist keine westlich-moslemische Koalition. Dies ist der Westen, der auf eigene Faust ein islamisches Land bombardiert, das einen Lebensstandard hat, der dem Mittelalter nahe kommt.“ (8. Oktober)

Selbst unter denen, die in diesem Stadium nicht offen protestieren, gibt es – zumindest in Europa und Japan – keine Begeisterung für diese Militäraktion. Sogar in den USA gibt es unter vielen, die glauben, dass „etwas getan werden sollte, um die Terroristen zu bestrafen“, Unbehagen und Opposition gegen die Bombardierung. Es gibt die Sorge, dass die Verwendung der überwältigenden Militärmacht nicht Osama bin Laden und seinen Kreis niederschmettern wird, sondern schreckliche „Kollateral“schäden unter unschuldigen ArbeiterInnen und BäuerInnen Afghanistans verursachen könnte, was wiederum mehr terroristische Angriffe ermutigen könnte.

Der US-Imperialismus hat diesmal aus einer Reihe von Gründen gehandelt. Bush, Powell, Rumsfeld und der Rest der Sprecher der US-Regierung haben versucht, militärisches Vorgehen als notwendige, aber „ihnen widerstrebende“ Maßnahme darzustellen, um mit dem „Terrorismus“ fertig zu werden. In Wirklichkeit wurde das Prestige der herrschenden Klasse der USA am 11. September schwer angeschlagen und militärische Maßnahmen wurden als der einzige Weg betrachtet, um ihre Stellung wieder zu festigen. Anstatt Terrorismus zu beseitigen wird der „Terrorismus aus dem Himmel“ des US-Imperialismus noch mehr Terrorismus von unten herbeiführen. Es ist recht bedeutend, dass ein US-Arbeiter richtig gegenüber einem Reporter des britischen „Guardian“ kommentierte: „Wenn man einfach Israel als Parallele nimmt: sie haben Terrorismus wie diesen 30 Jahre lang bekämpft, und wo sind sie damit gelandet?“

Aber diese Verwendung kolossaler militärischer Macht – Bombenflugzeuge von Basen in den USA und dem Golf, Cruise Missiles, die von US- und britischen Kriegsschiffen abgefeuert werden – wurde zur Zerschlagung der schwachen Militärmaschinerie der Taliban und auch zur Einschüchterung anderer Gegner des US-Imperialismus weltweit eingesetzt.

Irak als nächstes?

Die rechten Republikaner in den USA warfen binnen Tagen nach dem Angriff vom 11. September die Möglichkeit auf, den Krieg zu vollenden, der 1991 begonnen, aber nicht zu Ende geführt wurde, nämlich den Sturz von Iraks Saddam Hussein. Diese Idee wurde auf Sparflamme heruntergedreht, während der US-Imperialismus seine Koalition zur Vorbereitung von Aktionen in Afghanistan zusammenbrachte. Jetzt scheinen diese Pläne mit dem Beginn von Militäraktionen in Afghanistan wiederbelebt zu werden. David Owen, der frühere britische Außenminister, Donald Rumsfeld, der US-Verteidigungsminister, und Tony Blair haben in einer Sondersitzung im wiedereinberufenen britischen Parlament entweder offen oder unterschwellig erklärt, dass der Irak das nächste Ziel als „terroristischer Staat“ sein könnte, wenn man mit den Taliban „fertig ist“.

Zur Vorbereitung auf künftige Aktionen gegen Saddam erschienen schon Berichte in der westlichen Presse, die behaupteten, dass Mohammed Attah, einer, der die Angriffe vom 11. September durchführte, im Vorfeld Agenten Saddams traf.

Das obszöne Missverhältnis zwischen der kolossalen Macht der US-Militärmaschine und den Kräften der Taliban wurde unterstrichen durch die Erklärungen von US-Piloten, die die ersten Angriffe durchführten: „Es war, als ob man im Baum sitzt und Kinder mit Spielzeugwaffen auf einen schießen.“ (The Mirror, London, 9. Oktober). Der Eindruck eines Riesenkerls, der auf einem schon wehrlosen Land herumtrampelt, das durch frühere Kriege schon praktisch in die Steinzeit zurückgeprügelt wurde, wird verstärkt.

Ein weiterer Faktor bei der Entschlossenheit der USA, jetzt zu handeln, ist das Nahen des islamischen heiligen Monats Ramadan. Mit den Flächenbombardements während dem Ramadan weiterzumachen, würde eine im ganzen Nahen Osten und der islamischen Welt allgemein schon explosive Lage entflammen. Gleichzeitig ist „General Winter“ – das Herannahen des afghanischen Winter, der mit Temperaturen von 25 Grad unter Null in ländlichen Gebieten besonders streng ist – ein großer verkomplizierender Faktor in der militärischen Kampagne.

Nach den anfänglichen Berichten ist es klar, dass die Bombardierungen auf die Errichtung unbestreitbarer US-Lufthoheit abzielen, was angesichts der Schwäche der afghanischen Luftabwehr keine schwierige Aufgabe ist. Die aus dem Krieg gegen die Russen geerbten Panzer

der Taliban, die Luftverteidigung um Kabul, Kandahar und Dschalalabad, die Elektrizitätsversorgung in Kabul wurden nach den in der westlichen Presse erscheinenden Berichten alle ausgeschaltet. Es ist jedoch notwendig, vor Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Medien zu warnen. Wie im Golfkrieg und Kosova wird eine einseitige, günstige Darstellung der Wirksamkeit der Aktionen der USA und ihrer Verbündeten in den westlichen Medien gegeben. Trotzdem sieht es so aus, als ob die „Kriegsziele“ der militärischen Schwächung der Taliban (als Vorstufe ihrer Ersetzung), wahrscheinlich einschließlich der Bombardierung der Taliban-Kräfte, die der Nordallianz gegenüberstehen, das Ziel der Angriffe in der ersten Periode war.

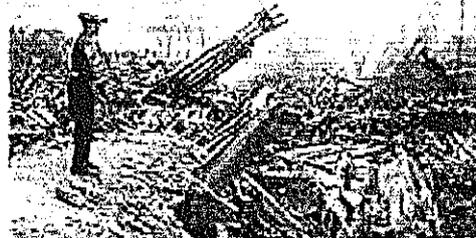
Jedoch wird angesichts des Geländes und der riesigen Größe Afghanistans ein Luftkrieg allein nicht ausreichend sein, um selbst das geschwächte Taliban-Regime zu besiegen und auseinanderfallen zu lassen. Sowohl im Golfkrieg als auch im Kosova-Krieg behauptete der US- und britische Imperialismus, dass Saddam und Milosevic binnen Tagen um Frieden bitten würden. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Taliban auf der Grundlage lediglich eines Luftkrieges zusammenbrechen werden. In einem bestimmten Stadium eingreifen müssen. Zur Zeit scheint der US-Imperialismus darauf zu hoffen, dass die Nordallianz mit ausreichender militärischer und personeller Unterstützung diese Rolle teilweise erfüllen könnte. Sie wird benutzt werden, um die Taliban „weich zu machen“, bis „Sondereinheiten“ und Truppen in beträchtlicher Zahl in Afghanistan eingesetzt werden können.

Die Nordallianz ist überhaupt nicht „fortschrittlich“. Die USA verwenden eine Gruppe von Verbrechern (die Nordallianz) gegen die Verbrecher an der Macht, die Taliban. Die Kriegsherren der Nordallianz besetzten vor den Taliban Kabul, zerstörten ein Drittel der Stadt und töteten 50.000 Zivilistinnen, als sie gegeneinander um die Kontrolle kämpften, während sie gleichzeitig umfangreiche Plünderungen von Gebäuden und Vergewaltigungen von Frauen begingen. Dies entfremdete die Bevölkerung von Kabul völlig und führte anfangs dazu, dass sie die Taliban als „Retter“ sahen. Selbst die bürgerliche Presse hat jetzt ein paar dieser vergangenen Aktivitäten berichtet. Trotzdem gab ein „Geheimdienst“-sprecher des US-Imperialismus nach den Attentaten des 11. September zu, dass die CIA jetzt „widerliche Leute“ (das heißt Verbrecher) zur Unterstützung der US-Ziele werde benutzen. Die Einstellung der USA zur Nordallianz ist: „Sie sind vielleicht Verbrecher, aber sie sind unsere Verbrecher“.

Kriegsherren der Nordallianz

Die Nordallianz stützt sich jedoch auf die Minderheiten Afghanistans, besonders die Tadschiken und Usbeken, und auch auf etwa 20 Kriegsherren. Wegen ihrer begrenzten ethnischen Grundlage könnte die Nordallianz aus eigener Kraft keine mögliche Alternative für eine künftige Regierung in Afghanistan sein. Aber zusammen mit anderen Kräften kann sie eine Rolle bei der Schwächung der Taliban spielen und zu ihrer endgültigen Niederlage führen.

Die Taliban wurden schon in der Zeit vor dem Beginn der Bombardierungen beträchtlich durch das Überlaufen von früheren Unterstützern geschwächt. Das gilt besonders außerhalb ihrer Hochburgen Kabul, Kandahar und Dschalalabad.



Die USA haben ihre brutale Bombenkampagne mit der Notwendigkeit eines angeblichen Kampfes gegen den „Terrorismus“ gerechtfertigt. Das CWI hat in früheren Erklärungen unsere Opposition zum Terrorismus klargemacht. Wir wiesen auf den reaktionären Charakter von bin Laden und seiner al-Qa'ida-Organisation und der Kräfte, die sich um sie gesammelt haben, hin. Selbst das Video, das von bin Laden unmittelbar nach den Angriffen auf Afghanistan veröffentlicht wurde, zeigt seinen Charakter. Erneut ruft er zum Kampf der „Gläubigen“ gegen die „Ungläubigen“ auf. Zu letzteren gehören nicht nur Jüdinnen, Christinnen, Buddhistinnen und alle anderen Religionen, sondern auch die „Abtrünnigen“ – andere Mosleminnen, die nicht seine besondere Form des „reinen Islam“, den Wahabismus, unterstützen. Wie alle nationalistischen Helden oder Möchtegernhelden der arabischen Völker hat bin Laden die Figur Saladins beschworen. Aber als Saladin [1187] siegreich in Jerusalem einzog, erlaubte er das Predigen jeden Glaubens und es gab keine Massaker und Vergeltungsmaßnahmen gegen Nichtmoslems, im Unterschied zu den blutigen christlichen Kreuzrittern, die Moslems und Mitglieder anderer nichtchristlicher Religionen massakrierten.

Das Bin-Laden-Video

Bin Laden und seine Anhänger führten mit den Angriffen am 11. September eine Form von Massenterrorismus aus. Aber er wurde von vielen der Unterdrückten in

der neokolonialen Welt und besonders im Nahen Osten als Held gefeiert. Dies liegt an der sozialen und nationalen Unterdrückung der arabischen Völker – besonders der PalästinenserInnen auf der West Bank und in Gaza – durch den Imperialismus und seine Verbündeten im Nahen Osten.

Und dies wurde durch bin Ladens Video enorm verstärkt, das sorgfältig darauf abzielte, die Geknechteten und Unterdrückten in der ganzen arabischen Welt anzusprechen. Der Kontrast zwischen dem Hintergrund des Videos, den Höhlen von Afghanistan, und den Sendungen mit einem in einen westlichen Anzug gekleideten Saddam Hussein während des Golfkriegs, könnte nicht größer sein. Obendrein wurde nicht an einen Teil, sondern an die ganze arabische Welt und das „moslemische Volk“ appelliert. Er stützte sich auf die ungeheuren Sympathien für den Kampf der palästinensischen Massen und die Leiden des irakischen Volkes aufgrund der westlichen Sanktionen.

Dies stieß auf unmittelbare Resonanz bei den PalästinenserInnen in Gaza, die in einer Massendemonstration zur Unterstützung bin Ladens auf die Straße gingen. Das scheinbar mutige Auftreten und die Methoden von bin Laden müssen angesichts des völligen Versagens der PLO-Führung, einen erfolgreichen Kampf für nationale und soziale Rechte des palästinensischen Volkes zu führen, Anziehungskraft auf die palästinensischen Massen haben. Die PalästinenserInnen haben den Eindruck, dass „endlich jemand bereit ist, zu unserer Unterstützung hervorzutreten“. Ein Student kommentierte zu einem Reporter der „Washington Post“: „Wir unterstützen bin Laden nicht für seine Angriffe auf Amerika, aber wenn sich seine Ideen in der islamischen Welt verbreiten, kann es etwas bewirken“ („International Herald Tribune“, 9. Oktober). Ein anderer erklärte einfach, „Wer auch immer uns unterstützt, ist unser Freund“. Dieses Gefühl wurde von PalästinenserInnen im Gazastreifen zum Ausdruck gebracht, denen die Polizei der Palästinenserbehörde mit Tränengas und sogar mit scharfer Munition entgegentrat. Einer der Getöteten – ein 13-jähriger Junge – ist der Bruder eines hohen Hamas-Führers, der 1992 auch getötet wurde, aber vom israelischen Staat!

In Pakistan demonstrierten 10.000 in Quetta, einem Gebiet, das an Afghanistan selbst grenzt. Wieder kommentiert Robert Fisk: „Weil Saudi-Arabien, Pakistan und Afghanistan auf der gefährlichsten tektonischen Platte der Welt liegen, wird das Abwerfen der Bomben zu riesigen Folgeerscheinungen führen.“

Pakistan auf der Kante

Das Regime von Pervaiz Muscharraf in Pakistan kämpfte bereits um die Kontrolle über die Kräfte des islamischen Funda-

mentalismus innerhalb Pakistans selbst. Er ist gegen zwei prominente Generäle vorgegangen, die ihm beim Sturz der früheren Regierung von Nawaz Scharif halfen, aber islamistische Parteien unterstützten. Jedoch sollen sogar beträchtliche Teile der Offiziere in der pakistanischen Armee – nach Schätzungen zwischen einem Viertel und der Hälfte – mit islamisch-fundamentalistischen Parteien und Organisationen sympathisieren oder sogar Mitglieder sein.

Die Rückwirkungen auf Pakistan werden schwerwiegend sein, darauf wiesen wir in früheren Erklärungen hin. Es gibt in Pakistan schon einen beginnenden Bürgerkrieg. Das Ergebnis davon könnte die Absetzung von Muscharraf und seine Ersetzung durch ein fundamentalistisches Regime sein, möglicherweise auch das Zerbrechen Pakistans entlang nationaler Linien. Besonders das Losbrechen der Nordwestgrenzprovinz mit seiner paschtunischen Mehrheitsbevölkerung ist eine reale Möglichkeit.

Muscharraf ist eingeklemmt zwischen den Mühlsteinen des kolossalen Drucks durch den US-Imperialismus, von dem letztlich die wirtschaftliche Rettung seines Regimes abhängt, und der wachsenden Opposition innerhalb Pakistans gegen die Bombardierung. Es ist kein Zufall, dass er die gegenwärtige Lage als die größte Krise bezeichnet hat, vor der Pakistan seit dem Bangladesch-Krieg von 1971 stand. Dieser führte zum Auseinanderbrechen des damaligen Pakistans und der Lostrennung von Ostpakistan, aus dem Bangladesch wurde. Angesichts der Unterstützung des pakistanischen Militärs für die Taliban in der Vergangenheit, auch durch Muscharraf selbst, ist er überhaupt nicht begeistert, sie durch die Nordallianz zu ersetzen: „Wir kennen die Scheußlichkeiten, die sie begingen, nachdem die Sowjets gingen und bevor die Taliban kamen ... Ich habe Berichte gehört, die ihnen die Haare zu Berge stehen lassen würden. Nach dieser [US-Militär-]Aktion wird es in den jetzt von den Taliban kontrollierten Teilen Afghanistans eine Leere geben. Wenn sie von der Nordallianz gefüllt wird, werden wir eine Rückkehr von Anarchie und Gräueltaten sehen.“ („The Independent“, London, 9. Oktober)

Deshalb hat Muscharraf das vorher „Undenkbare“ vorgeschlagen: Unterstützung für die Rückkehr des früheren afghanischen Königs, Zair Schah, als Brennpunkt für eine alternative Nach-Taliban-Regierung. Vor seinem Sturz 1973 war der König ein „konsequentes Ärgernis für Pakistan, ... stimmte gegen Pakistans Beitritt zu den Vereinten Nationen und heizte Forderungen nach einem Heimatland – Puchtunistan – für Paschtunen im westlichen Stammesgürtel Pakistans an.“ („The Independent“, London, 9. Oktober)

Die Herrscher des indischen Subkontinents fühlen, dass der Boden unter ihren

Füßen stark wankt, und haben versucht, sich aneinander zu kuscheln, um sich zu wärmen. Es wird berichtet, dass Muscharraf den indischen Ministerpräsidenten Atal Behari Vajpayee angerufen und „auf Zusammenarbeit in der Frage des Terrorismus gedrängt“ hat. In der blutigen Gleichung des Krieges ist alles möglich. Es ist schwer vorherzusagen, wie der indische Subkontinent nach diesem Konflikt aussehen wird. Aber die Zukunft wird nicht von Ruhe und Frieden geprägt sein, sondern von beispiellosem Aufruhr, mit dem Risiko des Auseinanderbrechens oder teilweisen Auseinanderbrechens von Pakistan, wovon die Auswirkungen auf dem ganzen indischen Subkontinent zu spüren sein werden.

Das Regime Saudi-Arabien steht auch beispielloser Opposition gegenüber. Dies hat bedeutet, dass die saudische Königsfamilie zwar dem US-Imperialismus in Worten Unterstützung gegeben hat, aber die Erlaubnis für die Verwendung der US-Basen in Saudi-Arabien für militärische Aktionen in Afghanistan verweigern musste. Die Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus, die massive Korruption der verfaulten herrschenden Feudaldynastie, die sich verschlechternde Wirtschaftslage von Saudi-Arabien mit Auswirkungen auf beträchtliche Teile der Bevölkerung und die über die fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Volkes empfundene Empörung haben alle zu einer großen Oppositionsbewegung gegen das Regime von König Fahd beigetragen. Das Schmarotzertum der herrschenden Dynastie zeigt sich im Vorhandensein von 15.000 „königlichen Prinzen“, von denen jeder seine eigenen Höfe und Gefolgsleute hat.

Saudische Opposition

Gleichzeitig ist ein Teil der saudischen Jugend, die den Großteil der Bevölkerung von 20 Millionen ausmacht, aufgrund der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage unzufrieden. Der Fall in den Öleinnahmen hat bedeutet, dass das Pro-Kopf-Einkommen von 16.000 Dollar Anfang der achtziger Jahre auf etwa 7.000 Dollar gefallen ist. Obendrein hat die Förderung eines mächtigen klerikalen Establishments durch das saudische Regime, das in den Schulen und Hochschulen klerikale Botschaften predigt, dazu geführt, dass bin Laden und seinesgleichen ein Echo unter Tausenden von Hochschulabgängern finden die in religiösen Lehren geschult, aber ohne grundlegende Qualifikationen für den Arbeitsmarkt sind. In den Worten der Financial Times: „die großen Tage des Reichtums und des Verhätschels durch die Regierung sind vorbei. Die langgezogenen Prachtstraßen von Riad mit ihren Einkaufszentren im US-Stil und Luxusboutiquen stehen im scharfen Kontrast zur Armut im Süden der Stadt, wo Frauen auf

den Straßen betteln. Im ganzen Land müssen Saudis, die vor zehn Jahren noch bequeme Regierungsjobs hatten, jetzt im Privatsektor und niederen Jobs Beschäftigung suchen.“

Dies ist eine explosive Mischung, zu deren Entzündung der Afghanistankrieg als Auslöser dienen könnte. Es könnte zum Sturz des „fundamentalistischen“ Regimes von König Fahd und seiner Ersetzung durch ein extremes fundamentalistisches Regime führen: Dies würde die Interessen des US-Imperialismus in der Region bedrohen.

Diese Lage wurde durch Imperialismus und Kapitalismus nicht nur in Saudi-Arabien, sondern im ganzen Nahen Osten geschaffen. Bin Laden selbst ist ein Produkt des mittelalterlichen religiösen Fanatismus, der durch reaktionäre arabische Regimes wie die von Saudi-Arabien und durch die CIA gefördert wurde. Sie organisierten, belieferten und finanzierten bin Laden und seine Mudschaheddin-Kräfte im Kampf gegen Russland. Sie schufen ein Kind, das jetzt ein Monster geworden ist. Es wird nicht schwierig sein, die al-Qa'ida-Basen in Afghanistan zu identifizieren und zu bombardieren – die jetzt wahrscheinlich völlig leer sind – weil die Basen schließlich ursprünglich von der CIA für bin Laden gebaut worden waren.

Die Handlungen von gestern fallen jetzt auf sie zurück und haben nun den gegenwärtigen Albtraum erzeugt, der sich vor den Augen der Welt entfaltet. Wir haben das obszöne Schauspiel der mächtigsten Militärmacht auf dem Erdball, die gleichzeitig Lebensmittelpakete auf die hungernden Massen Afghanistans tropfen lässt, während Bomben aus dem Himmel herabregnen. Dies erinnert ein wenig an einen früheren britischen Admiral, der nach einer Schlacht die Matrosen für ihre Tapferkeit mit Orden auszeichnete und sie daraufhin wegen mangelnder Vorbereitung auf die Schlacht erschoss!

Die Politik des US-Imperialismus in Afghanistan ist „zuerst Orden, später Hinrichtung“. Aber das wird nicht eine Handvoll Menschen betreffen. Schätzungsweise acht Millionen Menschen, ein Drittel der Bevölkerung, sind von Hunger und Elend bedroht. Das Abwerfen minimaler Essenspakete in dieser Lage ist wie das Verstreuen von Geld in einer Einkaufspassage. Gewöhnlich kriegen die Stärksten das Geld, während die Schwachen und Armen niedergetreten werden. Das selbe wird wahrscheinlich in Afghanistan passieren. Obendrein, selbst wenn täglich 37.500 Lebensmittelpakete abgeworfen würden, würde das immer noch gerade mal ausreichen, die Bevölkerung Afghanistans mit einer Mahlzeit innerhalb von sechs Monaten zu versorgen.



Weitere „terroristische“ Anschläge?

Wir sind nur am Beginn dessen, was nach den Aussagen der Strategen des Imperialismus und Kapitalismus ein „langer, dünner Krieg“ werden wird. Das wird eine fortgesetzte Bombenkampagne für Wochen oder Monate bedeuten, gefolgt vom Einsatz von Bodentruppen in der einen oder anderen Form. Darauf könnte die Antwort in weiteren Terroranschlägen in den USA, Europa und anderswo bestehen. Und laut Tony Blair könnte sich dieses Altraumzenario „über einen langen Zeitraum“ entwickeln. Es ist jetzt ziemlich klar, dass die Kapitalisten, die von den Ereignissen am 11. September völlig überrascht wurden, sie jetzt für ihr eigenen Klasseninteressen auszunutzen versuchen. Sie hoffen jetzt, dass „Terrorismus“ die selbe Rolle spielen wird, die Bewegung der Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten, wie der Stalinismus in der Vergangenheit.

Die Kapitalisten nutzten die Vogelscheuche der totalitären Regime in Osteuropa als Mittel, um die Arbeiterklasse von den Ideen des Sozialismus abzuschrecken. In Wirklichkeit war der Stalinismus eine Perversion der Ideen von Marx, Engels, Lenin und Trotzki über Arbeiterdemokratie und Sozialismus. Die politischen Regime beruhten auf Planwirtschaft, hatten aber totalitären, autoritären Charakter, wobei die Macht in den Händen einer bürokratischen Elite ruhte. Bin Laden erfüllt jetzt für die Kapitalisten die Rolle, die Stalin und seinesgleichen in der Vergangenheit einnahmen. Deshalb sprach George Bush Junior von einem neuen „kalten Krieg“. Auf dieser Grundlage peitschen viele Staaten neue Unterdrückungsgesetze durch und Führer wie Berlusconi haben versucht, antikapitalistische Proteste mit Terrorismus in Zusammenhang zu bringen. In der Vergangenheit haben Eltern ihre Kinder mit der Drohung ermahnt: „Wenn du nicht schläfst, holt dich der Wolf“. Jetzt versucht die Bourgeoisie die Bedrohung des Terrorismus als Mittel zur Schwächung der Opposition der Arbeiterklasse gegen ihre Herrschaft und besonders gegen Angriffe auf den Lebensstandard und demokratische Rechte zu beschwören. Bin Laden auf der anderen Seite beschwört moslemische Einheit ge-

gen den „großen Satan“ der USA und ihrer Verbündeten.

Islam

Dass der islamische Fundamentalismus von den Massen des Nahen Ostens als Mittel zur Gegenwehr gegen ihre Unterdrückung, Verweigerung demokratischer, religiöser und ethnischer Rechte gesehen werden kann, ist ein Ausdruck der Schwäche der Kräfte des Sozialismus und besonders des Marxismus. Dies ist wiederum das Ergebnis des Versagens des Stalinismus. In der Vergangenheit gab es in Schlüsseländern des Nahen Ostens wichtige kommunistische Parteien, die vom Stalinismus beherrscht wurden. Leider verloren die einst mächtigen kommunistischen Parteien des Irak, Sudan und Iran mit ihrer Politik, sich der radikalen Bourgeoisie anzupassen, günstige Gelegenheiten für die Veränderung der Gesellschaft. Diese Kräfte sind jetzt nur ein Schatten ihrer früheren Stärke, aber ihre vergangenen Niederlagen halfen zusammen mit der Schwäche des wirklichen Marxismus im Weltmaßstab, die Grundlage für den Aufstieg des Fundamentalismus in den vergangenen 20-30 Jahren zu schaffen.

Dies ist jedoch keine Lösung für die arabischen Massen oder für andere in den islamischen Ländern der neokolonialen Welt. In der Tat stützen sich Bin Laden und der Imperialismus auf einander und brauchen einander, um ihren Zugriff auf ihre verschiedenen Bevölkerungen zu verstärken.

Religion und Revolte

Obendrein gab es viele Beispiele in der Geschichte, in denen eine soziale Revolte der Masse der Arbeiterklasse und Bauernschaft wegen der Schwäche bewusster sozialistischer Kräfte zuerst unter dem Banner der Religion stattgefunden hat. Jedoch kamen durch Erfahrungen und Ereignisse die sozialen und Klassenwidersprüche in allen religiösen Massenbewegungen schließlich an die Oberfläche. Diese zersplitterte und der Zugriff, den Priester, Mullahs und andere religiöse Führer ausgeübt hatten, verschwand. Man betrachte die erstaunliche Kehrtwendung in Polen. In den achtziger und einem Teil der neunziger Jahre spielte die katholische Kirchenhierarchie eine vorherrschende und konservative Rolle in der Bewegung um Solidarnosc. Grundlegende demokratische Rechte für Frauen, einschließlich des Rechtes, über eine Abtreibung zu entscheiden, wurden verweigert. Aber jetzt wird das Recht gewährt werden, weil eine neue bürgerliche Regierung, die aber vorgibt, „links“ zu stehen, an die Macht kommt.

Die ganze Welt steht jetzt vor beispiellosem Aufruhr, mit mächtigen Tendenzen zum Zerfall in Teilen der Welt, wenn nicht eine starke ArbeiterInnen- und sozialisti-

sche Bewegung vorgeht und die Zügel über die Gesellschaft in ihre Hände nimmt. Die Ereignisse am 11. September und jetzt die Bombardierung Afghanistans haben einen Prozess in Bewegung gebracht, der alle sorgfältigen Nachkriegsarrangements des Kapitalismus in entscheidenden Teilen der Welt durcheinanderbringen könnte.

Der gegenwärtige blutige Kampf zwischen dem israelischen Staat und PalästinenserInnen könnte letztlich in einem neuen arabisch-israelischen Krieg enden, der zur Vertreibung von 1,5 Millionen israelischer AraberInnen und der Neuaufteilung der ganzen Region führen könnte. Das wiederum wäre ein Rezept für weitere Jahrzehnte von Aufruhr, Konflikt und endlosem Blutvergießen.

Diese schreckliche Lage ist das Ergebnis der Unfähigkeit des Kapitalismus, die Probleme der Menschheit zu lösen, aber auch der Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung und vor allem des Marxismus. Rosa Luxemburg erklärte einst, dass die Menschheit vor der Wahl zwischen Sozialismus oder Barbarei stehe. Jedoch bestehen schon große Elemente von Barbarei in der kapitalistischen Welt, wie dieser Konflikt belegt. Nur Sozialismus kann einen Ausweg aus dem vom Kapitalismus geschaffenen Altraum zeigen.

Kurzfristig würde die Schaffung von Massenparteien der Arbeiterklasse auch als Beschränkung der Macht der Kapitalisten wirken, die Welt in eine weitere Runde von Kriegen, massenhaftem Leid, Zehntausenden von Toten, Verarmung und Elend zu ziehen. Es ist die Aufgabe von SozialistInnen, diesen „ungerechten“ Krieg abzulehnen. Dies ist kein Krieg gegen „Terrorismus“. Der einzige Weg zur Beseitigung des Terrorismus ist die Beseitigung der Ursachen des Terrorismus, die in der sozialen, ethnischen und nationalen Unterdrückung der Völker des Nahen Ostens und anderswo liegen.

CWI-Mitglieder stehen in der ersten Reihe der Antikriegsbewegung, die sich jetzt entwickelt, und werden das weiter tun. Unsere Aufgabe ist die Entwicklung dieser Bewegung zu einer Massenbewegung. Dies wiederum bedeutet, dass sie nicht rein auf die Schichten beschränkt werden kann, die sich gegenwärtig an der Bewegung beteiligen, sondern sich der Masse der Arbeiterklasse zuwenden muss. Viele ArbeiterInnen, die den Krieg der kapitalistischen Regierungen „gegen den Terrorismus“ entweder hinnehmen oder unterstützen, tun das nicht, weil sie blutdürstig wären oder weitere Leiden wollten. Sie haben für sich selbst, ihre Familien und ihre Klasse Angst vor weiteren terroristischen Scheußlichkeiten, wenn nicht „etwas getan wird“.

Gleichzeitig wird die Pro-Kriegs-Stimmung, die heute in vielen Ländern besteht (und sich in der ersten Periode des Krie-

ges festigen könnte) untergraben werden, wenn sie den Preis sehen, der nicht nur in Afghanistan, sondern auch in den industrialisierten Ländern gezahlt wird in Form von zunehmenden Opfern und wirtschaftlichem Zusammenbruch. Das CWI wird seinen Teil dazu beitragen, die Oppositionsstimmung zu steigern und versuchen, eine Antikriegsbewegung aufzubauen, die mit der Idee der Änderung der Gesellschaft in eine sozialistische Richtung verbunden ist.



Jetzt kämpfen CWI-Mitglieder für diese Forderungen:

- Stoppt den Krieg! Organisiert internationale Massenproteste gegen den Krieg.
- Stoppt die obszöne imperialistische Bombardierung und die Raketenangriffe gegen hungernde und unschuldige AfghanInnen. Der Sturz der Taliban und aller reaktionärer Kriegsherren des Landes ist die Aufgabe der afghanischen Massen selbst, unterstützt von den ArbeiterInnen und Jugendlichen auf der ganzen Welt.
- Unterstützt den Kampf der unterdrückten Massen zum Sturz aller Diktaturen und Marionetten des Imperialismus in Pakistan und dem Nahen Osten.
- Für eine freiwillige sozialistische Konföderation des Nahen Ostens.
- Keine religiösen und rassistischen Sündenböcke. ArbeiterInnen und Jugendliche — vereinigt euch gegen Rassismus und Intoleranz und alle Versuche, die arbeitenden Menschen aufgrund von Religion, Ethnie, Nationalität und Hautfarbe zu spalten.
- Lasst die Bosse nicht aus den Gräueltaten des 11. September und dem Krieg Nutzen ziehen. Keine neuen Unterdrückungsgesetze! Kein Vertrauen in kapitalistische Politiker und ihre militärischen Aktionen.

ckungsgesetze! Kein Vertrauen in kapitalistische Politiker und ihre militärischen Aktionen.

- ArbeiterInnen sollten nicht für diesen Krieg bezahlen! Keine Erhöhung von Militärausgaben oder Kriegssteuern. Für einen gemeinsamen Kampf zur Verteidigung von Lebensstandard, Sozialleistungen und Arbeitsplätzen.
- Für einen internationalen Kampf zur Beendigung von Unterdrückung, Armut, Kriegen und Terrorismus.
- Kämpft für eine sozialistische Welt — eine Welt in Frieden!
- Organisiert euch! Tretet dem CWI bei und werdet Teil des Kampfes für den Aufbau einer internationalen sozialistischen Bewegung gegen den globalen Kapitalismus

Ramy Khalil: USA Patriot Act: Ein Angriff auf alle unsere Rechte (Januar 2002)

[Justice, Januar-Februar 2002]

Seit den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September hat die US-Regierung den bedeutendsten Eingriff in unsere demokratischen Rechte seit Jahrzehnten unternommen. Die Verabschiedung des USA Patriot Act stellt zusammen mit anderen neuen Unterdrückungsgesetzen eine große Ausdehnung der Machbefugnisse des Staats, besonders der Exekutive, dar.

Der Patriot Act ist ein Hauptangriff auf die Rechte der ImmigrantInnen und setzt sie der Bedrohung durch Überwachung und Verhaftung aus. Er minimiert richterliche Überprüfung der Überwachung von Telefon und Internet durch Polizeiorgane bei Antiterrorismus-Ermittlungen und auch bei Ermittlungen ohne Zusammenhang zum Terrorismus. Er schafft eine breite neue Definition von „innerem Terrorismus“, die gegen Antiglobalisierungs- und GewerkschaftsaktivistInnen verwendet werden könnte. Dies sind nur ein paar der Aspekte des Gesetzes (siehe die letzte Ausgabe von Justice und am Ende des Artikels aufgeführte Websites für eine detailliertere Darstellung der Vorschriften im Gesetz). Über 1.200 Menschen, überwiegend ZuwanderInnen aus dem Nahen Osten, wurden seit dem 11. September von der Regierung eingesperrt. Generalstaatsanwalt John Ashcroft weigerte sich anfänglich, grundlegende Informationen über die Gefangenen wie Namen, Verhaftungsgründe

und Aufenthaltsort mitzuteilen. Das Justizministerium gab sogar bekannt, dass es aufhören werde, zu zählen, wie viele Menschen gefangen seien. Alles, was sie sagen würden, war, dass die „Mehrheit“ der Befragten (über 600) gefangengehalten würden. Nur einem Gefangenen wurde ein Verbrechen im Zusammenhang mit dem 11. September zur Last gelegt. Die meisten waren wegen „Verbrechen“ der Verletzung von Einwanderungsformalitäten in Haft. Generalstaatsanwalt John Ashcroft hat an 5.000 legale arabische EinwanderInnen im Alter zwischen 18 und 33, die in die USA mit befristeten Visa einreisten, die Aufforderung geschickt, sich „freiwillig“ von Polizeiagenten befragen zu lassen. Sie erhielten Briefe von der Regierung nach folgendem Muster: „Wir wurden auf Ihren Namen unter anderem aufmerksam, weil Sie mit einem Visum aus einem Land nach Michigan kamen, wo es Gruppen gibt, die internationalen Terrorismus befürworten, unterstützen oder finanzieren.“ In einer kürzlichen Befragung von 220 Universitäten leitete die Mehrheit private Information über araboamerikanische Studierende an das Justizministerium weiter. Der Patriot Act erlaubt, dass die privaten Aufzeichnungen von Studierenden auf „verdächtige“ Informationen durchsucht werden. Die Aushöhlung unserer Bürgerrechte hat klar die Form von institutionalisierten Polizei-ermittlungen gegen AraboamerikanerInnen

nach Rassenkriterien angenommen. Diese Gesetze verstärken das Selbstvertrauen der reaktionärsten, borniertesten Elemente in unserer Gesellschaft. Die ununterbrochene Kampagne von Politikern und Medien, um öffentliche Unterstützung für den Krieg hochzupfeilschen, hat den rechten Schlägern Grünes Licht gegeben, was zu einer schrecklichen Welle von über 3.000 Hassverbrechen gegen arabische und moslemische AmerikanerInnen führte. Die Medien haben auch zahlreiche rassistische Polizeimishandlungen von arabischen Häftlingen berichtet. Der dramatischste Bruch demokratischer Rechte war die Ankündigung der Bush-Regierung für den Prozess gegen manche Verdächtige Militärtribunale zu schaffen. Dies wären Militärgerichte, in denen demokratische Grundrechte ignoriert werden. Selbst „Time Magazine“ stellte manche der Verfahren in Frage, die in diesen Gerichten angewandt würden: „Wie könnten die USA Prozesse durchführen, in denen die Richter Offiziere sind, nur eine Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung ausreicht und die Beweise vernünftige Zweifel nicht ausschließen müssen? Wie konnte die Regierung Gerichtsverfahren unterstützen, die geheim stattfinden — was heißt, dass der Beschuldigte von der Beschuldigung bis zur Hinrichtung gelangt, ohne dass die Öffentlichkeit es je herausfindet?“ (Time, 10. 12. 2001)

Warum werden staatsbürgerliche Freiheiten angegriffen?

Die Regierung nutzt zynisch die Trauer, die die Menschen um die Opfer des 11. September fühlen und die legitimen Sicherheitsängste der Leute nach dem 11. 9., um sich neue Machtbefugnisse zu geben. Aber da die Überprüfung aller, die für „verdächtig“ gehalten werden, die Sicherheitsdienste stärkt, gibt sie der Öffentlichkeit ein falsches Sicherheitsgefühl. Diese Maßnahmen werden in Wirklichkeit wenig tun, um den Terrorismus zu stoppen. Israel zum Beispiel hat eine der schärfsten, undemokratischsten Sicherheitsvorschriften der Welt, aber Terroranschläge auf Israelis sind weiterhin Alltag. Die von Bush verabschiedeten Unterdrückungsgesetze konnten die jüngsten Anthraxanschläge nicht verhindern. Die einzige realistische Lösung für Terrorismus ist die Beseitigung der Bedingungen, die Terrorismus auf der Welt hervorbringen — Massenarmut und Unterdrückung, die durch das globale kapitalistische System hervorgebracht werden. Der wirkliche Hintergrund hinter diesem Einkassieren unserer demokratischen Rechte ist, dass die herrschende Klasse weiß, dass sie in der nahen Zukunft vor ernsthafter sozialer und politischer Unruhe stehen wird. Die Großkonzerne sind nervös, weil die globale Wirtschaft in eine ernsthafte Krise rutscht, die Kluft zwischen Reichen und Armen sich verbreitert und Proteste und Revolutionen der Arbeiterklasse unausweichlich sind. Sie haben gute Gründe, Angst zu haben. Schon sehen wir, wie sich die politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise in revolutionären Erhebungen in Argentinien und [vor]letztes Jahr in Ecuador zeigen. Die Antiglobalisierungsbewegung in den USA und Europa hat die Herzen der herrschenden Klasse auch mit Furcht erfüllt. Schon vor dem 11. September, sahen wir massive staatliche Unterdrückung von Globalisierungsprotestierenden in Seattle, Washington DC, Philadelphia, Los Angeles und sogar Schüsse und Mord durch die Polizei in Göteborg und Genua. Dies zeigt, dass der 11. September der herrschenden Klasse einfach einen guten Vorwand gab, um die Legalisierung für die politische Unterdrückung zu bekommen, die sie schon suchten. Konzernbosse freuen sich über das Klima von Furcht und Einschüchterung gegenüber ImmigrantInnen, weil ImmigrantInnen der am schnellsten wachsende und radikalste Teil der Arbeiterbewegung waren. Die vergrößerten Machtbefugnisse, die dem Staat gegeben werden, werden im Dienst der Interessen der Konzerne gegen ArbeiterInnen eingesetzt werden. Zum Beispiel wurden nach dem 11. September über 200 LehrerInnen in New Jersey eingesperrt und als „unpatriotisch“ etikettiert, weil sie in den Streik getreten waren.

Wie die staatsbürgerlichen Freiheiten verteidigen?

Obwohl die Regierung einen großen Angriff auf unsere demokratischen Rechte durchgeführt hat, haben viele liberale AktivistInnen hysterische und unausgewogene Behauptungen aufgestellt, dass die US-Regierung eine Art Diktatur wird. Diese wilden Behauptungen vergessen, dass Politiker durch das Kräfteverhältnis der Klassen zwischen Großkonzernen und der Arbeiterklasse beschränkt sind. Ein Gesetz zu verabschieden, ist eine Sache — es anzuwenden, ist eine andere. Jeder Versuch, diese neuen Unterdrückungsgesetze gegen größere soziale Bewegungen und AktivistInnen im eigenen Land anzuwenden, wird unausweichlich eine Reaktion und wachsende Opposition gegen diese Gesetze erzeugen. Tatsächlich waren Politiker schon zu Entschuldigungen und Teilrückzügen gezwungen, aus Angst, dass es möglicherweise eine öffentliche Gegenbewegung gegen das Wegnehmen so vieler Freiheiten gibt, die AmerikanerInnen als Grundrechte betrachten. AnhängerInnen von bürgerlichen Freiheiten und Liberale haben auch eine gescheiterte Strategie, wie man gegen diesen Angriff auf unsere bürgerlichen Freiheiten kämpft. Sie konzentrieren ihre Anstrengungen darauf, den paar Demokraten zu gratulieren, die gegen diese Gesetze stimmten und die Verfassungsmäßigkeit dieser neuen Gesetze vor Gericht anzufechten. Aber diese Gerichte haben konsequent alle Unterdrückungsgesetze verteidigt, die schon im Gesetzbuch standen, zum Beispiel die, die das Recht der ArbeiterInnen auf effektive Streikposten beschränken, und das Einkassieren des Demonstrationsrechts während den WTO-Protesten in Seattle. Gerichtliche Taktiken können zwar eine Taktik unter vielen sein, der Hauptweg, diesen Angriff von neuen Unterdrückungsgesetzen abzuwehren, ist der Aufbau von Massenprotesten auf der Straße und das Informieren der Leute darüber, was mit unseren Rechten gemacht wird, um so eine stärkere Protestbewegung aufzubauen. AktivistInnen müssen auch auf die Gründung einer neuen unabhängigen Partei hinarbeiten, die die Großkonzerne und die Regierung bekämpft und sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt — die Arbeiterklasse. Wie können wir uns auf die Demokraten verlassen, wenn sie diese Angriffe auf unsere bürgerlichen Freiheiten begeistert unterstützt und für den Patriot Act gestimmt haben? AnhängerInnen von bürgerlichen Freiheiten und Liberale machen moralische Appelle, dass die „Demokratie“ untergraben wird, aber diese Appelle können sich nicht mit der breiteren Arbeiterklasse verbinden. Nur durch die Verbindung dieser Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten mit den grundlegenden sozialen und Klasseninteressen kann eine breite Massenbewegung gebaut

werden. Gewerkschaften müssen eine Schlüsselrolle in diesem Kampf spielen. Die Arbeiterbewegung sollte eine energische Kampagne führen zur Rücknahme des Patriot Act und aller anderen neuen Unterdrückungsgesetze zusammen mit der bestehenden Batterie von Antigewerkschaftsgesetzen, die effektive Streikposten verhindern und den Arbeitgebern das Recht geben, gegenüber allen, die an ihren Arbeitsplätzen Gewerkschaften aufbauen wollen, eine Atmosphäre von Terror aufzubauen. Die neuen Unterdrückungsgesetze, die verabschiedet wurden, werden gegenwärtig gegen AraboamerikanerInnen eingesetzt, aber später werden sie gegen alle ImmigrantInnen, Nichtweiße, GewerkschaftsaktivistInnen, schwule, lesbische, bi- und transsexuelle AktivistInnen und alle KritikerInnen der Regierung eingesetzt werden. Um eine mächtige Massenbewegung aufzubauen, müssen AktivistInnen auf den rassistischen Charakter der Angriffe und die Bedrohung, die er für alle Nichtweißen darstellt, hinweisen. Ein besonderer Appell muss an alle AraberInnen, MoslemInnen, ImmigrantInnen, Nichtweiße allgemein und junge Menschen (die den Rassismus überwiegend ablehnen) gemacht werden, sich zu einem gemeinsamen Kampf zum Aufhalten dieser rassistischen Angriffe zu verbinden. Die ersten Opfer des US-Eintritts in den Zweiten Weltkrieg waren ArbeiterInnen, die auf Streikposten in Kalifornien erschossen wurden. Heute haben die Großkonzerne die Regierung gedrängt, diese neuen Gesetze zu verabschieden, weil sie genau wachsende soziale Unruhe in der Zukunft erwarten. Deshalb müssen Gewerkschaftsmitglieder und alle einfachen Leute unabhängig von der Hautfarbe aufstehen und unsere Rechte und die AraboamerikanerInnen verteidigen.

- Rücknahme von USA Patriot Act, den Vorschriften über Militärtribunal, von Antigewerkschaftsgesetzen, und anderen Unterdrückungsgesetzen gegen ImmigrantInnen des letzten Jahrzehnts
- Organisierung örtlicher Proteste zur Entlarvung des USA Patriot Act und der Verteidigung derjenigen, die ins FBI-Fangnetz geraten sind
- Organisiert in eurer Gewerkschaft, Schule, Stadtteilorganisation RednerInnen, die diese Angriffe auf bürgerliche Freiheiten erklären, verabschiedet Resolutionen dagegen.
- Verlangt, dass die Bush-Regierung sofort die Anschuldigungen gegen die nach diesen Gesetzen Verhafteten bekannt gibt oder sie sofort freilässt.
- Alle Einrichtungen; ob Universitäten oder örtliche oder Landesregierungen sollen die Zusammenarbeit mit dem FBI bei der wahllosen Ermittlung gegen AraboamerikanerInnen verweigern.

Greg Beiter: Bush hat was für die Großkonzerne. Die Armen und Arbeitslosen zahlen dafür (Januar 2002)

[Justice, Januar-Februar 2002]

Während Präsident George W. Bushs erstem Amtsjahr hat er seine Entschlossenheit gezeigt, den Vermögensbesitzern auf Kosten von Arbeiterinnen, Armen und Umwelt zu helfen.

Ein krasses Beispiel sind Bushs Steuer-senkungen von 1,3 Billionen Dollar für die Reichen. Die reichsten Steuerzahler (die reichsten 5 Prozent der Gesellschaft) hatten den größten Nutzen von dieser Politik. Trotz klaren Zeichen für eine kriselnde Wirtschaft zu Beginn seiner Amtszeit entschied sich Bush dafür, die Taschen der Konzernbosse zu füllen, die ihm ins Amt halfen. Aber seitdem die Wirtschaft in die Rezession geraten ist, gibt es Steuerausfälle und Sozialleistungen werden als erste gekürzt.

Bush und Republikanische Kongressabgeordnete haben weiter die Ziele der Konzerne vertreten und auf ein „Wirtschaftsanregungspaket“ gedrängt, einen weiteren Steuersenkungsplan im Interesse der Großkonzerne und Reichen, das, wenn es verabschiedet würde, Bushs vorherige Steuersenkung um 1,3 Billionen Dollar fast verdoppeln würde.

Ein weiteres krasses Beispiel für Bushs Sozialismus für die Reichen war seine 15-Milliarden-Dollar-Nothilfe für die Luftfahrtbranche. Die Branche behauptete, sie würde ohne Zahlung der Regierung in die Pleite getrieben. Aber selbst nach der Verabschiedung der Notmaßnahmen, feuerte die Branche 100.000 Beschäftigte bei Fluggesellschaften.

Bush und der Kongress beschlossen, die Überschüsse der Sozialversicherungen um 40 Milliarden Dollar zu plündern, die einzigen garantierten Renten für Arbeiterinnen, um die Bombardierung Afghanistans zu finanzieren. Das halbe Geld wurde für die Kriegsanstrengungen des Pentagon gezahlt, die etwa 1 Milliarde Dollar im Monat kosten. Das meiste der verbleibenden 20 Milliarden Dollar wurde zwischen der „Zivilverteidigung“ und Hilfen für die Orte der Anschläge aufgeteilt. Dass sich die Regierung auf die Fortsetzung des Kreislaufs des Terrorismus konzentriert und die von den Terroranschlägen verursachte Krise vernachlässigt, zeigt, wo ihre Prioritäten liegen.

Die Plünderung der Überschüsse der Sozialversicherung kommt nach Jahren von Gerede über ihren unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch. Dies ist nicht das erste Mal, dass unser Pensionsgeld zum Bezahlen für US-Kriege verwendet wird. Die Regierung griff auch in die Sozialkasse, um den Vietnamkrieg zu bezahlen. Die wirkliche Krise der Sozialver-

icherung liegt nicht an dem ihr angeblich innewohnenden Versagen, sondern daran, dass die Politiker es sich nicht verkneifen können, sie immer wieder zu plündern.

Die Bush-Regierung berief kürzlich eine Kommission ein, um Vorschläge vorzubereiten, die das System vor dem Krach retten sollen. Die Kommission hat die Verringerung der monatlichen Zahlung an die RenterInnen, die Anhebung des Mindestalters, ab dem Personen Leistungen bekommen können und die Investierung eines Teils des Geldes an dem instabilen Aktienmarkt (eine Teilprivatisierung) beschlossen. Die Durchschnittsarbeiterinnen werden erst später in Rente gehen können, um dann im Monat weniger zu bekommen.

Indem Bush weiterhin seinem Fetisch folgt, den Reichen Geld zu geben, verstärkt er nur das von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erzeugte Elend. Im Gefolge des 11. September schossen die Zustimmungsraten für Bush von 50 Prozent auf 84 Prozent hoch, ähnlich der Popularitätssteigerung, die sein Vater nach dem Golfkrieg erlebte. Aber ähnlich wie bei Bush Senior ist es sicher, dass die Popularität von Bush Junior einen Sturzflug machen wird, sobald die Rezession voll spürbar wird, während die Großkonzerne ihre verschwenderischen Profite behalten.

Bush boxt das Schnellverfahren durch

Bush krault weiter seinen reichen Kumpeln in den Konzernen den Rücken, indem er sich die Vollmacht zu „Schnellverfahren“ bei Handelsverträgen durchboxt. Dieses Gesetz würde dem Kongress das Recht nehmen, Änderungen zu internationalen Handelsvereinbarungen einzubringen. Der Kongress dürfte nur für oder gegen das vorgeschlagene Handelsgesetz stimmen, was die Schnelligkeit und Wahrscheinlichkeit seiner Verabschiedung sehr vergrößern würde. Das Schnellverfahren-Gesetz ging kürzlich mit nur einer Stimme Mehrheit durch das Abgeordnetenhaus und wird wahrscheinlich mit wenig Widerstand durch den Senat gepeitscht werden.

Das Schnellverfahren würde helfen, den Weg für Bushs Unterzeichnung des Vertrags über die Freihandelszone von Amerika zu bereiten, durch den ein interkontinentaler Handelsblock geschaffen würde. Dies würde sicherstellen, dass die US-Konzerne minimale Einmischung bei der Ausbeutung von Billiglohnarbeit und na-

türlichen Ressourcen von Lateinamerika und der Karibik haben.

Als Präsident Bill Clinton versuchte, die Vollmacht zum Schnellverfahren zu kriegen, wurde das vom Kongress mehrmals abgelehnt. Aber Bush hat den 11. 9. zynisch ausgebeutet, um die Ziele der Konzerne durchzudrücken. Während der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO seine Unterstützung für Bushs Krieg für Afghanistan versicherte, gab Bush als Gegenleistung das Schnellverfahren.

Bush versuchte zu argumentieren, dass das Schnellverfahren zum Kampf gegen Terroristen nötig sei, indem er sagte: „Es ist kein Zweifel, dass die Terroristen einen Schatten der Furcht auf die Unternehmen Amerikas werfen wollen. Sie verstehen, wie wichtig unsere Unternehmen für unsere Lebensweise sind ... und sie denken, dass sie um so erfolgreicher sein werden, je mehr sie diesen Geist von Handel und Unternehmertum behindern können.“

Wie üblich haben die Demokraten wenig gemacht, um Bush zu stoppen. Es stimmt, dass die Abstimmung im Repräsentantenhaus sehr knapp war, aber 21 Demokraten stimmten dafür. Und es muss zwar noch formell durch den Demokratisch kontrollierten Senat, aber das ist so gut wie sicher. Selbst eine entschlossene Minderheit von Demokratischen Senatoren könnte das Gesetz durch endlose Reden und andere Verfahrenstricks stoppen, wenn sie es aufrechtig wollten — aber macht euch keine Hoffnungen.



selbst bürgerliche Zeitungen finden Bushs Innenpolitik schwach

Die Welt nach Afghanistan (Januar 2002)

[Socialism Today, Nr. , Februar 2002]

Die Niederlage des Talibanregimes ist zweifellos ein Sieg für die US-Supermacht. Sie hat vorläufig ihre „Glaubwürdigkeit“ oder das Prestige des „Islamwunderlandes“, der vorherrschenden Macht des Weltkapitalismus, wiederhergestellt, die durch die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon ernsthaft beschädigt waren. Tiefe Empörung über die Gräueltat, die zerstörerischste einzelne terroristische Tat in der Geschichte, erzeugte öffentliche Unterstützung in den USA und vielen anderen Ländern für die US-Militäraktion, für einen „Krieg gegen den Terrorismus“.

Der Krieg wurde schnell gegen das Taliban-Regime gelenkt, zunächst, um die Hauptbasis des terroristischen al-Qa'ida-Netzwerks zu zerstören. Aber die Intervention verband sich unausweichlich mit lange bestehenden Zielen des US-Imperialismus, strategischer Kontrolle der zentralasiatischen Region und bevorzugter Zugang zu den Öl- und Gasreserven.

Der schnelle Sturz des Talibanregimes bestätigte die überwältigende Militärmacht der USA. Wie nach dem Golfkrieg 1990-91 gibt es die Idee, dass die USA überall intervenieren kann, ohne Opfer unter ihren eigenen Streitkräften zu riskieren, um ihre „imperiale Ordnung“ auf dem ganzen Erdball durchzusetzen. Aber wie nach dem Golfkrieg wird sich der Sieg bald als viel überlegener erweisen. Die militärische Überlegenheit des US-Imperialismus ist zwar nicht zu bestreiten, er hat aber keineswegs grenzenlose Macht, um den Gang der internationalen Ereignisse zu bestimmen.

Selbst der US-Sieg in Afghanistan ist nur teilweise. Die Taliban sind zerschlagen, aber andere Schlüsselziele wurden nicht erreicht. Osama bin Laden, den Bush „tot oder lebendig“ haben wollte, wurde nicht gefangen, ebenso wenig Sultan Omar, der Talibanführer. Es scheint, dass sie in abgelegene Gebiete oder nach Pakistan entkommen sind, wobei ihnen Stammesführer und möglicherweise sympathisierende Elemente im pakistanischen Militär halfen. Es sind zwar Tausende ausländische Taliban-Kämpfer getötet oder gefangen worden, von denen viele unter barbarischen Bedingungen festgehalten werden, aber Tausende sind in der Stammesgesellschaft versickert, aus der sie kamen.

Die Taliban sind am Ende, ein Produkt einer bestimmten Periode in der qualvollen afghanischen Geschichte. Aber es gibt überhaupt keine Garantie, dass viele der Elemente, die sich den Taliban anschlossen oder Teil des al-Qa'ida-Netzwerks sind, nicht später in Pakistan, Kaschmir oder weiter weg wieder auftauchen werden. So lange die Bedingungen bestehen, die Menschen sich solchen Bewegungen wie den

Taliban zuwenden lassen, werden immer neue angeworben werden. Das Scheitern der „Modernisierung“ nach dem westlichen kapitalistischen Modell, die extreme Armut, Mangel an Bildung und Gesundheitsversorgung und besonders die Demütigung der Beherrschung durch die reichen ausländischen Mächte wird weiterhin Schichten der Bevölkerung zum „islamischen Fundamentalismus“ stoßen, oder, genauer gesagt, rechten islamischen Parteien und Bewegungen. Die meisten Führer dieser Bewegungen sind mit feudalen und Stammesführern verbunden, die gesellschaftlichen Fortschritt unversöhnlich ablehnen. Aber sie ziehen wegen dem Fehlen jeder Alternative, besonders dem Fehlen von Massenparteien, die für die Arbeiterklasse, arme BäuerInnen und Habenichtse kämpfen, Massenunterstützung an.

Das Zerschlagen des Talibanregimes wird nicht allein die Entwicklung reaktionärer islamistischer Gruppen oder ihrer bewaffneten Milizen oder terroristischen Anhängsel stoppen. Im Gegenteil wird das militärische Eintrommeln auf Afghanistan zusammen mit der verstärkten Unterdrückung des palästinensischen Volkes nur das Gefühl von Missständen anheizen, die Verzweiflung verstärken und mehr Rekruten für terroristische Organisationen und Selbstmordattentate erzeugen.

Der von den USA geführte „Krieg gegen den Terrorismus“ wird nicht die Sicherheit des Volkes in den USA oder anderswo sichern. Im Gegenteil wird die Militäraktion, die großen Teilen der Bevölkerung in den unterentwickelten Ländern als bössartige Rache erscheint, nur die Risiken vergrößern. Gleichzeitig wird die barbarische Behandlung von Gefangenen in den USA und die Aufhebung vieler demokratischer und rechtsstaatlicher Rechte für Nicht-Staatsbürger in den USA die Glaubwürdigkeit der USA als Vertreter von „Demokratie und Freiheit“ erschüttern.

Keine Stabilität in Afghanistan

Was bedeutet der Sturz des Taliban-Regimes für Afghanistan? Wird die von den USA und anderen westlichen Mächten gestützte provisorische Regierung eine neue Periode von Stabilität und sozialem Fortschritt eröffnen? Trotz Druck von den Mächten, Reformen einzuführen und besonders die schlimmsten Beschränkungen für Frauen zu verringern, sind die Aussichten nicht gut. Die provisorische Regierung ist eine zerbrechliche Koalition von Kriegsherren, gerade die Führer, die Afghanistan zerrissen und die Bedingungen schufen, dass die Taliban an die Macht kamen. Die Wirtschaft des Landes, die von 20 Jahren Bürgerkrieg verheert wurde, wurde durch den jüngsten Konflikt noch weiter zurückgeworfen. Zwar scheinen die

meisten AfghanInnen den Sturz der Taliban begrüßt zu haben, es gibt aber trotzdem tiefes Misstrauen gegenüber der Rolle der USA, besonders den Luftschlägen, die die Leben von Tausenden ZivilistInnen kosteten — und immer noch weitergehen.

Die provisorische Regierung hat bei weitem keine zentralisierte Autorität über das ganze Land. Sie ist eine Koalition von Kriegsherren, die versuchen, ihren Zugriff auf ihre örtlichen Lehen wiederherzustellen. Die Nordallianz, auf die sich die USA für ihre anfängliche Offensive gegen das Taliban-Regime stützte, ist immer noch das vorherrschende Element in der Regierung. Einer ihrer Führer, General Raschid Dostum, jetzt stellvertretender Verteidigungsminister, ist gut bekannt für seine Vergangenheit von brutaler Unterdrückung und Bürgerkriegsgräueln. Seine von den USA schwer bewaffneten Kommandeure führen erneut umfassende Beutezüge und Plünderungen durch. Er schützt auch frühere Taliban-Kommandeure.

Hamid Karzai wurde auf Verlangen des Westens als Regierungschef hineingenommen, weil er aus der paschtunischen (pathanischen) Bevölkerungsmehrheit ist. Sein Einfluss auf die paschtunischen Kriegsherren im Süden ist aber sehr begrenzt — und wird durch Ablehnung der fortgesetzten Bombenkampagne der USA weiter untergraben.

Zum Beispiel ist der neue Gouverneur der Kandahar-Provinz Gul Agha Schirzai, der früherer provinzial unterdrückter und korrupter Gouverneur von Kandahar war, bevor er von den Taliban gestürzt wurde. Nachdem er mit der Hilfe von US-Dollars und US-Waffen wieder an der Macht ist, trotz er sowohl der Regierung in Kabul als auch den USA. Kürzlich befreite er drei Talibanführer, die auf der US-Liste der „am meisten Gesuchten“ stehen. Die örtlichen Kriegsherren mit ihren beträchtlichen Privatarmeen und Unterstützung durch örtliche Feudal- und Stammesführer sind ein mächtiger destabilisierender Faktor.

Ein Weltbankbericht im Dezember erklärte: „Afghanistans Wirtschaft ist am Zusammenbrechen“. Vor fünfundzwanzig Jahren war Afghanistan schon eines der rückständigsten Länder der Welt. Jahre von Bürgerkrieg haben das Land noch weiter zurückgestoßen. Es gibt keine Arbeitsplätze, keine Dienstleistungen, minimalen Transport. Die Landwirtschaft ist verwüstet und BäuerInnen wenden sich wieder dem Heroinanbau zu, der unter den Taliban kurz unterdrückt worden war. Die Weltbank schätzt, dass mindestens 25 Milliarden Dollar während der nächsten fünf Jahre gebraucht werden, um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu beginnen. Ob etwas, was diesem Betrag annähernd entspricht, in der Realität kommen wird, ist angesichts der

Erfahrung mit dem Balkan und anderen Kriegszone zweifelhaft. Auf der sogenannten „Geberkonferenz“ der führenden Mächte in Tokio am 21. Januar wird es zweifellos große Versprechungen von Wiederaufbauhilfe geben — es bleibt abzuwarten, wie viel tatsächlich fließen wird.



Große Teile der afghanischen Gesellschaft begrüßten zweifellos den Sturz des Talibanregimes, das sich als so unterdrückend und korrupt wie die Kriegsherren erwiesen hatte, die es ersetzte. Aber die USA werden bei weitem nicht als „Befreiungsmacht“ begrüßt. Es gibt tiefen Unmut wegen der zivilen Opfer der US-Luftangriffe. Ein paschtunischer Stammesführer aus der südlichen Stadt Kandahar warnte kürzlich Karzai, dass „ihre Loyalität gegenüber der Regierung bis zum Zerreißen angespannt würde, wenn die US-Bombenangriffe auf al-Qa'ida, die Hunderte ZivilistInnen getötet haben, weitergehen“ (Ahmed Raschid, Daily Telegraph, 12. Januar 2002)

Indien und Pakistan

Hat die Niederlage des Talibanregimes die regionale Stabilität in Süd- und Zentralasien vergrößert? Innerhalb von Tagen nach dem Fall der Taliban wurde der Subkontinent an den Rand eines Krieges zwischen zwei führenden Regionalmächten gebracht, die beide mit Atomwaffen bewaffnet sind. Dies war die größte Mobilisierung von Streitkräften seit 1971, als Indien und Pakistan ihren letzten richtigen Krieg führten.

Es war unausweichlich, dass das Ende der Taliban Konflikte zwischen Indien und Pakistan auslösen würde, so wie die Niederlage des Milošević-Regimes in Bosnien später zum Konflikt in Kosova/Kosovo überschwappte. Die Niederlage der Taliban war auch eine Niederlage für die pakistanische herrschende Klasse und Geheimdienste, die die Taliban als Werkzeug ihres regionalen Einflusses und Deckmantel für von Pakistan unterstützte Guerillagruppen genutzt hatten, die im indisch besetzten Teil Kaschmirs tätig sind. Nachdem sich [Pakistans Regierungschef] Pervaz Muscharraf unter massivem Druck des US-Imperialismus dem „Krieg gegen den Terrorismus“ angeschlossen hatte, forderte die indische Regierung, dass Muscharraf seine Unterstützung für bewaffnete kaschmirische Gruppen einstellt und gegen ihre Aktivisten vorgeht. Die indische Regierung reagierte auch auf den bewaffneten Angriff auf das indische Parlament am 13. Dezember durch Bewaffnete, die mit antiindi-

schen kaschmirischen Gruppen in Verbindung standen. Die bevorstehenden Wahlen in der Provinz Uttar Pradesh sind zweifellos ein weiterer Faktor hinter den Handlungen der hindu-nationalistischen BJP-Regierung.

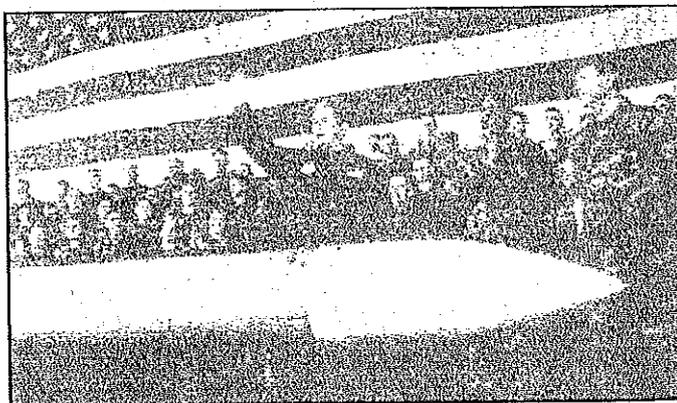
Indien mobilisierte über eine halbe Million Soldaten entlang der indisch-pakistanischen Grenze, zusammen mit schwerer Artillerie und Raketen, die atomare Sprengköpfe tragen können. „Ich habe mobilisiert, um bereit für den Krieg zu sein“, erklärte General Sunderajan Padmanabhan, der Stabschef der indischen Armee. Er warnte Pakistan, dass „wenn jemand verrückt genug ist, Atomwaffen gegen Indien einzusetzen, der Täter so schwer bestraft werden wird, dass sein Fortbestand in irgend einer Form zweifelhaft wäre ... Wir sind für einen Gegenschlag bereit.“ Angesichts dieser Drohung und unter intensivem Druck durch die USA machte Muscharraf einen Rückzieher. Am 13. Januar erklärte Muscharraf fünf moslemische Organisationen mit Sitz in Pakistan für verboten, einschließlich von zweien, denen die indische Regierung die Schuld an dem Angriff auf ihr Parlament letzten Monat und für Angriffe auf den indisch besetzten Teil Kaschmirs gibt. Führer von Gruppen wie Dschaisch-e-Mohammad und Laschkar-e-Taiba wurden verhaftet. Gleichzeitig versprach Muscharraf die Reform von Tausenden islamischen Schulen, den Madrasahs, aus denen sich die Taliban und andere rechte islamistische Milizen rekrutieren.

Als Antwort begrüßte die indische Regierung Muscharrafs Maßnahmen, sagte aber, dass sie nur die Demobilisierung ihrer Truppen erwägen würde, wenn Muscharraf tatsächlich seine versprochenen Maßnahmen „in die Tat umsetzt“. Es bleibt abzuwarten, wie streng die Maßnahmen umgesetzt werden. Muscharraf steht schon wegen

seiner Unterstützung der US-Offensive in Afghanistan massiver Opposition gegenüber und wird jetzt vor wachsender Wut auf die Unterdrückung der kaschmirischen Guerillaorganisationen stehen. Der Besitz von ganz Kaschmir war seit der Unabhängigkeit 1947 immer eine brennende Frage für die pakistanische herrschende Klasse und besonders das Militär. Im Moment scheint Muscharraf fest im Sattel zu sitzen, aber Wut auf das, was als sein Verrat von Kaschmir wahrgenommen wird, könnte dazu führen, dass Teile des Militärs und der herrschenden Klasse Schritte gegen ihn unternehmen. Gleichzeitig gibt es einen ungeheuren Gröhl in der Bevölkerung auf Indien für dessen Herrschaft über den indisch besetzten Teil Kaschmirs. Laschkar-

e-Taiba und andere Gruppen haben gedroht, Selbstmordattentate auf das indische Militär zu unternehmen — was Gegenschläge von Indien provozieren könnte. Die indische Führung drohte mit Krieg, einschließlich der Bereitschaft zur Vergeltung mit Atomwaffen. Es scheint, dass ihre Absicht in Wirklichkeit war, die pakistanische Regierung unter Druck zu setzen, so dass sie sich zurückziehen muss, ein „kalkulierter und wohlbemessener“ Schritt in einem gefährlichen Pokerspiel. Große militärische Mobilisierungen haben eine gefährliche eigene Logik. General Padmanabhan gab zu: „Wenn zwei wilde Stiere im Dschungel kämpfen, dann machen sie weiter ohne Rücksicht [auf äußere Einflüsse]“.

Es scheint, dass die unmittelbare Kriegsgefahr zurückgegangen ist, obwohl sie sich immer noch in einer angespannten Grenzkonfrontation befinden. Aber so lange die Kaschmirfrage ungelöst bleibt, bleibt das Potenzial von erneuter Konfrontation und Krieg. In den letzten 13 Jahren sind über 35.000 Menschen in einem Konflikt um die Teilung Kaschmirs gestorben. Weder die herrschende Klasse Pakistans noch Indiens haben die geringste Absicht, dem anderen die Kontrolle zu geben oder die einzige wirkliche Lösung zu akzeptieren: einen unabhängigen Staat Kaschmir. Wegen dem unversöhnlichen Konflikt zwischen nationalen kapitalistischen Staaten könnte so ein Staat nur auf der Grundlage einer sozialistischen Lösung verwirklicht werden.



US-Militärmacht

Hat die US-Intervention in Afghanistan die Behauptung betätigt, die von der Bush-Regierung und vielen Kommentatoren vorgebracht wurde, dass die USA jetzt auf der Grundlage nur der Luftwaffe entschlossen auf der ganzen Welt intervenieren können, ohne größere US-Bodentruppen mobilisieren zu müssen?

Diese Behauptung beinhaltet, dass auf der Grundlage der High-Tech-Waffen und Kommunikation der US-Imperialismus jetzt die Fähigkeit hat, Schurkenregime zu entfernen oder radikale Regime zu blockieren, die die Interessen des internationalen Kapitalismus bedrohen, ohne größere Verluste unter seinen eigenen Truppen zu erleiden. Wenn es so wäre, könnten die

USA — angesichts ihrer militärtechnischen Überlegenheit — international „Recht und Ordnung“ nach ihren Regeln aufrechterhalten.

Aber diese Behauptung wird mit ein paar außerordentlichen Beispielen begründet. Im Falle des Golfkriegs von 1990-91 spielten die verheerenden US-Luftschläge eine entscheidende Rolle bei der Zerstörung der Verteidigung des irakischen Regimes. Trotz der Behauptung von „Präzisionsbomben“ forderte die Offensive Tausende von zivilen Leben, während die Zerstörung der Dienstleistungen wie Elektrizität, Wasser und Gesundheitsdienste viele weitere Tote kostete. Selbst unter diesen Umständen wurde die Niederlage des Regimes von Saddam Hussein erst durch die Mobilisierung massiver Bodentruppen erreicht. Aber selbst dann erkannten die USA, dass sie den Irak nicht besetzen konnten, ohne einen massiven und möglicherweise langgezogenen Bodenkrieg zu provozieren. Das hätte die US-beherrschte „Golfkoalition“ gegen Saddams Regime zerbrochen und massive US-Verluste und eine unausweichliche politische Gegenbewegung in den USA erzeugt. Bush Senior würde später sehr kritisiert, weil er nicht „nach Bagdad marschiert“ war. Aber nüchternere Führer wie Colin Powell und Sandy Berger (nationaler Sicherheitsberater während dem Golfkrieg) haben gegenüber den Falken von Bush Junior wie Donald Rumsfelds Stellvertreter Paul Wolfowitz, der kürzlich für eine neue Offensive gegen den Irak argumentiert hat, an die Realitäten der Lage von 1991 erinnert.

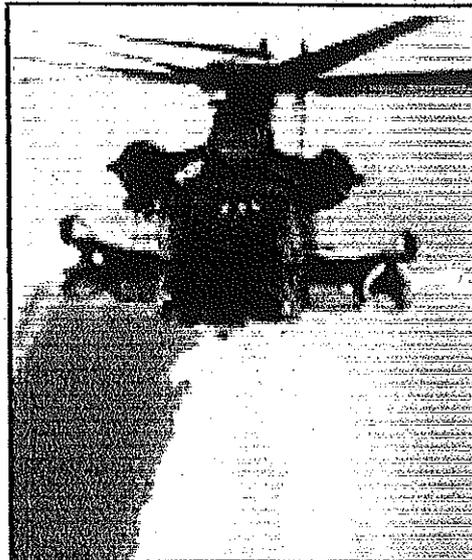
In Kosova wurde die US-Luftmacht zur Pulverisierung von Milošević' Truppen verwendet, während die Truppen der Kosova-Befreiungsarmee (UÇK) von den USA als Ersatz-Bodentruppe verwendet wurden. Trotzdem mussten die USA zusammen mit Großbritannien, Deutschland und anderen NATO-Verbündeten Bodentruppen zur Vorbereitung auf eine Intervention mobilisieren, um Milošević eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Es war diese Drohung in Verbindung mit dem Signal der Jelzin-Regierung in Russland, dass sie so einen Schritt nicht ablehnen würde, der zu Milošević' Rückzug aus Kosova führte.

In Afghanistan schafften es die USA, das Taliban-Regime noch schneller zu stürzen als sie erwarteten. Wieder waren unaufhörliche Luftangriffe über einen längeren Zeitraum ein Hauptfaktor bei der Zerstörung der Bodentruppen der Taliban. Zweifellos erlaubten neue Technologien, besonders ausgefeilte Satellitenkommunikation, einer kleinen Handvoll von Spezialeinheiten, die Bodentruppen der Taliban aufzuspüren und Ziele zu bestimmen. Aber selbst unter diesen Umständen wären die USA ohne Bodentruppen nicht in der Lage gewesen, die Taliban vernichtend zu schlagen. In diesem Fall bewaffnete die USA die Kriegsherren der Nordallianz und talibanfeindliche Paschtunen-Führer im Süden neu und un-

terstützte sie finanziell, so dass diese die Hauptlast der Bodenoffensive trugen, obwohl sie Bauchschmerzen wegen deren möglicherweise ungebärdigen Haltung haben.

Im Vergleich zum irakischen Regime und Milošević' Truppen waren die Taliban verhältnismäßig schlecht bewaffnet, ohne jede moderne Luftverteidigung. Obendrein war die politische Unterstützung für das Taliban-Regime viel tiefer untergraben als die meisten Beobachter von außen erkannten. Die Taliban waren 1996 als Friedensbringer begrüßt worden, waren aber inzwischen für ihre Unterdrückung und Korruption weithin verhasst. Weitverbreitete Opposition gegen die Taliban in Verbindung mit der traditionellen Bereitschaft der örtlichen Kriegsherren, auf die Siegerseite zu wechseln, führte zum schnellen Zusammenbruch der Stellung der Taliban. Dies war ein Hauptfaktor bei der schnellen Niederlage des Regimes. Die USA kämpften nicht gegen einen nationalen Befreiungskampf wie den in Vietnam in den sechziger Jahren, wo eine von Nordvietnam unterstützte Guerillaarmee die Unterstützung der Bevölkerung im Süden hatte. Intervention gegen das nach rückwärts orientierte Taliban-Regime, das mit feudalen und Stammesführern verbunden ist, ist eine Sache. Niederschlagung eines Bauernaufstands, der die Forderung nach Land und nach dem Sturz eines Unterdrückungsregimes zur Grundlage hat, oder gegen eine aufständische Arbeiterklasse, wäre eine völlig andere Sache.

Bis vor kurzem riefen Bushs Washingtoner Falken wie Rumsfeld und Wolfowitz nach einer erneuten Militärintervention gegen Saddams Regime. Die unmittelbaren Rückwirkungen des Krieges in Afghanistan, besonders die Ausdehnung des Konflikts zwischen Indien und Pakistan, zwang sie, noch einmal darüber nachzudenken. Selbst für die US-Supermacht mit ihren ungeheuren wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen wäre ein Kampf zur Eindämmung eines Kriegsausbruch auf dem indischen Subkontinent und gleichzeitig ein Krieg gegen den Irak ein Albtraum-Szenario. Selbst Wolfowitz musste zugestehen, dass eine US-Militäroffensive gegen den Irak etwas für die Zukunft ist, keine unmittelbare Aussicht. Statt dessen entwerfen das Außenministerium und das Pentagon Pläne für Interventionen gegen terroristische Basen in Ländern wie Somalia, Jemen, den Philippinen, Indonesien etc. Aber vielleicht haben sie doch nicht vergessen, dass selbst Interventionen in so armen, chaotischen Staaten wie Somalia auch ihre US-Opfer und politische Auswirkungen zu Hause kosten.



Neue Weltordnung? Neue Widersprüche

Wird George Bush der Jüngere auf der Grundlage des afghanischen Siegs in der Lage sein, eine dauerhaftere Nummer II der Neuen Weltordnung zu errichten, die Bush der Ältere nach dem Golfkrieg verkündete? Selbst die erste Basis ist nicht sicher. Afghanistan selbst könnte leicht in erneuten Bürgerkrieg und weiteren gesellschaftlichen Zerfall rutschen. Spannungen innerhalb Indiens, Pakistans und anderen Staaten auf dem Subkontinent sind schärfer als jemals zuvor, der Ausbruch eines größeren regionalen Krieges wohnt der Lage inne. Russland, die zentralasiatischen Republiken, Iran und andere benachbarte Mächte unterstützen zwar die US-Intervention oder finden sich mit ihr ab, konkurrieren aber um regionale Macht und wirtschaftliche Vorteile.

In der benachbarten Region des Nahen Ostens, dem traditionellen „Kampfplatz der Mächte“, sind nationale und soziale Gegensätze noch schärfer als in der Golfkriegsperiode. Der Friedensprozess zwischen Israel und Palästina, den die USA im Gefolge des Golfkriegs vorantrieben, teils als Preis für die Unterstützung durch die arabischen Regime gegen den Irak, ist völlig zusammengebrochen. Das Ausmaß des Konfliktes ist schärfer als jemals seit der Bildung des Staats Israel 1948. Das Versagen säkularer nationalistischer Organisationen wie der PLO und früherer linker Organisationen, irgend welche dauerhaften Erfolge für die PalästinenserInnen zu erreichen, hat die Unterstützung für islamistische Organisationen wie Islamischer Dschihad, Hamas und Hisbollah vergrößert, die terroristische Taktiken verwenden. Wie auf dem indischen Subkontinent sind die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs errichteten nationalen Grenzen und Sozialstrukturen am Zerfallen. Bush verkündete, er sei für einen palästinensischen Staat, um um Unterstützung durch die arabischen Regime für die Intervention in Afghanistan zu werben. Vom Führer der Supermacht, die der Hauptunterstützer des israelischen

Staates ist, ist dies eine völlig leere Verkündigung.

Wut auf die Unterdrückung der PalästinenserInnen und besonders die Verweigerung ihrer nationalen Rechte ist eine der Hauptquellen des Hasses auf die USA und die westlichen Mächte allgemein unter arabischen und islamischen Völkern international.

Sowohl Saudi-Arabien als auch Ägypten, zwei der Schlüsselverbündeten der USA in der Region, sind Zeitbomben, die darauf warten, zu explodieren. Als Gegenleistung für billiges saudisches Öl haben die USA 50 Jahre lang die Augen vor der Unterdrückungsmethoden und der religiösen Borniertheit der saudi-arabischen monarchischen Diktatur verschlossen. Einer der krassen Widersprüche des afghanischen Krieges ist, dass sowohl die Taliban als auch Osama bin Laden/al-Qa'ida von reichen saudischen Unterstützern finanziert wurden, mit schweigender Duldung der herrschenden Klasse. Dies fiel auf die saudische Königsfamilie zurück, als sich die rechten islamistischen Gruppen einschließlich bin Laden gegen sie wandten, weil sie nach dem Golfkrieg US-Basen auf „heiligem Land“ akzeptierten. Es ist sehr gut möglich, das es Aufstände sowohl in Saudi-Arabien als auch in Ägypten in der nächsten Periode gibt, die die ganze Region in einen Konflikt stürzen würden — und nebenbei die westliche Ölversorgung bedrohen würden.

Die Neue Weltordnung von Bush Senior zerbröckelte schnell, obwohl sie den Vorteil von allgemein günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen für den Kapitalismus in den neunziger Jahren hatte. Die Herausbildung von schnell wachsenden „Tigerwirtschaften“ und der spektakuläre Finanzboom in den Vereinigten Staaten und in gewissem Ausmaß in Europa, hielt das vom Zusammenbruch der stalinistischen Staaten nach 1990 losgetretene kapitalistische Triumphgeschrei am Leben. Die asiatische Währungskrise von 1997 löste politische Unruhen in Südkorea, auf den Phi-

lippen und besonders in Indonesien aus. Aber die weiteren Wirkungen dieser Krisen wurden in gewissen Ausmaß durch die Fortsetzung des Booms in den Vereinigten Staaten abgefedert, der erst 1999 einbrach. Aber heute ist das Bild sehr anders. Der Kapitalismus steht vor einer verallgemeinerten Weltkrise mit der Aussicht auf eine langgezogene Periode von Stagnation und Niedergang (was einen fortgesetzten Konjunkturzyklus aus schwachen Erholungen und erneuten Rezessionen nicht ausschließt). Dies wird die führenden kapitalistischen Staaten, besonders die USA, nicht daran hindern, ihre Militärmacht zu verstärken. Die scharfe Steigerung der US-Rüstungsausgaben nach dem 11. September bestätigt dies, ebenso Bushs Entscheidung, mit dem Nationalen Raketenabwehrsystem „Krieg der Sterne II“ weiterzumachen.

Ein Wirtschaftsabschwung schließt militärische Intervention durch die führenden Mächte oder bewaffnete Konflikte zwischen Regionalmächten nicht aus. Im Gegenteil waren Perioden von wirtschaftlicher und sozialer Krise immer von gesteigerten Konflikten zwischen nationalen kapitalistischen Staaten und zwischen gegensätzlichen nationalen und sozialen Gruppen innerhalb von Staaten begleitet. Der US-Imperialismus besitzt war eine ungeheure, geschichtlich beispiellose Militärmacht, es wird ihm aber unmöglich sein, eine stabile Weltordnung aufrechtzuerhalten.

Der Aufruhr in Argentinien ist ein wichtiger Hinweis auf die Dinge, die da kommen werden. Wirtschaftlich stellte Argentinien den Zusammenbruch der Globalisierung, einen von den multinationalen Konzernen beherrschten und dem US-Imperialismus geförderten Prozess dar. Kapitalistische Führer in Argentinien waren gezwungen, sich von der neoliberalen Politik des IWF abzuwenden, um ihre Haut zu retten, und andere werden gezwungen sein, ihre Richtung auch zu ändern. Politisch stellt Argentinien die Bekräftigung der Macht der Arbeiterklasse (und auch der Rebellion der

verarmten Mittelschicht) dar, die sich gegen die Blutsaugerpolitik die internationalen Banken und Konzerne erhoben haben. Welche Lösung bietet die US-Supermacht Argentinien an? Und dem nächsten Land, das in die Krise gestoßen wird? Welche Lösung hat sie für die verallgemeinerte wirtschaftliche, soziale und politische Krise, die sich jetzt entwickelt?

Selbst manche Kommentatoren in der ernsthaften kapitalistischen Presse beginnen, die Brauchbarkeit des „freien Marktes“ und der Ideologie des „liberalen Individualismus“ in Frage zu stellen. Als Kommentar zur Stimmung der politischen und ideologischen Ungewissheit, die durch den 11. September hervorgerufen wurde, sagt John Lloyd in der Financial Times (12. Januar 2002): „Was wir am allermeisten brauchen, ist eine große Idee, um die Opposition gegen die liberale Demokratie und den Kapitalismus zu organisieren und sogar zu zivilisieren.“ Aber trotz der Skepsis dieses Kommentators gibt es diese „große Idee“ und sie bleibt gültig: Sozialismus. Nicht die groteske stalinistische Verzerrung der früheren Sowjetunion und ihrer Satelliten, sondern wirklicher Sozialismus auf der Grundlage demokratischer Planung und demokratischer Leitung der Gesellschaft auf jeder Ebene. Eine neue sozialistische Weltordnung würde den wirklichen Reichtum schaffen, der erfordert ist, damit alle zivilisierte Lebensbedingungen genießen. Nur das würde die Grundlage für harmonische internationale Beziehungen und die Beseitigung von Konflikt und Krieg schaffen. Das Wiedererstehen der Arbeiterklasse als mächtiger politischer Kraft international wird sicherstellen, dass sozialistische Ideen erneuert werden und als einziger Ausweg aus dem kapitalistischen Schlamassel in den Vordergrund treten.

Ohne soziale Gerechtigkeit, die auf der Grundlage des Kapitalismus unmöglich ist, gibt es keinen Weg, Terrorismus und Krieg zu beseitigen. Militärische Intervention verschärft das Problem nur, wie das Beispiel von Afghanistan leider zeigen wird.

Lynn Walsh: Der Enron-Skandal

[Socialism Today, Nr. 63, März 2002]

Der Enron-Zusammenbruch ist der größte Skandal in der Geschichte des US-Kapitalismus. Die systematischen Lügen, Betrügereien und Diebstahl, die das Herzstück der Seifenblasenwirtschaft der neunziger Jahre waren, sind entlarvt. Lynn Walsh untersucht die Enron-Krise und ihre Folgen

Laut Fortune-Magazin im Jahr 2000 war Enron die siebtgrößte Firma der USA, was die behaupteten Verkäufe von über 100 Milliarden Dollar zur Grundlage hatte. Enron gab Profite von über einer Milliarde Dollar an. Seine Aktien stiegen auf 90 Dollar pro Stück, sein Börsenwert insgesamt auf 70 Milliarden Dollar.

Fortune betitelte es als die „innovativste Firma“; es wurde weithin als das „Unternehmensmodell“ der „New Economy“ gepriesen. Im Dezember 2001 war die Firma pleite, die größte Firmenpleite in der Geschichte des US-Kapitalismus.

Seine Aktien waren nur noch Cents wert, die meisten seiner 25.000 Beschäftigten waren arbeitslos. Amerikas „coolste Firma“ (wie Enron behauptete) wurde als spekulative Schale entlarvt, die durch betrügerische Buchführung verkleidet war — eine virtuelle Firma die virtuelle Profite machte. Voruntersuchungen haben enthüllt, dass Enrons Bosse Profite angeeignet hatten, die die Firma nie wirklich gemacht hatte (mindestens 1 Milliarde Dollar zwischen Juli 2000 und Oktober 2001) und erdrückende Schulden und Verluste versteckt hatte.

Im letzten Sommer begann eine Reihe von Enron-Vorständlern der zweiten Garnitur ernsthafte Vorwürfe bezüglich der Methoden der Firma vorzubringen. Vizepräsident Sherron Watkins schrieb an Enrons Vorsitzenden, Kenneth Lay: „Ich bin unglaublich nervös, dass wir in einer Welle von Buchführungsskandalen implodieren werden.“ Ein anderer Manager notierte: „Wir sind eine Firma auf so krummen Wegen“. Enrons Bosse untersuchten die Vorwürfe mit Hilfe ihrer prestigeträchtigen Anwälte und Wirtschaftsprüfer — und wischten sie beiseite. Lay

Damit Enron schneller wachsen, seine Profite steigern und seine Aktienkurse hochtreiben konnte, bildeten die Enron-Bosse eine Reihe von Partnerschaften zwischen verschiedenen Enron-Direktoren und Außenstehenden, die dem Namen nach unabhängig waren, aber von den Enron-Vorstandsmitgliedern praktisch kontrolliert wurden. Diese „speziellen juristischen Personen“, die rechtlich fragwürdig waren, dienten einer Reihe von Zwecken. Da sie, was Enron betraf, nicht in die Bilanz gehörten, konnten in ihren riesigen Schulden versteckt werden, die durch schnelle Investitionen entstanden. Durch kreative Buchführung ermöglichen sie Enron, nicht bestehende Profite zu berichten. Sie wurden in Steueroasen registriert und ermöglichten die fast völlige Umgehung von US-Steuern. Sie erlaubten Enron-Bossen, die riesigen Verluste, die sie Ende der neunziger Jahre mit vielen Spekulationsgeschäften (entgegen ihrem öffentlichen Image) machten, zu verdecken. Diese Partnerschaften im Schatten, die Namen wie Condor und Raptor erhielten, waren auch ein Quelle von Extraprofit für die Enron-Bosse. Selbst als die ganze Konstruktion letztes Jahr zusammenbrach, bekam Andrew Fastow, der im Zentrum des Netzes gestanden haben zu scheint, noch einmal einen Bonus von 30 Millionen Dollar von einer dieser juristischen Personen.

Die wundersame Quelle von Enrons Superprofiten war den meisten Investoren nicht klar. Aber warum sorgen? Bears Stearns von Stockbrokern begeisterte sich im Januar 2001, dass Enron „Wege zum Geld Verdienen verfolgt, die nie vorher versucht wurden, und bisher hat es gezeigt, dass sie funktionieren können“. Während die Profite reinkamen, stellte niemand unangenehme Fragen. Später kommentierte eine Kolumne der New York Times, dass Enron „nicht viel von einer Firma hatte, aber dass seine Vorstände dafür sorgten, dass es eine teuflische Aktie war.“ Das Problem war, dass Enron und seine Satelliten-juristischen Personen nur beibehalten werden konnten auf der Grundlage hoher Kurse für Enron-Aktien, die die Partner für die Sicherung ihrer Kredite nutzten. Der scharfe Rückgang im Aktienkurs, der dem Ansteigen der dot.com-Seifenblase folgte begann zusammen mit den wachsenden Zweifeln großer Investoren über Enron, im Verlauf von 2001 die Aktienkurse der Firma herunterzuziehen. Verzweifelte Versuche zur Umstrukturierung der Firma — mehr kreative Buchführung, bei der führende Wall-Street-Anwaltskanzleien und -Großbanken halfen — konnten den Zusammenbruch nicht verhindern. Der ganze Schmutz kam im Herbst ans Licht. Enron musste seine gefältschten Profite „neu deklarieren“, seine versteckten Schulden offenbaren und seine massiven Verluste bekennen. Die Bosse seiner Wirtschafts-

prüfungsfirma, Arthur Andersen, begannen, Dokumente in den Reißwolf zu stecken. Lay und Skilling behaupteten, sie würden nicht über die Partnerschaften informiert; als sie vor einen Kongressausschuss geladen wurden, machten sie von ihrem Aussageverweigerungsrecht nach dem fünften Verfassungszusatz Gebrauch.

Als der Zusammenbruch sich entwickelte, appellierte Lay an seine Washingtoner Freunde, die Regierung solle ihm eine Finanzspritze geben (schließlich hatten auch Clinton und Greenspan den bankrotten Spekulationsfonds Long Term Capital Management 1998 gerettet?). Bush und seine Kumpel verstanden aber, dass ihre lange Verbindung zu Enron bedeutete, dass eine finanzielle Unterstützung politisch verheerend wäre. Sie schätzten, dass Enron keine so große Bedrohung für das Finanzsystem darstelle wie ein LTCM-Zusammenbruch. Bush behauptet, dass seine Weigerung, Enron zu retten, seine Regierung von der Verantwortung befreie. „Es gibt keinen rauchenden Revolver“ sagt er. Aber die vielen Begünstigungen, die Enron schon als Gegenleistung für Bargeld gegeben worden waren, schufen überhaupt erst die Bedingungen für den Skandal.

Schmierer der politischen Maschine

Wie ist Enron damit so lange durchgekommen? In dem übergeschnappten Spekulationsklima der späten neunziger Jahre, galt für die Großkonzerne „alles ist möglich“. So lange die steigenden Aktienkurse weiter stiegen und Profite flossen, hatten Investoren, Finanzexperten, Wirtschaftsprüfer und Regierungsaufsichten keine Neigung, Firmenpraktiken in Frage zu stellen. Tatsächlich wurden Regulierungserfordernisse immer mehr gelockert. Enrons Wirtschaftsprüfer war das Büro Arthur Andersen, eines der „großen Fünf“, die praktisch ein Monopol auf die Wirtschaftsprüfung der 500 führenden Konzerne haben. Als Berater halfen sie, Enrons fragwürdige Partnerschaften zu bilden, als Rechnungsprüfer billigten sie Enrons betrügerische Abrechnungen. Letztes Jahr kassierte Andersen 27 Millionen Dollar von Enron für Beratung, 25 Millionen für Rechnungsprüfung. (Wahrscheinlich war das Schieben von Dokumenten in den Reißwolf kein Posten auf der Abrechnung.) Wie andere Wirtschaftsprüfer ist Andersen ein großer Spender an sowohl Republikaner als auch Demokraten und hat konsequent eine Verschärfung der Rechnungsführungsvorschriften abgelehnt. Als vor zwei Jahren der damalige Chef der Bundeskommission für Wertpapiere und Börsen Arthur Levitt vorschlug, Interessenkonfliktvorschriften einzuführen, die Beratungs- und Rechnungsprüfungsrollen trennen, trat ihm ein Sperrfeuer von mächtigen Lobbyisten entgegen, einschließlich Anrufen von zehn oder

elf Senatoren. Manche drohten, die Mittel für seine Kommission zu kürzen, wenn er nicht nachgab. Er erinnert sich: „Ich war nie einer so intensiven und korrupten Lobbykampagne ausgesetzt.“ (New York Times, 19. Januar) Wie andere Wirtschaftsprüfer verdoppelte Andersen damals sein Budget für Lobbyarbeit (auf 1,6 Millionen Dollar). Levitts Vorschläge wurden nicht umgesetzt. Während dem letzten Präsidentschaftswahlkampf war Andersen der fünfgrößte Spender für Bushs Wahlkampf, er gab ihm 146.000 Dollar. Der neue Chef der Wertpapier- und Börsenkommission, Harvey Pitt, ist ein Wirtschaftsanwalt, der schon mal jeden der großen Fünf vertreten hat. Unnötig zu sagen, dass er gegen weitere Regulierung der Wirtschaftsprüfung ist.

Die Räder der politischen Maschine zu ölen, war ein entscheidender Bestandteil von Enrons Erfolg. Enron begann es in seiner Heimatbasis Texas und bildete ein enges Bündnis mit dem rechten texanischen Zweig der Republikaner. Enron unterstützte Rick Perry großzügig, der Bush als Gouverneur von Texas nachfolgte und schnell Max Ysaquiere, den früheren Chef von Enron Mexico zum Chef für das texanische Programm der Deregulierung der Elektrizität machte. In Washington hat praktisch jeder, der jemand ist, ob Demokrat oder Republikaner, Geld von Enron erhalten. Während der letzten zwölf Jahre gab Enron 5,8 Millionen Dollar für Bundeswahlen aus, wovon 73 Prozent an die Republikaner gingen. Er unterstützte 71 von 100 Senatoren und 188 von 435 Mitgliedern im Repräsentantenhaus. Bush selbst bekam 826.000 Dollar und nannte bis vor kurzem seinen Enron-Paten gemütlich „Kenny Boy“. Mindestens dreißig führende Mitglieder der Bush-Regierung und Botschafter hatten Enron-Aktien, als sie letztes Jahr ins Amt kamen, und gaben sie gemäß den staatlichen Interessenkonflikts-Vorschriften für 60 bis 70 Dollar pro Aktie ab. Thomas White, ein früherer Armeegeneral, der bei Enron beschäftigt war, hatte Aktien im Wert von 50 Millionen Dollar, als er zum Staatssekretär für die Armee berufen wurde. Unter anderem hat er die Belieferung der Armee mit Brennstoff privatisiert.

Geldschmierer hatte immer gute Ergebnisse. Durch Vizepräsident Dick Cheney (ein Ölmann aus Texas, der lange von Enron unterstützt wurde) und Einfluss auf das Energie- und Finanzkomitee des Repräsentantenhauses (53 von 58 Mitglieder wurden von Enron finanziert) hatte Enron großen Einfluss auf die Energiepolitik von Bush. Zweifellos haben sich die Enron-Bosse über Bushs Opposition gegen Umweltschutz (zum Beispiel das Verbot der Öl- und Gasförderung in der Wildnis von Alaska) und die Weigerung der USA, das Kyoto-Abkommen über die globale

Erwärmung zu unterzeichnen, gefreut. Wenn Bushs sogenannten „Wirtschaftsanregungsgesetz“ nicht im Kongress aufgehoben worden wäre, hätte Enron über 500 Millionen Dollar an Steuersenkungen bekommen. Bush-Beamte haben kürzlich versucht, Enron aus einem Vertrag zum Bau eines Kraftwerks für 3 Milliarden Dollar in Indien zu helfen, den Clinton vorher Enron als Gegenleistung für Wahlkampfspenden verschafft hatte. Als Enron am Zusammenbrechen war, appellierte Clintons früherer Finanzminister Robert Rubin an Regierungsbeamte, die Firma zu retten. Rubin war durch seinen früheren Arbeitgeber Goldman Sachs mit Enron verbunden und seine gegenwärtige Firma Citygroup ist einer der größten Gläubiger von Enron. Für Enron waren die beiden Parteien der Großkonzerne immer wie ein paar manipulierter Fruchtmaschinen, bei denen man immer etwas bekam, wobei die Republikaner höhere Preise zahlten.

Verstärkte öffentliche Empörung über die Korruption zwischen Großkonzernen und Politik kann jetzt dazu führen, dass das Shays-Meehan-Gesetz über Wahlkampffinanzien vom Repräsentantenhaus verabschiedet wird. Wie das McCain-Feingold-Gesetz, das der Senat letztes Jahr verabschiedete, würde das Gesetz Spenden von sogenanntem „weichen Geld“ an Parteien verbieten (im Wahlzyklus 1999 waren es 500 Millionen Dollar gewesen), während gleichzeitig die Grenze für Spenden von hartem Geld an einzelne Kandidaten von gegenwärtig 1.000 Dollar verdoppelt würden (durch sie kamen bei den letzten Wahlen 380 Millionen Dollar zusammen). Selbst Bush hat sich gezwungen gefühlt, die Maßnahme gegen die Opposition führender Republikaner im Kongress zu unterstützen. Aber wenn die Maßnahme beschlossen würde, würde sie wahrscheinlich nur eine kosmetische Wirkung haben. Wie bei früheren Reformen wird es nicht lange brauchen bis Anwälte und Wirtschaftsprüfer neue Wege finden, auf denen die Großkonzerne ihre politischen Marionetten finanzieren können

Symptom für ein krankes System

Ernsthafte bürgerliche Strategen erkennen, dass Enron nicht nur eine Firmenpleite ist, sondern eine Krise für das System darstellt. In einer seiner regelmäßigen Kolumnen in der New York Times schrieb der Ökonom Paul Krugman (der selbst erklären musste, dass er einer der vielen Akademiker und Journalisten auf der Gehaltsliste von Enron war): „Das Enron-Debakel ist nicht nur die Geschichte einer Firma, die pleite ging; es ist die Geschichte eines Systems, das pleite ging.“ Aber mit „System“ meint er den politisch-rechtlichen Rahmen - den institutionellen Überbau - und nicht das kapitalistische System selbst, das er nicht grundlegend in Frage stellt. „Schlüsselinstitutionen, die

unser wirtschaftliches System untermauern, wurden korrumpiert“, schreibt Krugman. Wie andere Strategen sieht er Reform als dringend, um eine Reaktion gegen das System zu verhindern, spekulative Exzesse zu begrenzen und (so hofft er) um sicherzustellen, dass der Markt effizienter funktioniert.



Dies ist eine äußerst oberflächliche Analyse. Es stimmt, dass alle fortgeschrittenen kapitalistischen Länder heute von Finanzkorruption infiziert sind. Aber dies ist kein oberflächliches, institutionelles Problem; es ergibt sich aus Prozessen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft wirken. Das Enron-Syndrom, das immer ansteckender werden wird, ist mit der gegenwärtigen Phase des internationalen Kapitalismus verbunden, der durch gieriges, schmarotzerhaftes Finanzkapital beherrscht wird. Die Dynamik der Wirtschaft wird zunehmend nicht durch die Produktion materieller Güter und die Bereitstellung nützlicher Dienstleistungen bestimmt, sondern durch das Aufschäumen von Geld, um mehr Geld zu machen. Tendenziell wird alles in eine Ware verwandelt, wobei „Ware“ ein Finanzinstrument bedeutet, das eine Einheit Elektrizität darstellt oder noch zu erzeugende Nahrungsmittel oder einen noch zu bauenden Bürokomplex, eine künftiges Devisengeschäft, eine Schuld oder was auch immer - ein „Vermögenswert“, der auf Finanzmärkten gehandelt werden kann (zunehmend eine elektronische Transaktion im Internet).

Enron ist ein Beispiel für das führende „Unternehmensmodell“ der achtziger und neunziger Jahre, der Periode der Reaktion des ultrafreien Marktes, als die sozialen Beschränkungen der Operationen des kapitalistischen Marktes stetig beseitigt wurden. Was hat Enron überhaupt tatsächlich produziert? Aus dem Blickwinkel der Bedürfnisse der Bevölkerung diente Enron keinem nützlichen Zweck. Seine Spekulationstätigkeit trieb die

Preise für Elektrizität und Gas für PrivatverbraucherInnen hoch (was sich während der Energiekrise in Kalifornien letztes Jahr zeigte). Die Firmenphilosophie von Enron-Boss Jeffrey Skilling war (nach dem Bericht des Wall Street Journal), dass „eine Firma nicht viel materielle Vermögenswerte braucht, um zu gedeihen...“ Er betonte, dass man „großes Eisen“, Werke und Maschinen loswerden müsse, in denen „Geld festlag, das im Handel profitabler eingesetzt werden konnte“. Enron gab zwar früher 60 Milliarden Dollar „Sachwerte“ an, aber es wird geschätzt, dass es jetzt nur etwa 10 bis 15 Milliarden Dollar an Gebäuden, Werken und Ausrüstung gibt.

Enron war zwar eine junge Schöpfung, seine Bosse wurden aber keineswegs als leichtsinnige Emporkömmlinge behandelt. Innovatoren aus Texas bekamen bereitwillig Unterstützung von etablierten Wall-Street-Banken, Wirtschaftsprüfern und Anwälten - die Hunderte von Millionen Dollars als Gebühren eintrrieben. „Ohne das finanzielle Schmierfett von der Wall Street“, gab das Wall Street Journal zu, „wäre Enron nicht zum größten Energiehändler und zur siebtgrößten Firma der Nation angewachsen“. Mit anderen Worten, Enron war das Produkt des US-Kapitalismus in den neunziger Jahren, einer rücksichtslosen aggressiven Phase, die den Höhepunkt des Prozesses darstellt, der sich nach dem Ende des langen Nachkriegsaufschwungs 1973 entfaltete und durch den Zusammenbruch der stalinistischen Staaten nach 1989 mächtig verstärkt wurde. In ihrem Drang zur Wiederherstellung der Rentabilität gab die Kapitalistenklasse ihre Unterstützung für den Sozialstaat (so begrenzt er in den USA war) auf und begann, die früher zugestandenen Verbesserungen des Lebensstandards und die Rechte der Arbeiterklasse zurückzunehmen. Der gewaltige Reichtum der Enron-Bosse spiegelt den tiefen Abgrund der Ungleichheit wider, den die neoliberale Politik in der Gesellschaft öffnete. Die Korruption der Politiker durch Enron ist nur ein Extrembeispiel für die allgemeine Korruption der Politiker und der Staatsmaschine durch die Großkonzerne.

Ein tiefgreifender Gegenschlag gegen das System

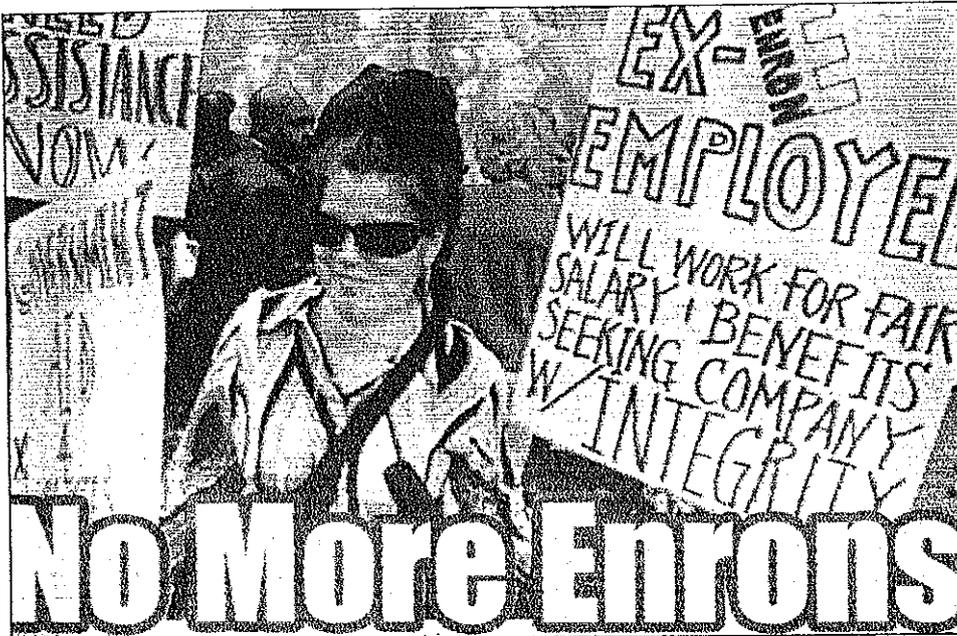
„Sperrt sie ein. Alle Führungsmitglieder von Enron und Arthur Andersen und dann noch ein paar“, forderte der Kolumnist von National Review, Larry Kudlow, der selbst zugab, 50.000 Dollar Beratungsgebühren von Enron erhalten zu haben. „Warum? Um das System der Konzernführung zu erhalten...“ Es gibt jetzt mehr als ein Dutzend Kongresskomitees, die den Enron-Zusammenbruch untersuchen. Bundesanwälte bereiten Anklagen gegen ein paar der Hauptübeltäter vor. Aber

wenn sowohl Republikaner als auch Demokraten bis zum Hals im schmutzigen Geld von Enron stecken und eine ganze Palette von Regierungsbeamten und Journalisten von der Großzügigkeit von Enron profitiert hat, ist es schwer zu glauben, dass sie alles enthüllen und die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen werden. Kein Zweifel, sie werden sich ein paar Verantwortliche im Zentrum der Verschwörung schnappen, sie als Sündenböcke nutzen, deren Prozess und

schlimmsten Fall, sagten manche Senatoren, kann das Enron-Debakel das Vertrauen des amerikanischen Volks und von Menschen auf der ganzen Welt in das kapitalistische System und die Investitionen, die es antreiben, untergraben. „Die Wut hier ist greifbar“, sagt Senator John Kerry, ein Demokrat aus Massachusetts. „Leben wurden ruiniert, viele Leben“. Eine ordentliche Untersuchung würde die Entlarvung der Rolle der Großbanken und Finanzhäuser, der Firmenanwälte und

„wegen Befangenheit ablehnen“ musste, weil sein Wahlkampf viel Geld von Enron bekam. In der Tat hat Enron diesen unklaren juristischen Ausdruck gebräuchlich gemacht. Er bezieht sich auf Richter oder Beamte, die wegen dem Verdacht der Voreingenommenheit zurücktreten. Nachdem Enrons hohe Zahlungen die Entscheidungen zu Steuersenkungen, Energiepolitik und Finanzregulierungen korrumpiert haben, drohen sie jetzt, so schrieb die New York Times (22. Januar) in einem Kommentar über die große Befangenheit, „die Untersuchung eines der größten Skandale der amerikanischen Geschichte zu behindern“.

Volle Untersuchung und angemessene Strafen verlangen eine wahrhaft unabhängige Untersuchungskommission, die aus gewählten VertreterInnen der Gewerkschaften und Stadtteil- und Kampagneorganisationen besteht - mit anderen Worten ein Tribunal, dessen Mitglieder keinen Anteil an dem morschen System haben, das durch den Enron-Skandal ans Licht kam. Nach Enron stünde der US-Kapitalismus vor einer unmittelbaren tiefen politischen Krise - wenn es eine Partei gäbe, die die arbeitenden Menschen vertritt. Solch eine Partei würde die wirkliche Bedeutung des Skandals aussprechen, nicht nur ein paar Firmen-Sündenböcke herauspicken, sondern das ganze morsche System anklagen. Auf dieser Grundlage könnte eine radikale antikapitalistische Massenpartei massive Unterstützung für eine sozialistische Alternative aufbauen. Beim Fehlen einer politischen Vertretung der arbeitenden Menschen wird es länger brauchen, bis alle Tatsachen über den Enron-Skandal und seine volle Bedeutung von einer breiteren Volksschicht in den USA und international verarbeitet werden. Trotzdem werden sich Wut und Abscheu vor der Gier und Korruption der Großkonzerne vertiefen, wenn die Details weiterhin herausickern und eine tiefgefühlte Reaktion auf die Morscheit des Systems wird in den kommenden Tagen eine tiefgreifende Wirkung auf das politische Bewusstsein haben.



Verurteilung das System freikaufen wird. Die Führer der Großkonzerne fürchten klar die wirtschaftlichen Auswirkungen von Enron. Hunderte größere Konzerne „berichtigen“ jetzt ihre Profite und revidieren früher aufgeblähte Posten nach unten. Dies hatte schon eine herabdrückende Wirkung auf Börsen und Investitionen. Aber sie fürchten den unausweichlichen politischen Gegenschlag noch mehr, nicht nur einen Rückprall gegen politische Korruption und Finanzkniffe an der Wahlurne, sondern eine viel tiefere gesellschaftliche Reaktion gegen kapitalistische Gier und die Brutalität von unbehinderten Marktkräften. Die New York Times kommentierte (13. Februar) über die Stimmung politischer Führer: „Vielleicht, im

Wirtschaftsprüfer, der US-Regierung und ihrer Regulierungsbehörden bedeuten - und die ganze Presse der Großkonzerne hat die Wirklichkeit hinter der Finanzseitenblase nicht berichtet. Eine wahre Anklageschrift würde die ganze Wall Street und das Establishment von Washington DC umfassen, die ganze Führung der herrschenden Klasse. Einzelheiten der Beschuldigungen wären praktisch eine systematische Untersuchung der letzten Periode des Kapitalismus des ultrafreien Marktes. Klar, dass keine solchen Verfahren vom Kongress oder dem US-Justizestablishment ausgehen werden. Es ist symptomatisch, dass der führende Gesetzesvertreter, Generalstaatsanwalt John Ashcroft, sich selbst von der Untersu-

Ty Moore: Washingtons Krieg weitet sich aus: USA raus aus Kolumbien (März 2002)

[Justice, Nr. 29, März-April 2002]

Eine neue Front in Bushs Krieg gegen den Terror wurde in Kolumbien eröffnet, wodurch ein alter Konflikt neu angeheizt wird. Am 6. März verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution zur Unterstützung des brutalen Krieges der kolumbianischen Regierung gegen die linken Guerillas, die kürzlich auf der US-Liste von terroristischen Organisationen hinzugefügt wurden. Die Resolu-

tion ist Teil der Kampagne der Bush-Regierung, die Kongressmittel für das korrupte, rechte Militär von Kolumbien zu vergrößern. Nachdem Clintons „Plan Columbia“ letztes Jahr mehr als 1,3 Milliarden Dollar ausgehändigt hat und dieses Jahr weitere 100 Millionen Dollar draufgesattelt werden, ist Kolumbien schon der drittgrößte Empfänger von US-Militärhilfe.

Im Februar brach Kolumbiens Präsident Andres Pastrana die Friedensverhandlungen mit der FARC, der größten der drei Guerillagruppen, ab und begann eine umfassende Militäroffensive, um die von der FARC kontrollierte „autonome Zone“ zurückzuholen. Die Wirkung in den kommenden Monaten ist schmerzlich leicht vorherzusagen: Tausende weitere ZivilistInnen getötet oder gezwungen, voll Entsetzten zu fliehen.



**PLAN COLOMBIA
A WOLF IN SHEEP'S CLOTHING**
Plan Colombia - ein Wolf im Schafspelz

Ein mit Öl angeheizter Krieg

„Plan Colombia“ war angeblich Teil eines „Kriegs gegen Drogen“. Jetzt wird uns gesagt, unsere Steuereurodollars werden in den Kampf gegen den Terrorismus in Kolumbien fließen. Aber das zahlreiche US-Militärpersonal in Kolumbien ist tendenziell ehrlicher. Bei Plan Colombia geht es um „die Verteidigung der Operationen von Occidental, British Petroleum und Texas Petroleum und die Sicherung der Kontrolle über künftige kolumbianische Ölfelder“, erklärte Stan Goff, früherer Sergeant der US-Spezialeinheiten, der bis vor kurzem kolumbianische „Antidrogen“-Bataillone ausbildete (zitiert im Oktober in der Tageszeitung *El Espectador* in Bogotá). „Das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten ist Öl“ Kolumbiens Ölproduktion kommt der Kuwaits vor dem Krieg nahe. Die USA importieren mehr Öl aus Kolumbien, Venezuela und Ecuador als aus den Ländern des Persischen Golfes. Aber die Operationen gingen für die Ölmultis nicht sehr glatt. Die Hauptpipeline von Occidental war im letzten Jahr 266 Tage lang außer Betrieb wegen Sabotage durch indigene Protestierende (deren Land Occidental besetzt und zerstört hat) und Guerillas. Kolumbien für US-Konzerne sicher zu machen, bedeutet, die Opposition zu zerschlagen.

Anne Patterson, die US-Botschafterin in Kolumbien, erklärt das Abkommen: „amerikanische Sondereinheiten und Profis von DynCorp [eine Söldnerfirma mit Sitz in Virginia] werden Kolumbianer ausbilden, die Pipeline von Oxy [=Occidental] zu schützen ... Es ist etwas, was wir ... für unsere Erdölversorgung und für der Vertrauen unserer Investoren machen müssen.“ Dieses Jahr beschloss der Kongress weitere 100 Millionen Dollar speziell für den Schutz der Pipeline von Occidental. Aber die herrschende Klasse der USA sorgt sich nicht bloß um Öl. Sie fürchten, dass der Konflikt in Kolumbien die ganze Region destabilisiert und weitere Kämpfe entfacht. Die Regierung im benachbarten Ecuador wurde 2000 von einem Bauernaufstand gestürzt. Es gab Massenkämpfe in Bolivien, Peru, Brasilien und kürzlich den Aufstand in Argentinien. Die populistische Regierung von Chávez in Venezuela wird als Bedrohung für US-Interessen gesehen. Indem die USA gewaltsam in Kolumbien intervenieren, senden sie eine klare Drohung nach Lateinamerika, auf Linie zu bleiben, sonst...

US-geförderter Terrorismus

Die kolumbianische Guerilla entstand vor 40 Jahren aus einem wirklichen Bauernaufstand. Aber heute schmücken sich diese Organisationen mit radikalen Farben, aber ihre Methoden von Entführungen, Ermordungen und Drogenhandel haben sie zu Recht in den Augen der meisten kolumbianischen ArbeiterInnen und BäuerInnen diskreditiert. Weder das politische Programm noch die Kampfmethoden der kolumbianischen Guerillas bieten für ArbeiterInnen und die Unterdrückten einen fortschrittlichen Weg vorwärts. Aber die wirklichen Terroristen und größten Drogenhändler in Kolumbien sind das offizielle Militär und seine rechten paramilitärischen Gruppen, die beide durch US-Steuerdollars finanziert werden. Am 4. März sagte es die *Washington Post* klar: „rechte paramilitärische Kräfte, die manchmal in stillschweigendem Einverständnis mit dem kolumbianischen Militär handeln, haben Hunderte von ländlichen Dorfbewohnern wegen angeblicher Komplizenschaft mit der Guerilla ermordet.“ In den ganzen neunziger Jahren haben Söldner mit Zentrale in den USA ein Gebiet von der Größe Floridas entlaubt, um den

Kokahandel der Guerilla zu zerstören. Sie waren zwar in Guerillagebieten teilweise erfolgreich, aber die gesamte Kokaproduktion hat sich seit Anfang der neunziger Jahre fast verdoppelt. Das liegt daran, dass die Produktion in den Gebieten konzentriert ist, die von den regierungsnahen Paramilitärs beherrscht werden. Die Regierung und paramilitärische Gruppen sind für über 70 Prozent der politischen Morde in den letzten zwei Jahren verantwortlich. GewerkschaftsaktivistInnen werden besonders aufs Korn genommen; seit 1986 wurden 3.800 GewerkschafterInnen ermordet. Weltweit sind drei von fünf ermordeten GewerkschaftsaktivistInnen KolumbianerInnen. Horden von US-Beratern und vom US-Außenministerium angestellten privaten Söldnerfirmen sind an dieser Unterdrückung eng beteiligt. Mehr als 10.000 Militärangehörige in Kolumbien wurden in der School of America (SOA) mit Sitz im US-Bundesstaat Georgia ausgebildet. In Ausbildungshandbüchern werden „Schüler“ ermutigt, die Leute zu foltern und zu ermorden, die an „Gewerkschaftsorganisation und -mitgliedergewinnung beteiligt sind“, „Propaganda zu Gunsten von Arbeiterinteressen“ verbreiten oder „mit Demonstrationen oder Streiks sympathisieren.“

„Wir haben Gründe, alle zu töten, die wir töten. Im Fall von Gewerkschaftern töten wir sie, weil sie andere vom Arbeiten abhalten.“

Carlos Castaño, Chef der AUC, der größten paramilitärischen Gruppe in Kolumbien

Am 10. März wählten KolumbianerInnen einen neuen Kongress. Obwohl sich 62 Prozent nicht an der Wahl beteiligten, erlitten die zwei herrschenden Parteien eine massive Niederlage. Die erfolgreichsten Stimmenfänger waren linke KandidatInnen, die gegen den Plan Colombia und die US/Pastrana-Strategie des „frontalen Krieges“ gegen die Guerilla eintraten. Unser Steuergeld finanziert, was ein besonders blutiges Kapitel in einem bereits schrecklichen Krieg zu werden verspricht. Wir müssen in den USA eine Bewegung aufbauen, die eine Außenpolitik ablehnt, die auf den Interessen der Konzernprofite beruht.

Eljeer Hawkins: Weltwirtschaftsforum trifft in New York auf Proteste (Frühjahr 2002)

[Justice Nr. 29, März-April 2002]

Vom 31. Januar bis 4. Februar begrüßten ArbeiterInnen, Jugendliche, UmweltschützerInnen und eine Palette von AktivistInnen die Konzerneliten des Weltwirtschaftsforums (WEF) mit begeisterter Protesten von über 10.000 Leuten in New York City.

Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und UNITE (Textilarbeitergewerkschaft) organisierten am 31. Januar ein bedeutendes Forum vor dem Gap, an dem 1.000 Leute teilnahmen. AFL-CIO organisierte das Forum unter dem Titel „Lasst die globale Wirtschaft für arbeitende Familien arbeiten“, mit RednerInnen aus China, Mexiko, Guatemala und den USA, die über die Wirkungen von Globalisierung und Arbeitsbedingungen sprachen. Während sich die AFL-CIO gegen die zerstörerischen Wirkungen der Konzernglobalisierung aussprach, war es eine halbherzige Sache, die gemacht wurde, ohne energisch für die Proteste gegen das WEF zu mobilisieren und an ihnen teilzunehmen. Indem sie die Hauptkundgebungen nicht unterstützten, die am 2.

Februar stattfanden, trennten sie die organisierte Arbeiterbewegung von breiteren Schichten von Jugendlichen und ArbeiterInnen. AFL-CIO gab der Medienpropaganda nach, dass die Proteste „gewalttätig“ sein würden und hielt die Forderung nach „nationaler Einheit“ während Bushs Krieg aufrecht.

Die Hauptkundgebung wurde am Samstag, 2. Februar, von dem Bündnis „Eine andere Welt ist möglich“ organisiert und mobilisierte annähernd 10.000 Protestierende, hauptsächlich junge Leute. Es war zwar in erster Linie ein Protest gegen das WEF und seine Konzernpolitik, hatte aber auch einen starken Antikriegscharakter. Das Ausmaß und der Rahmen der Proteste waren für die US-Antiglobalisierungsbewegung bedeutsam. Wie ein Organisator in „Village Voice“ (12. Februar 2002) erklärte: „Nach dem 11. 9. sagten alle, dass die Antiglobalisierungsprotestbewegung tot und begraben sei. Dies hat bewiesen, dass wir es nicht sind.“ Es gab starke öffentliche Unterstützung für die Demonstration. Die Kundgebungen waren

Donnerstag Freitag und am Samstag am Anfang friedlich. Die 201 Festnahmen fanden statt, nachdem die genehmigten Kundgebungen zu Ende waren und Gruppen direkte Aktionen machten. Mitglieder von Socialist Alternative erklärten die Notwendigkeit von friedlichen Massenprotesten mit OrdnerInnen, um der Polizei keine Vorwände für Provokationen zu geben. Es war beachtenswert, dass eine Schicht von jungen Leuten auf der Kundgebung breit war, sich auf ernsthaftere Diskussionen über die Notwendigkeit des Aufbaus von demokratischen Strukturen in der Bewegung und über die Art Programm und Strategie einzulassen, die Millionen von einfachen ArbeiterInnen anziehen würden, die von der sich vertiefenden Wirtschaftskrise getroffen werden. Mitglieder von Socialist Alternative nahmen an allen Hauptkundgebungen und -demonstrationen teil, verteilten 2000 Flugblätter und verkauften 250 Exemplare von Justice.

Philip Locker: Washington bereitet einen Krieg gegen den Irak vor (März 2002)

[Justice, Nr. 29, März-April 2002]

Gerade als es schien, dass die US-Militäraktionen im Ausland mit der Niederlage der Taliban heruntergeschraubt würden, eskalierte die Bush-Regierung ihre Kriegsrhetorik. In seiner Rede zur Lage der Nation erklärte Bush Irak, Iran und Nordkorea zu einer „Achse des Bösen“ und machte seine Absicht deutlich, gegen sie vorzugehen.

Bush beutete zynisch die ehrliche Wut und den plötzlichen Verlust von Sicherheit in der amerikanischen Öffentlichkeit nach den schrecklichen terroristischen Anschlägen am 11. September aus, um den Krieg gegen Afghanistan zu beginnen. Der Zweck von Bushs Krieg gegen Afghanistan war nicht, den Opfern der schrecklichen terroristischen Gräueltat vom 11. September Gerechtigkeit zu bringen, sondern das Prestige und die Macht der herrschenden Klasse der USA wieder herzustellen.

Diese Aktionen werden den AmerikanerInnen keine vergrößerte Sicherheit und Stabilität bringen, sondern verschärfen die Bedingungen von globaler Armut, Instabilität und Durcheinander, die zu terroristischen Handlungen führen.

Jetzt droht Bush, seinen Krieg auf die ganze Welt auszudehnen, auf Länder und Organisationen, die absolut keine Verbin-

dung zu den terroristischen Anschlägen am 11. 9. oder internationalen terroristischen Netzwerken haben. Außenminister Colin Powell beschreibt die Regime, die von der US-Außenpolitik als Ziele beschrieben werden als „jedes Land jetzt, das eine despotische Führung hat, die ihr Volk nicht vertritt, die keine marktwirtschaftlichen Systeme einführt“ (New York Times, 28. 2. 2002) Diese Definition zeigt, dass trotz Bushs



„Herr Präsident, wir liebten Ihre Rede zur Lage der Nation! Ihre Stärke und Entschlossenheit erinnerten an die Gute Alte Zeit!“ - „Ja! Sie sehen positiv reaganmäßig aus, da unten!“ - „Es geht aufwärts, Jungs!“ (Elefant und Esel sind die Maskottchen der beiden Konzern-Parteien)

Behauptung, dass dies ein Krieg gegen den Terrorismus sei, die herrschende Klasse der USA viel weitergehende Ziele hat.

Die USA verstärken ihre militärischen Aktivitäten auf der ganzen Welt angeblich, um mutmaßliche Terroristen zu beseitigen. Die USA haben ihre Beteiligung in Kolumbien vergrößert, 500 SoldatInnen auf die Philippinen gesandt, 100 SoldatInnen nach Jemen und 150 „MilitärbilderInnen“ nach Georgien.

Die Bush-Regierung versucht klar, ihren Feinden so viele Schläge wie möglich zu versetzen, ihre Vorherrschaft und Interessen überall auf der Welt kraftvoller durchzusetzen.

Militäraktion gegen den Irak

Aber das Hauptziel ist der Irak, das einzige Land, gegen das die USA ernsthaft einen unmittelbaren umfassenden Krieg vorbereitet.

Washington hat eine aggressive Kampagne für einen „Regimewechsel“ im Irak (die Vertreibung Saddam Husseins von der Macht) begonnen, die möglicherweise eine Invasion mit 200.000 Bodentruppen umfassen könnte.

Die Bush-Regierung prüft den Boden für US-Aktionen gegen den Irak, indem sie Vizepräsident Dick Cheney auf eine 11-Nationen-Tour des Nahen Ostens schickt. „Cheneys Job wird sein, den Weg für eine wahrscheinliche Militärkampagne zum Sturz des drohendsten Führers der „Achsenländer“ zu bereiten: Iraks starken Mann Saddam Hussein.“ (Business Week, 4. März 2002). Der Artikel zitiert einen anderen Regierungsbeamten mit den Worten. „Wenn er keine Änderung macht, werden wir angreifen.“

Die US-Strategie ist, aggressiv zu verlangen, dass der Irak wieder (von den USA kontrollierte) UN-Waffeninspektoren ins Land lässt. US-Beamte haben offen erklärt, dass sie hoffen, Saddam zu provozieren, diese Vorschläge abzulehnen oder eine Art Konfrontation zu erzwingen, um einen politischen und diplomatischen Vorwand für eine US-Militäraktion zu schaffen.

Bush versucht, seine Kriegsziele hinter einem „legitimen“ UN-Mandat zu verstecken, um mehr Unterstützung international und innenpolitisch für einen Schlag gegen den Irak zu gewinnen.

Die Presse war voll von Artikeln, die behaupten, dass der Irak neue chemische, biologische und Atomwaffen erlangt, und versucht, einen Fall von amerikanischer Selbstverteidigung zu konstruieren. Aber es gibt absolut keine Beweise, dass der Irak auf irgend eine Weise mit den Terroranschlägen vom 11. 9. oder dem al-Qa'ida-Netzwerk verbunden wäre.

Ironischerweise zeigt, während der Irak und andere Regierungen wegen der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch die Bush-Regierung bedroht wer-

den, eine durchgesickerte Übersicht des Pentagon über die Atompolitik, dass die USA vorbeugende Atomschläge machen könnten, egal ob das aufs Korn genommene Land Atomwaffen herstellen kann. Sie fordert auch die Entwicklung kleinerer Atomwaffen „mit niedriger Wirkung“ zum Einsatz neben konventionellen Waffen, was, wenn es umgesetzt würde, bedeuten würde, dass die USA Atomwaffen gegen den Irak verwenden könnten.

Saddam Hussein — ein US-Verbündeter, der schief gegangen ist

Während der achtziger Jahre entwickelte die US-Regierung Irak zu einem Verbündeten zur Durchführung ihrer außenpolitischen Interessen im Nahen Osten. Nach der islamisch-fundamentalistischen Revolution 1979 im Iran ermutigten die USA Saddam Hussein, die mächtige irakische Armee zum Einmarsch im Iran und zum Sieg über dessen Regierung zu verwenden.

Die US-Regierung belieferte den Irak mit Waffen, um einen blutigen, achtjährigen Krieg zu führen, in dem die Verluste eine Million überstiegen. Zu jener Zeit verschlossen die USA bequemerweise die Augen vor dem Einsatz von chemischen Waffen durch den Irak gegen iranische Truppen. Dass der Irak den Krieg nicht gewann, kostete ihn 300 Milliarden Dollar, ließ ihn mit massiven Schulden zurück und Hussein kämpfte, um an der Macht zu bleiben.

Dann, 1990, heckte Hussein einen Plan aus, in Kuwait einzufallen, um sein Image aufzupolieren. Seine Pläne wurden einer US-Botschafterin vor der Invasion privat mitgeteilt, die dachte, dass „die USA zu einem arabisch-arabischen Konflikt wie Ihren Grenzkonflikt mit Kuwait keine Meinung haben“. (Militant International Review, 1991)

Die USA nahmen irrtümlich an, dass Hussein nur geplant hätte, eine umstrittene Ölquelle an der Grenze zu Kuwait einzunehmen, was die USA ihm zugestehen wollte, um so einem Verbündeten zu helfen. Statt dessen fiel der Irak im ganzen Land Kuwait ein.

Erst später sah die US-Regierung eine Chance, einen Golfkrieg gegen den Irak als Mittel zur Förderung der US-Interessen in dieser ölreichen Region zu gewinnen. Der US-Imperialismus fürchtete, dass der Irak mit Kuwaits Reserven zu viel vom Weltölmarkt kontrolliere und potenziell drohe, Saudi-Arabiens Ölfelder einzunehmen.

Mit der Beseitigung der anderen führenden Supermacht in der Region, der Sowjetunion, nutzte die US-Regierung die Chance, eine neue Allianz zu schmieden und ihre Militärpräsenz in dem Gebiet aufzubauen, indem sie Truppen zum ersten Mal auf saudischem Gebiet stationierte und die Türkei näher in ihre Umlaufbahn zog. Bush Senior zog eine Mili-

tärallianz zusammen und begann einen umfassenden Krieg, um Kuwait zu „befreien“.

Nachdem die USA Irak aus Kuwait vertrieben hatte, traf sie die bewusste Entscheidung, nicht im Irak einzufallen, um Saddam Hussein zu stürzen, weil sie die möglichen Folgen solch einer Aktion fürchteten.

Eine Bodeninvasion im Irak warf die Gefahr einer Radikalisierung und sozialer Unruhen in der ganzen arabischen Welt auf, ebenso schwere US-Verluste. Die führenden Strategen der USA argumentierten, dass es besser sei, „mit dem Teufel, den man kennt, zu tun zu haben, als mit dem Teufel, den man nicht kennt.“ Was würde Saddams Regime ersetzen? Saddam zu entfernen rief die Gefahr hervor, dass der irakische Staat auseinanderbrechen würde, woraus ein kurdischer Staat hervorgehen würde. Das würde die Region ernsthaft destabilisieren, besonders die Türkei (ein Schlüsselverbündeter der USA in der Region) und das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zu Gunsten Irans ändern, den die USA völlig ablehnten. Um solch ein Szenario zu vermeiden, hätten die USA den Irak besetzen müssen, um die Stabilität aufrecht zu erhalten — keine angenehme Aussicht.

Rumsfeld in der Offensive

Die USA haben seit dem Ende des Golfkriegs eine fortgesetzte Kampagne gegen den Irak geführt, die aus einer Wirtschaftsblockade, periodischen Luftschlägen und Forderungen nach UN-Waffeninspektionen bestand. Die Sanktionen haben verzweifelt benötigte Nahrungs- und Medikamentenvorräte abgeschnitten und eine massive humanitäre Katastrophe erzeugt. Es wird geschätzt, dass über eine Million irakische ZivilistInnen als direktes Ergebnis der Wirtschaftssanktionen gestorben sind, die Mehrheit von ihnen Kinder. Seit dem Golfkrieg war der rechte Flügel der Republikaner ständig besessen von dem anscheinenden Versagen der US-Macht, Saddam zu entfernen und hat ständig dafür gekämpft, dass die USA „die Arbeit vollenden“.

Jetzt ist der US-Imperialismus nach dem schnellen Sieg in Afghanistan vorübergehend gestärkt und der Falkenflügel von Rumsfeld in der Bush-Regierung ist am Steuer. Sie sehen die Gelegenheit, das „irakische Problem“ endgültig zu lösen, das sie als eine Quelle von Ärger und Störung sehen.

Pentagonbeamte sagen, dass die USA Monate Vorbereitung brauchen werden, bevor sie in den Krieg ziehen werden, wahrscheinlich nicht vor dem Sommer. Die USA brauchen Zeit, um die amerikanische Öffentlichkeit auf die „Notwendigkeit“, den Irak anzugreifen, „vorzubereiten“, internationale Unterstützung zu sammeln, die Scharade der UN-Verhandlungen um Waffeninspektionen zu

durchlaufen und die notwendigen Waffen und Truppen in der Region zu versam-

über die produktiven Ressourcen ihrer Länder übernehmen und neue demokrati-

Bevölkerung unterstützt werden, wenn die Medien und Politiker eine neue Welle von nationalistischer Leidenschaft aufpeitschen.

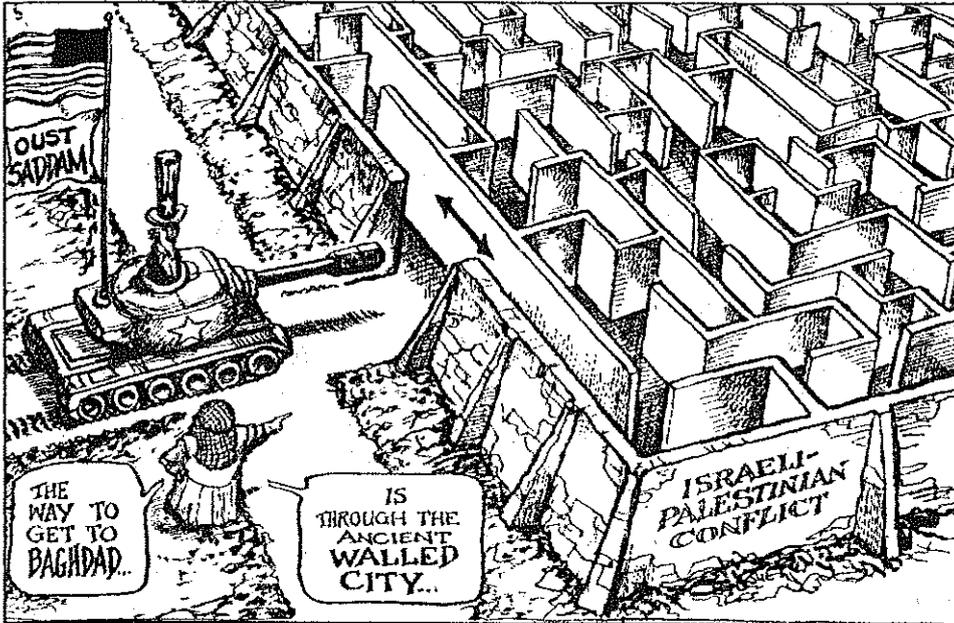
Aber eine bedeutsame Minderheit, die wesentlich größer sein wird als die, die gegen den Krieg in Afghanistan war, wird gegen den Krieg im Irak sein. Es wird ohne jede direkte Verbindung zum 11. 9. viel härter sein, eine neue Militäraktion gegenüber der US-Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Die Grundlage für den Aufbau einer mächtigen Antikriegsbewegung wird bestehen. Die Antikriegsbewegung wird in der Lage sein, auf den bestehenden Organisationen und Erfahrungen aufzubauen, die in der Mobilisierung gegen den Krieg in Afghanistan aufgebaut wurden.

Die Antikriegsbewegung muss jetzt beginnen, ihre Opposition gegen einen Krieg im Irak deutlich zu machen. Wir müssen ArbeiterInnen und Jugendliche über die wirklichen Interessen der USA informieren, ihre Rolle bei der Verteidigung von Ölinteressen, Billiglohnarbeit und den Profiten der multinationalen Konzerne erklären und die Kosten eines solchen Krieges mit den wirtschaftlichen Leiden verbinden, die für die ArbeiterInnen und Jugendlichen durch seine Politik zu Hause erzeugt werden.

Die Ereignisse des 11. 9. und der daraus folgende Krieg waren eine Weckruf an die Menschheit, was für eine schreckliche Zukunft der Kapitalismus bereitet. Der Kapitalismus ist unfähig, einen angemessenen Lebensstandard oder eine friedliche und sichere Zukunft für die Menschheit zu schaffen. Er kann nur einen Albtraum von terroristischen Gräueltaten, Kriegen, Rassismus und brutaler Unterdrückung bedeuten.

Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, für eine Alternative zu diesem Wahnsinn zu kämpfen. Wir müssen mit der Organisierung einer mächtigen Antikriegsbewegung im „Bauch der Bestie“ beginnen und für eine neue sozialistische Welt kämpfen.



meln. Die US-Regierung scheint sich auf einen Kriegskurs gegen Irak festgelegt zu haben. Aber die Ereignisse im Nahen Osten und anderswo können Rumsfelds und Powells Pläne durchkreuzen und US-Militäraktionen undurchführbar machen. Angst, eine Explosion von Wut im Nahen Osten zu erzeugen und die ganze Region zu destabilisieren, könnte Bush immer noch zwingen, einen großen Einmarsch im Irak sein zu lassen. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat schon den Siedepunkt erreicht. Die saudische Monarchie und andere reaktionäre Regime in der Region sind zunehmend instabil, da sie wegen der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus massiver interner Opposition gegenüberstehen. *Business Week* hat es deutlich gesagt: „die USA wagen es nicht, die Region weiter in Flammen zu setzen, indem sie den Irak aufs Ziel nehmen.“

Schluss mit dem Kreislauf von Terrorismus und Krieg

Socialist Alternative lehnt alle Militäraktionen der Bush-Regierung gegen den Irak oder andere Länder in ihrem „Krieg gegen den Terrorismus“ völlig ab. Wir lehnen Terrorismus ab und verurteilen die Anschläge vom 11. 9., die nur Bush und den Großkonzernen in die Hände spielten. Aber Militärinterventionen lösen keines der Probleme, die zu den Anschlägen vom 11. 9. führten. Es sind die beklagenswerten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die der Kapitalismus überall auf dem Erdball geschaffen hat, die solche Aufstände wie in Argentinien, Guerillabewegungen wie in Kolumbien und in den verzweifeltsten, hoffnungslosesten Lagen Akte von Terrorismus erzeugen. Nur wenn die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der Welt die Kontrolle

sche Regierungen errichten, können diese zugrunde liegenden sozialen Bedingungen überwunden werden. Nur dann werden die Völker der Welt in Sicherheit und Stabilität leben.

Ein neuer Krieg gegen den Irak wird ein Krieg für die Ölbarone, die US-Großkonzerne und für die Macht und das Prestige des US-Imperialismus sein. Er wird ein Versuch zur Einschüchterung unterdrückter Völker überall auf der Welt sein, um sie davon abzuhalten, in den Kampf zu treten. Es werden nicht die Söhne und Töchter der Reichen sein, die in diesem Krieg kämpfen werden, sondern die der Arbeiterklasse, die davon nichts zu gewinnen haben. Es werden die ArbeiterInnen und Jugendlichen in den USA sein, die die Rechnung für den immer ausge dehnteren „Krieg gegen den Terrorismus“ in Form von Kürzungen in Sozialprogrammen und vergrößerten Steuern präsentiert kriegen.

Die Fähigkeit der USA, einen Krieg gegen Afghanistan zu beginnen, wurde durch Gefühle der Empörung und Unsicherheit unterstützt, als 3.000 Menschen am 11. 9. plötzlich auf amerikarischem Boden getötet wurden. Anfänglich wird wahrscheinlich auch ein US-Krieg gegen den Irak von großen Teilen der



Werden die USA im Irak einfallen? (April 2002)

[Leitartikel, *Socialism Today*, Nr. 64, April 2002]

Die USA scheinen jetzt die Absicht zu haben, vor Jahresende einen militärischen Angriff auf den Irak zu machen. Das offene Ziel ist eine Änderung des Regimes, Saddam loszuwerden. Es ist keineswegs klar, welches Ausmaß der Angriff haben wird und ob er eine Bodeninvasion umfassen wird. Nach Berichten hat Bush seinen Beratern bis zum 15. April Zeit gegeben, „einen geronnenen Plan“ zu liefern.

Die Falken werden vom Verteidigungsministerium unter Donald Rumsfeld und dem besonders kriegesüchtigen Paul Wolfowitz angeführt, der einen allgemeinen Militärangriff unter Einschluss von Bodentruppen befürwortet. Trotz seiner jüngsten Lippenbekenntnisse zu Bushs Irakpolitik ist Außenminister Colin Powell nach Berichten immer noch zutiefst skeptisch, ob so ein Angriff weise und machbar ist. Obendrein sind die meisten Militärkommandeure, die für jede Operation verantwortlich wären, anders als die politischen Bosse sehr reserviert gegenüber einem umfassenden Angriff auf den Irak.

sind besonders verwundbar durch einen Aufruhr.

Die unmittelbarste Komplikation für die USA ist die Eskalation des Konflikts zwischen dem israelischen Staat und den PalästinenserInnen. Solange dies weitergeht, kann man sich gleichzeitige US-Operationen gegen Bagdad kaum vorstellen. Selbst einen israelisch-palästinensischen Waffenstillstand herbeizuführen, wird äußerst schwierig sein, wie Bushs „Friedensbotschafter“ General Anthony Zinni gerade herausfindet. Obendrein war die Mission von Vizepräsident Cheney in der Region ein völliger Fehlschlag. Alle arabischen Herrscher haben ihre Opposition gegen einen US-Angriff auf den Irak deutlich gemacht. Jede Idee, dass die USA eine plausible Vereinbarung zustande bringen und Israel und die palästinensischen Führer vor Jahresende in ernsthaften Verhandlungen zusammenbringen kann, erscheint phantastisch.

Obendrein zeigen die jüngsten Ereignisse in Afghanistan, dass der Krieg in diesem

Osten, mögliche Komplikationen in Afghanistan und weitere unerwartete internationale Krisen können leicht Bushs gegenwärtige Absichten durchkreuzen.

Falken im Aufwind

Bush und den rechten Republikanern juckt es seit langem in den Fingern, Saddam zu stürzen. Sie betrachten das als unerledigte Aufgabe aus dem Golfkrieg 1990-91 und vergessen die Gründe, warum Bush Senior den Angriff auf Bagdad stoppte. Damals erkannte die US-Führung, dass ein Angriff auf Bagdad fast gewiss große US-Verluste bedeuten würde. Sie hatten keinen klaren Plan zum Herausbilden eines Nachfolgeregimes und fürchteten ein mögliches Auseinanderbrechen des Landes, das zum Eingreifen der Türkei und des Iran geführt hätte. Obendrein hätte die Zerschlagung von Saddams Regime eine Periode von US-Militärbesatzung und massive Wiederaufbaukosten eines zerstörten Landes bedeutet. Bush würde heute vor den selben Problemen stehen, wenn er im Irak einfällt, aber die Bush-Führung hat sie beiseite gewischt. Für sie ist Saddam ein unerträglicher Stachel im Fleisch und sie haben die fixe Idee, ihn zu beseitigen.

Ein Angriff auf den Irak wird als die Fortsetzung des „Krieges gegen den Terrorismus“ dargestellt. Aber es wurden keine glaubwürdigen Beweise für Verbindungen zwischen Saddams Regime und den Selbstmordattentätern vom 11. September vorgelegt. Die meisten von ihnen wurden von Oppositionselementen in Saudi-Arabien, einem der Hauptverbündeten der USA in der Region, finanziert und ausgebildet. Eine weitere Rechtfertigung für einen Angriff ist, dass Saddam Massenvernichtungswaffen habe. Es gibt aber keine Beweise, dass er eine verwendbare Atomwaffe habe oder dicht daran sei. Zweifellos hat das Regime groteske chemische und biologische Waffen und Saddam zeigte während dem Krieg mit dem Iran (als er die Unterstützung der westlichen Mächte hatte) und auch gegen die KurdInnen, dass er bereit war, sie zu nutzen. Solche Waffen sind zweifellos eine Gefahr für die umgebenden Staaten und Oppositionskräfte im Irak und eine einmarschierende Armee. Aber nichts deutet darauf hin, dass Saddam heute gefährlicher als in der Vergangenheit ist, so lange das Überleben seines Regimes nicht bedroht ist. Sein wirkliches Verbrechen in den Augen der USA ist, dass sein bloßes Überleben eine Herausforderung der militärischen Glaubwürdigkeit der USA und ihrer Herrschaft über die Region ist. Bush und seine Berater scheinen zu glauben, dass die von Bush



Abgesehen von Tony Blair, der als Bushs kleiner Trommler dient, sind die Führer der europäischen Verbündeten der USA entsetzt über die Wendung in der US-Politik. Öffentlich sind sie überwiegend diplomatisch, aber hinter den Kulissen sind die europäischen Führer von der Aussicht auf einen Angriff auf den Irak abgestoßen, der eine viel ernsthaftere Krise im ganzen Nahen Osten auslösen würde. Auch Führer der arabischen Regime fürchten die Folgen. Manche würden vielleicht privat den Abgang Saddams begrüßen, sie fürchten aber die Massenrevolte ihrer eigenen Bevölkerungen. Die Regime in Ägypten und Saudi-Arabien, zwei Schlüsselverbündete der USA im Nahen Osten

Land keineswegs vorbei ist. Der frühere NATO-Kommandeur General Wesley Clark kommentierte die fortgesetzten Operationen gegen al-Qa'ida-Kämpfer und Konflikte zwischen örtlichen Kriegsherren mit den Worten: „Wir sind weit davon entfernt, dass dies vorbei ist und es könnte immer noch alles schief gehen“. (Daily Telegraph, 22. März)

Die Bush-Führung mag entschlossen sein, Saddam mittels Militäraktion zu stürzen. Es kann sicher nicht ausgeschlossen werden, dass sie Luftangriffe beginnen und sogar eine Bodeninvasion vorbereiten. Es ist aber eine andere Sache, ob sie in der Lage sein werden, das durchzuziehen. Der Konflikt im Nahen

Senior verkündete neue Weltordnung ein Erfolg gewesen wäre, wenn nur Saddam 1991 gestürzt worden wäre. Sie sind völlig in dem Wahn befangen, dass sie die Neue Weltordnung II errichten können, die Stabilität und Frieden bringen wird, wenn sie Saddam zerstören können.

Irak ist nicht Afghanistan

Der Irak ist nicht Afghanistan. Aber die Falken glauben, dass sie ihren Erfolg wiederholen können, indem sie Spezialeinheiten verwenden und sich mit einheimischen Gegnern von Saddams Regime verbinden. Sie glauben, dass erneut ein Sieg mit minimalen US-Verlusten schnell erreicht werden kann.

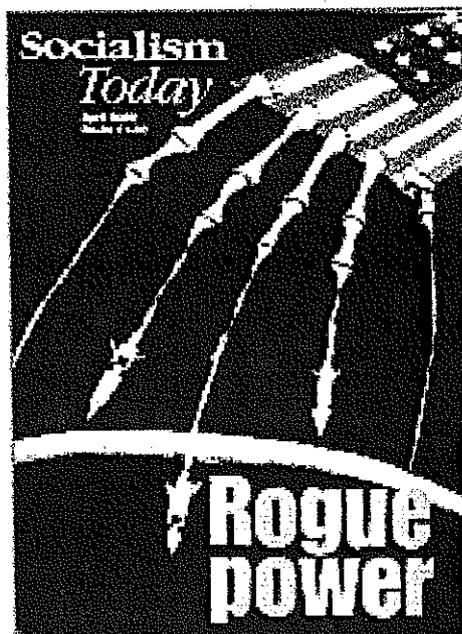
Saddam hat anders als die Taliban einen gefestigten Staatsapparat und für eine Regionalmacht gewaltige Militärkräfte. Ihre Widerstandskraft kann nur im Kampf festgestellt werden. Aber US-Militärkommandeure tun ihre Wirksamkeit nicht so leicht ab wie Falken wie Wolfowitz und Richard Perle. Der Großteil der irakischen Armee sind Wehrpflichtige, aber das Regime hat auch die Republikanischen Garden, die Speziellen Republikanischen Garden und andere Spezialkräfte. Es wäre für jeden Angreifer leichtsinnig, anzunehmen, dass sie nicht bereit zum Kämpfen wären. Saddam hat auch eine Luftwaffe und Luftverteidigung, die den Taliban völlig fehlte.

Es gibt kein Gegenstück zur Nordallianz im Irak. Das Pentagon hat sein Vertrauen (und 4 Millionen Dollar) in den Irakischen Nationalkongress (INC) gesteckt, der nach seiner Behauptung die „irakische Opposition“ ist. Diese Gruppe hat ihren Sitz in London und besteht hauptsächlich aus bürgerlichen Familien, die nach dem Fall der von den Briten eingesetzten Monarchie 1958 flohen. Nach Berichten haben die Militärkommandeure und viele außenpolitische Berater überhaupt kein Vertrauen in den INC, der keine aktiven Kampfeinheiten innerhalb des Irak hat. Das Außenministerium unterstützt eine Alternativgruppe einschließlich der Irakischen Nationaleinheit (Iraki National Accord), die von Emigranten geführt wird, die den Irak in den siebziger Jahren verließen. Sie hoffen, dass sie Mitglieder von Saddams Offizierskorps zum Anschluss an eine Oppositionsbewegung verleiten können. Sie hoffen auch, dass sie Opposition von kurdischen Organisationen im Norden und schiitischen Gruppen im Süden mobilisieren können. Aber weder die KurdInnen noch die SchiitInnen haben vergessen, dass die USA von weitem zusahen, als sie sich [1991] gegen Saddam erhoben und das Regime sie brutal unterdrückte. Es gibt keine Gegenstücke zur Nordallianz und den paschtunischen Kriegsherren, auf die sich die USA als erfahrene Ersatzkampftruppen stützen konnten.

Saddam leistete gegen den massiven US-Angriff 1990-91 hartnäckig Widerstand und überlebte und trotzte seitdem der Blockade und Luftangriffen auf kleiner Schwelle. Wenn er einem Angriff gegenübersteht, der ausdrücklich die Beendigung seiner Herrschaft zum Ziel hat, ist es sehr wahrscheinlich, dass er bis zum Ende kämpfen wird. Vielleicht wird sein Regime unter dem Druck zusammenbrechen. Auf der anderen Seite kann es lange genug überleben, dass Saddam seine tödlichsten Waffen gegen eine einmarschierende Armee einsetzen kann und sie massive Verluste hat. Vielleicht greift er auch Israel an und provoziert Gegenangriffe, die arabische Regimes in einen Regionalkrieg ziehen würden.

Bushs Lieblingsberater scheinen zu glauben, dass ein Sieg mit Luftangriffen, Sondereinheiten und einer US-Bodentruppe von zwischen 150.000 und 200.000 Leuten erreicht werden kann. Eine Reihe von Kommandeuren und Exkommandeuren meint aber, dass die USA ähnliche Truppen wie im Golf brauchen würden, das heißt etwa 500.000. Angesichts der Weigerung der meisten arabischen Regime mit der Ausnahme von Kuwait und möglicherweise ein oder zwei winzigen Golfstaaten, den Einsatz ihrer Basen für einen Angriff auf den Irak zuzulassen, scheinen die logistischen Probleme der Mobilisierung so einer Invasionsarmee fast unüberwindlich.

„Wir müssen einen weiten Weg gehen, um es anzufangen“, sagt ein früherer Geheimdienstbeamter. „Aber wie beenden wir es?“ Zu Bushs Begierde, Saddam loszuwerden, sagt er: „Es ist ein Schneeball, der einen Hügel herunterrollt und in Schwung gerät. Er wird immer größer, aber niemand [in der Regierung] weiß, was sie machen werden“. (Seymour Hersh, New Yorker, 11. März)



Eine „Hypermacht in Alleingang“

Gegenwärtig haben die Falken im Weißen Haus freie Flugbahn. Bush nutzt den Schwung durch den unerwartet schnellen Sieg in Afghanistan. Die Probleme der Stabilisierung und des Wiederaufbaus des kriegszerstörten Landes müssen erst ins allgemeine Bewusstsein dringen. Als Reaktion auf den 11. September ist die allgemeine Stimmung in den USA, alle Maßnahmen zu unterstützen, von denen gesagt wird, dass sie zur Sicherheit zu Hause und zur Verteidigung der US-Interessen international notwendig sind. Bush hat dies genutzt, um Unterstützung für eine starke Führung im „Krieg gegen den Terrorismus“ zu gewinnen und autonome und sogar diktatorische Machtbefugnisse zu fordern, die dem Präsidenten nach dem Vietnamkrieg und dem Watergate-skandal genommen wurden.

Bushs Kurs ist eine Widerspiegelung der gegenwärtigen Flugbahn des US-Imperialismus. In den achtziger und besonders in den neunziger Jahren errichteten die USA eine beispiellose wirtschaftliche Vorherrschaft über die Weltwirtschaft. Unter Reagan vermehrten die USA auch massiv ihre Militärmacht. Nach einer kurzen Pause nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten drängt Bush jetzt auf eine neue Aufrüstung, obwohl die USA schon eine geschichtlich beispiellose Militärvorherrschaft haben. Sein vorgeschlagener Militärhaushalt wird eine Erhöhung der Ausgaben um 48 Milliarden Dollar im nächsten Jahr bedeuten. Die Militärausgaben werden sich 2001-02 auf 379 Milliarden US-Dollar belaufen und können 2007 450 Milliarden Dollar betragen. Darin sind die Ausgaben des Energieministeriums für die Atomwaffenforschung und -entwicklung oder Ausgaben für „Zivilschutz“ nicht enthalten.

Die Aufrüstung ist die Begleitung einer anmaßenderen, aggressiveren internationalen Rolle des US-Imperialismus. Die Supermacht wird zur Hypermacht, die im Alleingang handelt und zunehmend Militärmacht als Hauptlösung für internationale Probleme sieht. Die kürzlich durchgesickerte Nuclear Posture Review zeigt eine strategische Politik auf der Grundlage der Vorstellung eines möglichen vorbeugenden Atomschlags gegen eine Liste von Atomwaffen- und Nichtatomwaffenstaaten. Pläne für die Entwicklung einer neuer Art von sogenannten taktischen Atomwaffen werden schon umgesetzt, die nach Meinung des Pentagons auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden könnten. Die USA haben auch ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, eine ganze Reihe von internationalen Verträgen zu kündigen: über Atomtests, Verbreitung von Atomwaffen, Kontrolle und Inspektion chemischer und biologischer Waffen und auch Umweltverträge. Die USA wenden sich internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen nur zu, wenn sie

glauben, sie können sie zur Legitimierung ihrer Politik nutzen. Von US-Verbündeten, einschließlich ihren führenden NATO-Partnern wird erwartet, dass sie sich wie loyale Gefolgsleute einreihen.

Der Interventionismus der USA im Alleingang hat schon zu beispiellosen Spannungen zwischen den USA und führenden Verbündeten in Europa (natürlich mit Ausnahme von Blair) geführt. Ein größerer bewaffneter Angriff auf den Irak wird noch größere Gegensätze zwischen der US-Supermacht und den anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern schaffen. Der rücksichtslose Einsatz von Militärmacht wird keineswegs die Probleme lösen, sondern die internationalen Konflikte verstärken. Bushs Zugeständnisse unter dem Druck von internationaler

Kritik, die US-Auslandshilfe zu vergrößern, bedeutet, dass die reichste Nation der Welt immer noch einen mickrigen Beitrag zur Milderung der Armut leistet. Das Managen der Welt wird für die US-Supermacht nicht leichter sondern schwerer. Der Imperialismus greift immer mehr zur Gewalt, während die kapitalistische Weltwirtschaft tiefer in die Krise rutscht. Bushs Entscheidung, Schutzzölle für US-Stahlimporte zu verhängen, hauptsächlich aus Wahltaktik, stellt den Beginn eines sich entwickelnden Handelskrieges dar. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat schon den Ölpreis hochgetrieben und ein Angriff auf den Irak würde ihn auf Krisenniveau hochtreiben. Das könnte die Erholung in den USA und anderen füh-

renden kapitalistischen Wirtschaften entscheidend durchkreuzen. Bush hat immer noch überwiegende Unterstützung in den USA für seine „Krieg gegen den Terrorismus“-Politik. Anfänglich wird es wahrscheinlich Unterstützung für einen Schlag gegen den Irak geben. Trotzdem können wir eine starke Protestbewegung gegen die US-Militäraktion erwarten. International wird es Antikriegs-Massenbewegungen geben. Sie werden Teil einer stärker werdenden Bewegung von ArbeiterInnen und jungen Menschen gegen imperialistische Intervention, neoliberale Wirtschaftspolitik und korrupte bürgerliche Regierungen sein — kurz gesagt: gegen die Alte Weltordnung des Kapitalismus.

Lynn Walsh: Bushs geheime Atomwaffenpläne (April 2002)

Die US-Supermacht entwickelt unter der Leitung von Bush eine neue Sorte von sogenannten taktischen atomaren Gefechtsfeldwaffen. Das Pentagon hat heimlich Pläne für mögliche vorbeugende Atomschläge gegen eine Liste von Staaten entworfen — die jetzt in durchgesickerten Teilen der Nuclear Posture Review [Übersicht über die atomare Lage] enthüllt wurden.

Die neueste Nuclear Posture Review des Pentagon, die dem Kongress Ende letzten Jahres übermittelt wurde, hat zwei Ebenen. Der öffentliche Teil wurde Anfang Januar veröffentlicht. Der streng geheime Teil, der eine schreckliche neue Wendung in der Atomwaffenpolitik des Pentagon enthüllt, sickerte Anfang März an die Presse durch. Das Dokument zeigt, dass die US-Supermacht, die schon eine geschichtlich beispiellose militärische Vorherrschaft besitzt, entschlossen ist, noch größere Macht zu erlangen. Bush nutzt die Stimmung nach dem 11. September in den USA und drückt eine ungeheure Ausdehnung des Militärapparats und die Einführung einer noch aggressiveren Militärstrategie durch. Die neue US-Politik wird einen erneuten atomaren Rüstungswettlauf und verschärfte internationale Konflikte auslösen.

Das Pentagon schlägt einen Neuen Dreiklang vor, der besteht aus „offensiven Systemen für Schläge (sowohl atomar als auch nichtatomar); Verteidigungseinrichtungen (sowohl aktiv als auch passiv); und einer wiederbelebten Verteidigungsinfrastruktur, die neue zeitgemäße Möglichkeiten bieten wird, sich entwickelnden Bedrohungen zu begegnen“. Dies bedeutet eine massive Aufrüstung mit neuen Waffensystemen und Aufrüstung des militärisch-industriellen Komplexes allgemein. „Atomare Schlagfähigkeiten“ werden für eine Reihe von „unmittelbaren, möglichen oder

unerwarteten Eventualitäten“ entwickelt, ein Beispiel für letztere ist „ein plötzlicher Regimewechsel, durch den ein bestehendes Atomwaffenarsenal in die Hände einer neuen, feindlichen Führungsgruppe kommt oder die überraschende Enthüllung eines Gegners, dass er Massenvernichtungswaffen hat.“ Die NPR droht einen möglichen einseitigen, vorbeugenden Atomschlag gegen eine Reihe von Ländern ohne Atomwaffen an: „Nordkorea, Irak, Iran, Syrien und Libyen gehören zu den Ländern, die an unmittelbaren, möglichen oder unerwarteten Eventualitäten beteiligt sein könnten. Alle haben eine seit langem bestehende Feindseligkeit gegen die USA und ihre Sicherheitspartner [z.B. Südkorea, Israel]; besonders Nordkorea und Irak sind ständige Sicherheitsorgen gewesen. Alle fördern oder beherbergen Terroristen und alle haben aktive Massenvernichtungswaffen- und Raketenprogramme.“ Wenn diese Verpflichtung zu aggressiver Atomwaffenaktion vom US-Imperialismus als Politik angenommen würde, würde sie eine völlig neue und viel gefährlichere internationale Lage schaffen.

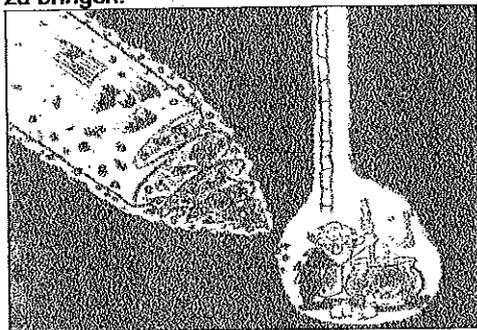
China ist auch auf der Zielliste: „Weil sich Chinas strategische Ziele immer noch entwickelnd und gleichzeitig eine Modernisierung seiner atomaren und nichtatomaren Kräfte stattfindet, ist China ein Land, das an unmittelbaren oder möglichen Eventualitäten beteiligt sein könnte“ — das heißt Taiwan bedrohen könnte. Russland mit seinem riesigen Atomarsenal bleibt auf der Liste. Es wird immer noch als strategischer Rivale betrachtet, aber nicht als unmittelbare Bedrohung gesehen.

Einsetzbare Atomwaffen?

Das Pentagon drängt auf die Entwicklung eines Sortiments von sogenannten taktischen Atomwaffen. Sie wären nicht mehr

[Socialism Today, April 2002] das letzte Mittel, sondern Gefechtsfeldwaffen, die in Verbindung mit konventionellen Waffen verwendet würden. „Wenn das Schlagelement des neuen Dreiklangs aus sowohl atomaren als auch nichtatomaren Waffen besteht“, sagt die NPR, „kann es größere Flexibilität bei der Gestaltung und Führung militärischer Kampagnen zum entscheidenden Schlagen von Gegnern bieten.“ Diese Pläne beruhen auf der grotesken Phantasie, dass eine neue Generation von kleinen, präzisen Lenkraketen eingesetzt werden könne, ohne zivile Opfer in entsetzlichem Umfang zu verursachen. „Wunschfähigkeiten für atomare Waffensysteme in flexiblen, anpassungsfähigen Schlagplänen beinhalten Optionen für variable und verringerte Wirkungen, hohe Genauigkeit und zeitlich passenden Einsatz. Diese Fähigkeiten würden helfen, den Feind vom Einsatz von Massenvernichtungswaffen abzuschrecken oder den Kollateralschaden zu begrenzen, wenn die USA feindliche Massenvernichtungswaffenfähigkeiten besiegen müsste.“ Das Pentagon behauptet, dass kleine, taktische Atomwaffen notwendig sind, „sich entwickelnde Bedrohungen wie harte und tief vergrabene Ziele zu besiegen“. Sie behaupten, dass es über 10.000 unterirdische Einrichtungen weltweit gebe, von denen 1.400 als Schlüsseleinrichtungen für Massenvernichtungswaffen oder Einrichtungen für ballistische Raketen oder führende Kommandozentralen gekennzeichnet sind. Zweifellos haben die Autoren auch die Tora-Bora-Höhlen von al-Qa'ida im Kopf. Ende letzten Jahres forderte Steve Buyer, Mitglied im Streitkräfteausschuss des US-Repräsentantenhauses den Einsatz taktischer Atomwaffen gegen bin Ladens afghanische Verstecke.

Das Pentagon hat schon die in die Erde eindringende atomare B61-11-Bombe, die unter Clintons Präsidentschaft entwickelt wurde. Diese hat aber anscheinend eine enttäuschende Eindringungskraft. „Mit einem wirksameren Eindringler in die Erde könnten viele vergrabe Ziele angegriffen werden unter Verwendung von Waffen mit viel geringerer Wirkung als sie bei an der Oberfläche explodierenden Waffen erforderlich wäre. Die geringere Wirkung würde den selben Schaden erreichen, aber weniger radioaktiven Niederschlag erzeugen ... als eine viel wirkungsreichere Explosion an der Oberfläche.“ Eine frühere Pentagon-Studie, die im Juni 2000 veröffentlicht wurde, behauptete, dass „ein Nutzen von weniger wirksamen Waffen ist, dass der Kollateralschaden in Gebieten in der Nähe des Ziels verringert sein kann, was ein wichtiger Faktor bei Angriffen in der Nähe von städtischen Gebieten ist.“ Die NPR gibt jedoch zu, dass „zum Sieg über sehr tiefe oder größere unterirdische Einrichtungen eindringende Waffen mit größeren Wirkungen erforderlich sein würden, um die Einrichtung zum Zusammenbrechen zu bringen.“



So hätten es die Imperialisten gerne

Die Behauptung, dass solche „wirkungsarmen Waffen“ keine verheerenden „Kollateralschäden“ — in klaren Worten: massenhaften Tod und Vernichtung — erzeugen, ist absurd. Nichtmilitärische Wissenschaftler und Atomexperten weisen diese unaufrichtigen Behauptungen völlig zurück. „Robert Nelson von der Föderation Amerikanischer Naturwissenschaftler [Federation of American Scientists] argumentiert, dass es keine Möglichkeit gibt, dass eine Atombombe tief genug in die Erde eindringt, um die Explosion einzudämmen, selbst wenn ihr Wirkung ein Prozent der Wirkung der über Hiroshima abgeworfenen Bombe wäre. Solch eine Bombe würde laut Nelson einen Feuerball erzeugen, der durch die Erdoberfläche brechen und eine Wolke von radioaktivem Dreck und Abfall mit sich führen würde. Er wies darauf hin, dass Atombomben von fünf Kilotonnen im Testgelände von Nevada in einer Tiefe von 650 Fuß gezündet werden mussten, um völlig eingedämmt zu sein — viel

tiefer als jede Mini-Atombombe kommen könne.“ (Katchadourian, The Nation, 1. April) Laut ÄrztInnen für soziale Verantwortung würde das Abwerfen einer B61-11-Atombombe auf den Präsidentenbunker von Saddam Hussein „20.000 Tote und mehr verursachen“. Die Pentagonpläne verwischen gezielt die Unterscheidung zwischen atomar und konventionell. „Wenn Militärplaner jetzt jedes Mal die atomare Option durchdenken, wenn sie vor einer überraschenden militärischen Entwicklung stehen, verschwindet die Unterscheidung zwischen atomaren und nichtatomaren Waffen“, kommentiert Ivo Daalder, ein außenpolitischer Experte der Brookings Institution (New York Times, 12. März) Die Entwicklung von „handlichen“ taktischen Atomwaffen durch die USA bedeutet unausweichlich, dass Staaten, die keine wirkungsarmen, angeblich genauen, Mini-Atombomben besitzen, mit allem zurückschlagen, was sie in ihren Arsenalen haben. Das könnte sogenannten „schmutzige Bomben“ beinhalten. Diese würden konventionelle Sprengstoffe mit atomarem Material verbinden, nicht um atomare Explosionen zu erzeugen, sondern um tödliche Radioaktivität über eine Zielbevölkerung zu gießen.

Atomwaffen für alle?

Die USA haben sich unter Bush aus dem ABM-Vertrag [anti-ballistic missiles, Waffen gegen ballistische Raketen] zurückgezogen, um ihr Raketenabwehrsystem zu entwickeln, den Nachfolger von Reagans „Krieg der Sterne“, was zu einer neuen Drehung an der Rüstungsschraube führt, weil konkurrierende Mächte Gegenmaßnahmen zu entwickeln versuchen. Die westlichen Mächte waren immer bereit, Verträge zu schließen oder zu brechen, wenn es ihren Interessen nützte und das gilt besonders für die USA heute. Die in der NPR enthüllte Politik verneint praktisch die US-Unterstützung für den 30 Jahre alten Nichtweiterverbreitungsvertrag (Non-proliferation treaty, NPT). 1978 verpflichteten sich die USA, Britannien und die Sowjetunion formell, nie Atomwaffen gegen Nicht-Atomwaffen-Staaten einzusetzen, die den Vertrag unterzeichneten, außer solch ein Staat griffe im Bündnis mit einem Atomwaffenstaat an. Es wurde keine Ausnahme für die Reaktion auf einen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen gemacht. Das Versprechen wurde von den USA, Britannien, Russland, Frankreich und China bekräftigt, um Schritte zu unterstützen, den auf 25 Jahre befristeten NPT zu einem unbefristeten Vertrag zu machen. Die USA führt jetzt aber Libyen, Syrien, Irak, Iran und Nordkorea als potenzielle Ziele für Atomwaffen auf. Sie sind alle

Staaten ohne Atomwaffen und Unterzeichner des NPT. Die Folgerung ist klar. Die USA sollen bereit sein, in einem Erstschatz Atomwaffen gegen jedes Land einzusetzen, das eine Bedrohung für die USA darstellt, ohne Rücksicht auf dessen atomaren Status.

Es ist zweifelhaft, ob der Nichtverbreitungsvertrag irgend eine reale Wirkung bei der Begrenzung der Verbreitung von Atomwaffen hatte. Trotzdem wird die neue US-Politik unausweichlich die Verbreitung anheizen.

Robert McNamara, US-Verteidigungsminister während dem Vietnamkrieg (1961-67) fragt: „Wenn ein Land glaubt, dass es in Washington die Gunst verliert, was wird es wahrscheinlich tun? ... Vielleicht macht ein Zitat, das dem indischen Verteidigungsminister George Fernandez zugeschrieben wird, einiges klar: „Bevor ein Land die USA herausfordert, muss es sich zuerst Atomwaffen zulegen.“ (International Herald Tribune, 14. März) Indien und Pakistan haben beide 1998 Atomtests durchgeführt, bevor sie sich um Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag bewarben — als Mitglieder des exklusiven Atomwaffenclubs.

„Die Entwicklung taktischer Atomwaffen durch die USA und die Drohung mit Präventivschlägen“, kommentieren die ÄrztInnen für soziale Verantwortung, „bietet den besten Anreiz für einen möglichen Feind der USA, den man sich vorstellen kann, mit der Entwicklung von Atomwaffen anzufangen, weil er beim Einsatz von Atomwaffen die gleichen Folgen erleiden würde wie bei einem chemischen oder biologischen Angriff“. Die neue US-Politik vergrößert die Wahrscheinlichkeit, dass aufs Ziel genommene Regime mit atomarer Vergeltung gegen die USA drohen.

Ist ein US-Erstschatz möglich?

Die NPR wirft eine grundlegende Frage auf. Ist es jetzt möglich, dass die USA in einer Krise einen vorbeugenden Atomschlag gegen einen Gegner führen würden? In der Periode des Kalten Krieges zwischen Hiroshima 1945 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 schloss das atomare Gleichgewicht des Schreckens praktisch einen Erstschatz aus. Beide Seiten erkannten, dass der Einsatz von Atomwaffen praktisch ein selbstzerstörerischer Schritt wäre. Er würde nicht nur die Zerstörung der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme androhen, sondern auch die Existenz der Menschheit selbst bedrohen.

In den aufeinander folgenden Nachkriegskrisen warfen ein paar US-Führer trotzdem die atomare Option auf. Während dem Koreakrieg 1950-51 forderte General MacArthur eine umfassende Offensive gegen China, um „den Kommunismus zurückzurollen“ und

befürwortete jeden Einsatz von Atomwaffen. Es war ein Schritt zu weit und Präsident Truman feuerte MacArthur. Während der Endphase des Vietnamkriegs liebäugelte Präsident Nixon mit der Idee eines Atomschlags, wurde aber von seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger deutlich zurechtgewiesen. In seinen Memoiren weist Colin Powell die Idee zurück, die im Golfkrieg von 1990-91 wieder aufkam, dass Atomwaffen als Gefechtsfeldwaffen eingesetzt werden könnten.

Aber Bushs Schönfärber behaupten, dass sie einfach die frühere Politik fortsetzen. Es stimmt, dass Clintons Verteidigungsminister William Perry 1996 warnte, dass jeder Staat, der die USA mit chemischen Waffen angriffe „die Folgen einer Reaktion mit allen Waffen, die wir im Arsenal haben, fürchten müsste ... wir könnten eine verheerende Antwort geben, ohne Atomwaffen einzusetzen, aber wir würden diese Möglichkeit auch nicht ausschließen.“



Es gibt aber einen qualitativen Unterschied zwischen einer verallgemeinerten Bedrohung, die vorher schon oft ausgesprochen wurde (zum Beispiel von Kennedy während der Kuba-Raketenkrise 1962) und der ausdrücklichen, detaillierten Drohung der NPR auf „einseitig gesicherte Zerstörung“ jedes Staats, der als unmittelbare Bedrohung für die USA betrachtet wird. Obendrein wird die Politik durch eine Verpflichtung zur Ausdehnung der Anlagen zur Waffenproduktion und die Entwicklung einer neuen Generation von Mini-Atomwaffen gestützt.

Es ist nicht überraschend, dass die Enthüllung der Pentagon-Pläne wütende Reaktionen von Führern der aufs Ziel genommenen Staaten hervorrief. Die NATO-Verbündeten der USA schlagen auch Alarm wegen der neuen Wendung. Als Reaktion erschienen Colin Powell und General Richard Myers, Vorsitzender des Generalstabs in den Fernsehnachrichten und versuchten, die Ängste zu zerstreuen. „Wir sollten uns nicht von dem Gefühl forttragen lassen, dass die USA den Einsatz von Atomwaffen bei irgend einer Eventualität in der nahen Zukunft planen“, sagte Powell. Die Pentagonstudie war nur „gesunde konzeptionelle Militärplanung“ und der Präsident würde „seine Anweisungen, wie fortgefahren werden soll“, geben (New York Times, 12. März)

Die NPR enthält aber zweifellos Pläne, die schon umgesetzt werden. Atomare Kriegsführungsszenarien, die bisher in rechten republikanischen Denkfabriken (wie dem National Institute for Public Policy) ausgebrütet wurden, wurden in die strategische Politik des Verteidigungsministeriums übernommen. Die Experten rechter Denkfabriken arbeiten jetzt in Pentagon, Außenministerium und Weißem Haus. Joseph Crinoli von Carnegie Endowment sagt: „Es bedeutet, dass die atomaren Irren jetzt die Kontrolle über den politischen Apparat übernommen haben.“

Die Übernahme dieser grässlichen Politik durch den Präsidenten spiegelt die Stärkung der Exekutive gegenüber Kontrollen wider, die bisher vom Kongress und der Justiz ausgeübt wurden. Wut über den 11. September schuf eine überwältigende öffentliche Stimmung, die bereit war, allen Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen eine Blanko-Zustimmung zu geben. Weder die Demokraten noch die Gewerkschaftsführer (die weitgehend mit den Demokraten verbunden sind) bieten irgend eine Opposition. Bush hat die Gelegenheit ergriffen, Machtbefugnisse zurückzufordern, die dem Präsidenten nach dem Vietnamkrieg und Nixons Watergate-Skandal genommen wurden.

In der Atompolitik gibt es klar eine neue Lage. Man kann nicht länger annehmen, wie man es während dem Kalten Krieg konnte, dass die USA unter Bedingungen extremer internationaler Spannung keinen atomaren Erstschlag machen. Wenn die herrschende Klasse Bush nicht zur Ordnung ruft oder ihm, was noch entscheidender ist, eine Bewegung der Arbeiterklasse Grenzen setzt, muss es jetzt als beängstigende Möglichkeit betrachtet werden, dass die US-Supermacht bei einem vorbeugenden Schlag gegen den einen oder anderen Gegner zum Ersteinsatz von Atomwaffen greifen würden.

In den inneren Kreisen der herrschenden Klasse klingen die Alarmglocken. Unter der Schlagzeile „Amerika als atomarer Schurke“ warnte die New York Times, die kapitalistische Zeitung mit der höchsten Autorität im Land, dass die Regierung die Wirklichkeit aus den Augen verloren hat, „dass [Atom]waffen nur eingesetzt werden sollten, wenn die grundlegendsten Interessen des Landes oder das nationale Überleben auf dem Spiel stehen und dass der unbeschränkte Einsatz von Atomwaffen das Leben auf der Erde, wie wir es kennen, beenden könnte.“ Der Leitartikel sagt: Atomwaffen sind keine Waffen wie andere sondern qualitativ anders: „Die Schwelle für ihren Einsatz zu senken, ist unverantwortlicher Wahnsinn“. Der Einsatz einer einzigen Atombombe mit geringer Wirkung würde die Schwelle überschreiten, egal wie begrenzt ihre

unmittelbare Wirkung wäre — und eine mögliche atomare Vergeltung mit unvorhersagbaren, unvorstellbaren Folgen hervorrufen. Glauben die Pentagonplaner, dass die US-Militärmacht und die US-Bevölkerung immun gegen die Wirkungen eines atomaren Schlagaustauschs wären?

Obendrein würde das Greifen zu Atomwaffen eine explosive politische Reaktion hervorrufen, selbst wenn der anfängliche Schlag eine sogenannte Mini-Atombombe wäre. Selbst eine NATO-Stellungnahme gibt zu: „Jeder Einsatz von Atomwaffen wäre für Menschen und Umwelt absolut katastrophal ... solche menschlichen Kosten würden ungeheure politische Kosten für jede Nation bedeuten, die sich für den Einsatz von Atomwaffen entscheiden würde, besonders bei einem Erstschlag“. (Guardian, 12. März) Dies ist eine Untertreibung. Der Einsatz von Atomwaffen würde mehr als alles andere die Unmenschlichkeit und den brutalen Klassenegoismus der kapitalistischen Führer enthüllen, die lieber den Planeten zerstören würden als ihr Monopol auf Reichtum und Macht aufzugeben. Ein atomarer Schlagabtausch, selbst wenn er auf ein oder zwei Explosionen mit geringer Wirkung beschränkt wäre, würde enthüllen, wie krank die gegenwärtige Gesellschaft ist. Der Kapitalismus pervertiert die fortgeschrittene Technologie zu grotesken Vernichtungswaffen ist aber unfähig, die grundlegendsten Bedürfnisse der meisten Menschen zu befriedigen, die gegenwärtig auf dem Planeten leben. Die politischen Kosten für das bestehende System wären in der Tat enorm und würden eine dringliche weltweite Forderung nach einer neuen Gesellschaftsordnung wecken, die den Krieg und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wurzeln des Krieges beseitigen würde

Quellen: Für Informationen für diesen Artikel wurden verwendet: Briefings of Carnegie Endowment for International Peace (www.ceip.org) und Physicians for Social Responsibility (www.psr.org) und Raffi Katchadourian, „Relearning to Love the Bomb“, The Nation (USA), 1. April 2002 (www.thenation.com)

Den Teststopp ablehnen

Die NPR fordert eine frühe Wiederaufnahme von Atomtests, was das von den USA seit 1992 eingehaltene Moratorium brechen würde. Sie behauptet, Tests würden gebraucht, um die Sicherheit der bestehenden Sprengköpfe aufrechtzuerhalten, eine platte Ausrede. Joseph Cirincione, ein Mitarbeiter von Carnegie Endowment for International Peace sagt: „Es gibt keine Rechtfertigung, für die Sicherheit unseres Arsenalts zu testen ... Der einzige Grund, für den man Tests brauchen würde, wäre die Prüfung

neuer Modelle, neuer Waffentypen und -perioden". Wenn die USA die Tests wieder aufnehmen, werden andere Atomwaffenstaaten wie Frankreich, China, Indien und Pakistan (und manche Mächte) auch Tests machen und der atomare Rüstungswettlauf wird sich beschleunigen. Der radioaktive Niederschlag von Tests wird die langfristige Verstrahlung der Umwelt vergrößern und zu mehr mit Strahlung verbundenen Krankheiten führen, selbst wenn sie unterirdisch durchgeführt werden.

Lagerung veralteter strategischer Waffen

Als die nicht geheimen Teile der NPR veröffentlicht wurden, machte Bush ein großes Brimborium um die einseitige Entscheidung der USA, ihr Arsenal von strategischen Atomwaffen von 6.000

auf zwischen 1.700 und 2.200 zu verringern. Dies sind ballistische Interkontinentalraketen aus der Ära des Kalten Krieges. Seit dem Zusammenbruch der sowjetischen Supermacht und dem Übergang Russlands ins kapitalistische Chaos, verspürt der US-Imperialismus nicht mehr die selbe Notwendigkeit einer Overkill-Kapazität: der Fähigkeit, den Planeten mehrfach zerstören zu können. Statt die Sprengköpfe zu zerstören (und das radioaktive Material möglichst sicher zu lagern) werden die USA die Waffen aber lagern (zusätzlich zu den bereits eingemotteten 8.000) und sie bereit halten, innerhalb von Wochen wieder aufgestellt zu werden.

Das russische Regime, das es sich nicht länger leisten kann, sein früheres atomares Arsenal beizubehalten, begrüßte die US-Kürzungen. Aber Putin lehnt das Lagern völlig ab. Wenn

die USA ihre alten Sprengköpfe nicht zerstören, wird Russland das auch nicht. Dies ist eine alarmierende Aussicht angesichts der berichteten Verschlechterung der atomaren Infrastruktur Russlands und Sorgen wegen der Stabilität und Sicherheit seiner Sprengköpfe. Es gab wiederholt Behauptungen, dass Sprengköpfe und atomwaffentaugliches Plutonium „fehlen“ würden, was die abstoßende Möglichkeit aufwirft, dass militaristische Regime oder Terrororganisationen atomares Material für die Verwendung in „Kofferbomben“ oder von Raketen geschossenen „schmutzigen Bomben“ erlangen.

Die USA modernisieren ihr Arsenal und verringern ihre Abhängigkeit von Atomwaffen nicht. Die Menschheit lebt schon unter dem dunklen Schatten von schätzungsweise 32.000 bestehenden Atomwaffen. Bush will noch mehr hinzufügen.

Tony Saunois: Niederlage für US-Imperialismus und Reaktion in Venezuela (17. 4. 2002)

„Jede verfrühte Militärintervention läuft Gefahr, eine Gegenreaktion zu provozieren und könnte sogar einen Bürgerkrieg auslösen.“

(Tony Saunois, Venezuela an einer Wegabgung, März 2002)

Die Feiern der herrschenden Elite in Venezuela und dem Weißen Haus am Samstag, 14. April, nach der Entfernung von Hugo Chávez durch einen Militärputsch von der Macht waren verfrüht. Binnen Stunden wurde der neu installierte Präsident, Pedro Carmona Estanga, selbst verhaftet und der radikale, populistische Hugo Chávez Frias kehrte an die Macht zurück. Hugo Chávez wurde durch eine Massenbewegung der Armen zurückgebracht, die aus den „Barrios“ — Slums und Elendsvierteln — zum Präsidentenpalast marschierten. Ihnen schlossen sich Schlüsselbereiche der Mannschaften der Streitkräfte an, besonders die 42. Fallschirmjägerbrigade — Chávez' früheres Regiment — und andere, die ihm loyal blieben.

Diese Entwicklungen sind ein wichtiger Rückschlag für die herrschende Klasse in Venezuela und den US-Imperialismus, die sich zum Sturz von Chávez verschworen hatten. Der Imperialismus fürchtet, dass Chávez das erste Beispiel für eine neue populistische radikale Bewegung in Lateinamerika ist, die unter dem Druck einer Massenbewegung der Arbeiterklasse und anderer vom Kapitalismus Ausgebeuteter ihre Interessen bedrohen wird. Bush und das Weiße Haus betrachten Chávez auch als unzuverlässig und als Hindernis für die US-Interessen in der Region — besonders in Kolumbien. Die von Chávez durchgeführte reformistische Innenpolitik, seine

Sympathie für die FARC in Kolumbien und Castro auf Kuba stehen alle im Konflikt zur Politik und den Interessen des US-Imperialismus. Obendrein ist Venezuela als viertgrößter Ölproduzent und -lieferant der USA angesichts der instabilen Lage im Nahen Osten entscheidend für die US-Interessen.

Grenzen der US-Macht

Die Niederlage des Putschversuchs durch eine Massenbewegung der Massen und Armen zeigt zusammen mit dem Aufstand in Argentinien im Dezember 2001 und Januar 2002 klar, dass die furchteinflößende vom US-Imperialismus aufgehäufte Macht ihre Grenzen hat. Der US-Imperialismus und die herrschende Klasse kann in den Startlöchern aufgehalten werden, wenn sie einer Massenmobilisierung der Arbeiterklasse und anderer vom Kapitalismus und Imperialismus Ausgebeuteter gegenübersteht.

Aber nach dieser Niederlage der Reaktion ist es jetzt wesentlich, dass die Arbeiterklasse und Unterdrückten in Venezuela die Initiative ergreifen und die notwendigen Schritte zum Sturz des Kapitalismus und der Errichtung einer demokratischen Arbeiterregierung mit einem revolutionär-sozialistischen Programm ergreifen. Wenn dies nicht gemacht wird, werden die verwundete Bestie des US-Imperialismus und die herrschende Klasse von Venezuela einen neuen Schlag vorbereiten.

Hugo Chávez erklärte im Dezember 2001, dass er nicht wie der chilenische Präsident Salvador Allende gestürzt werden würde, dessen Regierung der Sozialistischen Partei durch einen blutigen vom CIA unterstützten Putsch 1973 gestürzt wurde. Es

gibt zwar wichtige Unterschiede zur Lage, die sich damals in Chile entwickelte, aber auch wichtige Parallelen und Lehren, die die Arbeiterklasse in Venezuela ziehen muss.

Anders als Allende betrachtet sich Chávez nicht als Sozialist und beschränkt sich auf einen unbestimmten Kampf für eine „Bolivariische Revolution“, in der er die Frage von Sozialismus oder Sturz des Kapitalismus nicht aufwirft, wenn er auch für die Armen redet. Obendrein vertrat in Chile während der Regierung der Unidad Popular [Volkseinheit] die Mehrheit der Arbeiterklasse aktiv die Idee des Sozialismus als eine Alternative zum Kapitalismus. Der massive revolutionäre Druck durch die Masse der ArbeiterInnen und jungen Leute zwang Allende, viel weiter zu gehen als es Chávez bisher gemacht hat und bis zu 40 Prozent der Wirtschaft zu verstaatlichen, einschließlich mächtiger multinationaler Konzerne im Eigentum des US-Imperialismus.

Wegen der geänderten internationalen Lage nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime in der früheren UdSSR und Osteuropa und dem Fehlen einer mächtigen sozialistischen Alternative hat die Masse der venezolanischen ArbeiterInnen die Idee des Sozialismus als einer Alternative zum Kapitalismus noch nicht übernommen, obwohl sie die Armut und die Schrecken des Kapitalismus bekämpft. Folglich hat sich die Massenopposition gegen die neoliberale Politik der neunziger Jahre und die Explosion der Wut gegen die korrupte politische Elite, die Venezuela vierzig Jahre lang regierte, in der von Hugo Chávez geführten radikalen populistischen Bewegung ausgedrückt.

Lehren von Chile 1973

Aber trotz dieser wichtigen Unterschiede gibt es wichtige Parallelen und Lehren, die aus der Niederlage der chilenischen ArbeiterInnen 1973 gezogen werden müssen. Vor dem Sieg der Konterrevolution am 11. September 1973 wurde ein verfrühter Putschversuch zum Sturz von Allende von einem Teil des Militärs im Juni gemacht. Diese Warnung — der „Tancazo“ — war eine Vorwegnahme des Blutbads, das drei Monate später folgte. Der „Tancazo“ brach zusammen, weil die Mehrheit der am Putsch beteiligten Militärs und Verschwörer noch nicht bereit waren. Diese Niederlage gab den Arbeiterführern die Gelegenheit, die Konterrevolution zu zerschlagen. Hunderttausende gingen zur Unterstützung Allendes auf die Straße und besetzten die Fabriken. Später demonstrierte eine halbe Million und forderte Waffen zur Verteidigung „ihrer Regierung“ — „Allende, Allende el pueblo ti defiende“ — Allende, Allende, das Volk wird dich verteidigen — wurde auf den Straßen von Santiago gerufen. Leider reagierten die Führer nicht auf die Forderungen der Massen und ein Blutbad folgte.

Es mag jetzt für die Reaktion schwieriger sein, sofort einen neuen Putsch gegen Chávez zu versuchen, aber die jetzt gespaltenen Oppositionskräfte werden zweifellos versuchen, sich umzugruppieren, versuchen, Chávez zu untergraben, und werden in einem späteren Stadium wieder einen Schlag versuchen. Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen dem chilenischen „Tancazo“ und den jüngsten Ereignissen in Venezuela, der die Rechten wahrscheinlich zwingen wird, einen neuen Putschversuch zu verschieben.

Der „Tancazo“ wurde von einem kleinen Teil des Panzerregiments versucht, das zu den Waffen griff. Der Rest der Putschverschwörer blieben still und bereitete den blutigen Angriff drei Monate später vor und führte ihn dann durch. Am jüngsten Putschversuch in Venezuela nahm die ganze Opposition teil, die besiegt wurde und sich jetzt gespalten hat. Aber dies wird einen Unterschied im zeitlichen Verlauf bedeuten und verringert nicht die Warnung, die der jüngste Putschversuch für die venezolanischen Massen darstellt.

Kampagne zur Destabilisierung von Chávez

Die Ereignisse, die zum Putschversuch in Caracas am letzten Wochenende führten, erinnern sehr an das Vorfeld des 11. September 1973 in Santiago. Eine massive Kampagne zur Destabilisierung der Regierung wurde organisiert. Sie umfasste die herrschende Elite, das militärische Oberkommando, die römisch-katholische Kirche, die CIA und das US-Außenministerium.

Der US-Imperialismus ist empört über die Chávez-Regierung. Venezuela ist die viertgrößte Wirtschaft in Lateinamerika, der

weltweit viertgrößte Ölexporteur, und grenzt an Kolumbien. Es ist strategisch wichtig für den US-Imperialismus und er will ein willfähiges Regime an der Macht. Chávez rief den Zorn der Bush-Regierung nach den Anschlägen am 11. September auf New York hervor. Er verurteilte den Anschlag auf das World Trade Center, griff dann aber Bush an, weil er „Terror gegen Terror“ verwende. Dies veranlasste die US-Botschafterin, Donna Hrink, die die arrogante imperialistische Macht vertritt, Chávez aufzusuchen und ihm zu sagen, er solle „das Maul zulassen“.

Es ist jetzt klar, dass schon im Februar dieses Jahr ein voller Plan zur Destabilisierung von Chávez' Regierung durchgeführt wurde. Am 5. Februar gab die CIA eine Erklärung ab, in der sie ihre „tiefe Sorge über die sich in Venezuela entwickelnde Lage“ ausdrückte. Später drückte Colin Powell seine Zweifel aus, dass Chávez seine ganze Amtszeit durchhalten werde.

Am 7. Februar wurde Oberst Pedro Soto der erste in einer Reihe führender Offiziere, Admiräle und andere, die Chávez zum Rücktritt aufforderten.

Am 12. März konnte die rechte Tageszeitung La Razon in Caracas prahlen: „Alles ist jetzt bereit für die erste Phase des demokratischen und verfassungsmäßigen Wechsel von Präsident Chávez — dessen Rücktritt wiederholt von der venezolanischen Zivilgesellschaft, den Arbeitern, den Arbeitgebern, politischen Parteien und vor allem den Streitkräften gefordert wurde.“

Eine Kapitalkucht aus dem Land fand statt. 700 Millionen US-Dollar wurden Mitte Februar in drei Tagen aus dem Land gebracht. Dies spiegelte teilweise wider, dass Teile der Kapitalistenklasse ihr Kapital wegen der bestehenden instabilen Lage abzogen und es destabilisierte die wirtschaftliche Lage auch weiter. Eine massive und bösartige Presse- und Medienkampagne gegen Chávez wurde geführt, die seinen Rücktritt forderte und ihn als „verrückt“ anprangerte.

Diese Kampagne wurde nach Versuchen von Chávez, die korrupte staatliche Ölgesellschaft (PVDSA) zu reformieren und ein paar ihrer früheren Manager zu entfernen und durch seine Unterstützer zu ersetzen, auf die Spitze getrieben. Als Reaktion riefen die Manager einen „Streik“ aus. Dies ähnelte dem sogenannten „LKW-Fahrer-Streik“, den die Rechten gegen Allende in Chile initiierten. Chávez versuchte, die Leitung der Ölgesellschaft zu ändern, von deren Managern er zu Recht sagte, dass sie als „Staat im Staat“ handelten und auf Kosten der Masse der Bevölkerung im Luxus lebten. Er erhöhte auch die Steuern auf Öleinnahmen von 16 auf 30 Prozent.

Wirtschaftliche Sackgasse

Die rechte Opposition konnte ihre Stellung stärken und die Unterstützung für Chávez untergraben, weil sich seine Regierung in einer wirtschaftlichen Sackgasse befindet.

Trotz der Einführung einer Bodenreform, der Schaffung von Plätzen für eine Million zusätzlicher SchülerInnen, der Verdreifachung der Zahl der Menschen in Alphabetisierungskursen und der kürzlichen Erhöhung des Mindestlohnes um 20 Prozent ist seine Politik im Rahmen des Kapitalismus geblieben.

Den Kapitalismus nicht zu stürzen hat bedeutet, dass seine Regierung nicht in der Lage war, die schrecklichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, vor denen die Masse der Bevölkerung steht — von der 80 Prozent immer noch unter der offiziellen Armutsgrenze leben — und der durchschnittliche Lebensstandard bleibt der selbe wie bei seinem Machtantritt 1998. Dies hat den Rechten die Möglichkeit gegeben, die Opposition gegen die Regierung besonders unter Teilen der Mittelschicht und der qualifizierten ArbeiterInnen hochzupfeitschen.

Die Ereignisse gipfelten in einem Protest und der Ausrufung eines Generalstreiks letzte Woche mit der Unterstützung der CTV — des Haupt-Gewerkschaftsdachverbandes. Die CTV-Führung rechtfertigte die Unterstützung des Streiks und die Opposition gegen Chávez damit, dass seine Wirtschaftsreformen — einschließlich der Erhöhung von Steuern auf die Profite der Ölfirmen und mehr Staatseingriffe — Wirtschaftsinteressen und damit Beschäftigung gefährdeten.

Aber die Führung der CTV besteht aus korrupten Gangstern die mit kapitalistischen Parteien wie den Christdemokraten (Copei) verbunden sind und mit dem Chávez-Regime zusammengestoßen sind. Obendrein haben sie eigene Interessen bei der Opposition gegen Chávez. Die reformistische Staatsverfassung, die 1999 angenommen wurde, enthält einen Artikel, wonach alle Gewerkschaftsfunktionäre gewählt werden müssen und sie nur ein Gehalt entsprechend dem der Gewerkschaftsmitglieder erhalten dürfen. Genau diese Führer weigern sich, die jüngsten Wahlergebnisse (die sie „gewonnen“ haben) der Regierung vorzulegen.

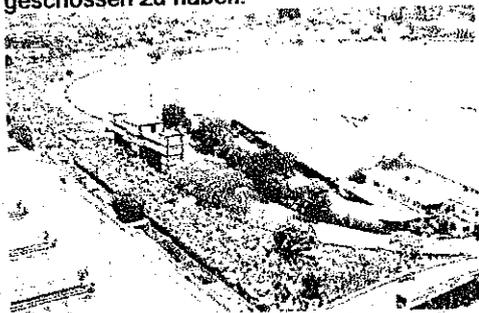
Der ursprüngliche Plan der kapitalistischen Oppositionskräfte beruhte auf dem Aufbau der Opposition gegen Chávez, um ihn schließlich mit „verfassungsmäßigen Mitteln“ wegzuzwingen. Aber die Ereignisse entwickelten sich schnell, als die verschiedenen an diesem Konflikt beteiligten Gesellschaftskräfte zusammenstießen und das zu einer noch polarisierteren Lage führte.

Innerhalb der herrschenden Klasse und der Leute, die sich zum Sturz von Chávez verschworen hatten, gab es zwei Flügel — die „Falken“ und die „Tauben“. Die „Falken“ umfassten weit rechts stehende Generäle und das katholische Opus Dei, die sich um den General im Ruhestand Ruben Rojas gruppierten, der beiläufig der Schwiegersohn des früheren Präsidenten Rafael Cal-

dera ist, des Gründers der Christdemokraten (Copei).

Nach den jüngsten Berichten wusste die CIA über diese Gruppe Bescheid und war in Kontakt mit ihr, die einen Putsch am 27. Februar plante. STRATFOR (eine Strategieforschungsgruppe mit Kontakten zu US-Sicherheitskräften) berichtete am 14. April, dass dieser Putsch unterblieb, weil Bush und das Außenministerium erst einmal Opposition gegen Chávez entwickeln und ihn „verfassungsgemäß“ vertreiben wollten — wodurch sie die „Tauben“ unterstützten. Seit dem Putsch wurde enthüllt, dass Vertreter der Bush-Regierung Treffen mit den „Tauben“ in der venezolanischen Opposition hatten.

Aber die Ereignisse entwickelten sich etwas anders als es das US-Außenministerium vorhergesehen hatte. Die bewaffneten Zusammenstöße, die auf der großen Anti-Chávez-Demonstration am 11. April ausbrachen, wurden vom militärischen Oberkommando als Vorwand genommen, aktiv zu werden und Chávez zu entfernen — wobei sie seine AnhängerInnen beschuldigten, auf unbewaffnete Protestierende geschossen zu haben.



Seit die Ereignisse stattfanden, weisen einige Berichte klar darauf hin, dass dies Teil einer geplanten Provokation war. Heckenschützen auf dem Dach wurden jetzt als Mitglieder der rechtsextremen Bandera-Roja-Organisation identifiziert und manche der Toten waren AnhängerInnen von Chávez' Bewegung für die Fünfte Republik MVR! Es hat alle Merkmale eines abgekarteten Spiels, damit General Efraim Velasco einschreiten und Chávez in einem Putsch entfernen kann. Die Initiative wurde von den rechtesten Teilen der kapitalistischen Opposition ergriffen, die im Anti-Chávez-Putsch die Oberhand gewannen.

Putsch von rechtsaußen dominiert

Eine neue Regierung wurde schnell vereidigt, mit Carmona, dem Chef des Arbeitgeberverbandes Fedecamaras, an der Spitze. Die Regierung war rein weiß und bestand aus äußerst rechten Vertretern der Großunternehmen, Mitgliedern der alten korrupten kapitalistischen Parteien und Opus Dei — die Chávez von der Macht gewischt hatte. Der Verteidigungsminister des neuen Regimes war Konteradmiral Hector Ramirez Perez, seit langem ein Schützling von Rojas und der Außenminister, Jose Rodriguez Iturbe ist ein Mitglied von Opus Dei.

Die CTV-Führung, die sklavisch die Reaktion unterstützt hatte, war ausgeschlossen, als sich die herrschende Klasse auf die Rache vorbereitete. Teile der Anti-Chávez-Bewegung hatten mehr bekommen, als sie verlangt hatten. Dieser Aspekt des Putsches enthält auch ein Element von Chile 1973. Unter den Putschverschwörern in Santiago gab es zwei Denkschulen — Unterstützer eines „weißen Putsches“ und Unterstützer eines „schwarzen Putsches“. Der „weiße Putsch“ sollte Allende stürzen und dann schnell die Macht den Christdemokraten übertragen. Sobald aber der Putsch auf dem Weg war und die Generäle die Macht geschmeckt hatten, folgte eine blutige Diktatur, die fünfzehn Jahre dauerte.

Carmona kündigte sofort eine Reihe von drakonischen Unterdrückungserlassen an, die alle von Chávez eingeführten Reformen aufhoben. Das Einkammerparlament wurde zusammen mit dem Obersten Gericht aufgelöst, und Verhaftungen von MVR-Abgeordneten und -AktivistInnen begannen stattzufinden, von denen auch frühere Minister von Chávez' Regierung betroffen waren. Innenminister Ramon Chacin wurde ins Gefängnis gezerrt und laut Wall Street Journal von Putschunterstützern fast gelyncht. (WSJ 15. April 2002).

Teile der Armee machten Suchen von Haus zu Haus, fingen GegnerInnen und suchten Waffen, die von manchen Bolivarischen Zirkeln — Stadtteilunterstützungsgruppen für die Regierung — verteilt worden waren.

Carmona stellte auch sofort die vertraglich vereinbarten Öllieferungen an Castro auf Kuba ein — ein Schritt, der sofort zurückgenommen wurde, als Chávez an die Macht zurückgekehrt war.

Der US-Imperialismus lehnte zwar anscheinend einen Putsch ab, schwieg aber und war die einzige Regierung in Nord- und Südamerika, die nicht gegen ihn auftrat. Die herrschenden Klassen von Brasilien, Mexiko und anderen Ländern verurteilten Carmonas Putsch aus Angst, dass er massive Proteste im ganzen Land erzeugen und der linken und antiimperialistischen und antikapitalistischen Stimmung Auftrieb geben würde, die sich in ganz Lateinamerika entwickelt.

Die Reaktion übernimmt sich

Revolution braucht manchmal die Peitsche der Konterrevolution. Die neue Autorität wollte zu viel und unterschätzte die Unterstützung für die Reformen, die Chávez durchgeführt hat und die Entschlossenheit der Massen, demokratische Errungenschaften gegen den Angriff durch eine rechte Militärdiktatur zu verteidigen. Obendrein unterschätzten sie den tief verwurzelten Hass auf die herrschende politische Elite, die Venezuela vierzig Jahre lang beherrscht hatte, bevor Chávez an die Macht geschwemmt worden war.

Die von Carmona angekündigten drakonischen Maßnahmen riefen eine massive soziale Explosion gegen die neue Regierung hervor und spalteten die Opposition. Die am meisten Ausgebeuteten und Niedergetretenen traten in den Kampf und entscheidenderweise spaltete sich die Staatsmaschine — Armee, Luftwaffe und Polizei. Selbst Teile der Gesellschaft, die Chávez ablehnten, waren nicht bereit, eine Rückkehr zur alten Ordnung zu unterstützen.

Die neue Regierung empörte Teile durch ihre Arroganz und Verachtung für die Massen. Die Präsidentengarde unterstützte Chávez. Nicolas Maduro, ein führender Gesetzgeber von Chávez wurde in der Financial Times mit dem Kommentar zitiert: „Die Präsidentengarde blieb loyal zu Chávez, weil sie Carmona und die Oligarchen hier hereinkommen und Champagner und Whisky vergießen sah. Die Garde hasste das.“ (FT 15. April 2002).

Ein 21-jähriger Soldat, der das Wochenende mit anderen in einem geheimen Tunnel verbrachte, bewaffnet mit einer Panzerfaust und voller Kampfausrüstung, wurde zitiert: „Wir waren die ganze Zeit auf der Seite von Hugo Chávez, versteckten uns, während die Generäle ihn entführten. Jetzt ist er wieder, wo er sein sollte.“

Die spanische Tageszeitung El País brachte einen Bericht, der erklärt, wie sich das Militär spaltete, als Chávez gefangen genommen wurde. Er war auf einer Militärbasis, Turiamo, gefangen und wartete ein paar Minuten auf einen Hubschrauber, der ihn zur Orchilainsel bringen sollte. Ein einfacher Soldat aus der Nationalgarde wartete, bis die Offiziere den Raum verlassen hatten. Er fragte dann Chávez: „Schauen Sie, mein Commandante, stellen Sie das für mich klar. Ist es wahr, dass sie zurückgetreten sind?“ Chávez antwortete: „Nein, mein Sohn, ich bin nicht zurückgetreten und ich werde nicht zurücktreten.“ Der Soldat stellte sich dann sofort unter das Kommando des Chefs der Streitkräfte. Der Soldat sagte dann: aber das wird im ganzen Land behauptet. Sie sagen, Sie seien zurückgetreten und verlassen das Land. Der Soldat bat ihn, eine schriftliche Nachricht zu verfassen und sie im Abfall-eimer zurückzulassen. Er werde zurückkehren und sie später holen Der Soldat holte sie dann und schickte sie per Fax nach Caracas, wo Tausende Kopien unter den DemonstrantInnen verteilt wurden.“ (El País 15. April 2002).

Chávez selbst hat seitdem geschildert, wie ein Unteroffizier ihm ein Mobiltelefon gab, so dass er seine Tochter anrufen und ihr mitteilen konnte, dass er nicht zurückgetreten sei.

„Ein neues Argentinien“

Gleichzeitig hatten Tausende begonnen, aus den Elendsvierteln zum Präsidentenpalast zu marschieren. Ihr Hass auf die

herrschende Elite zeigte sich in den Sprechchören, die sie machten, als sie zum Miraflores-Palast marschierten: „Die selben wie vorher sind wieder da“ und „Die Sahne oben — die Diebe des alten Regimes sind zurückgekehrt“.



Die rechten und kapitalistischen Kommentatoren versuchten, den Anti-Chávez-Protest als „neues Argentinien“ darzustellen. Tatsächlich war er Teil eines geplanten Programms der herrschenden Klasse der USA und der Kapitalisten von Venezuela zum Sturz von Chávez. Der Marsch der Massen aus den Elendsvierteln zur Unterstützung von Chávez und gegen die neue Regierung war das wirkliche „Element von Argentinien“ in dieser Bewegung.

Mehr Teile der Armee erklärten ihre Unterstützung für Chávez als die Revolte gegen den Putsch in Schwung kam. General Baudel vom 42. Fallschirmjäger-Regiment erklärte sich mit 2.000 Elitetruppen unter seinem Kommando gegen den Putsch. Er übernahm die Kontrolle über Maracay, Venezuelas Hauptgarnisonsstadt, und weigerte sich, das Carmona-Regime anzuerkennen.

Der ständige Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats, General Garcia Montoya erklärte sich gegen den Putsch und machte seine Opposition durch einen Telefonanruf beim kubanischen Fernsehen bekannt, das ein Interview mit ihm zurück nach Venezuela sendete.

Das Eingreifen der Massen und die Revolte der Mannschaften der Armee war entscheidend. Es stellte sicher, dass der Putschversuch besiegt wurde. General Velasco sah, dass die Unterstützung verpuffte und zog seine Unterstützung für die neue Regierung zurück, wenn sie nicht ihr Dekret zur Auflösung des Kongress zurücknahm, was sie machte — aber zu spät. Das neue Regime zersplitterte wurde weggezwungen, als sich die Unterstützung für Chávez festigte.



Der Sieg der Massen über diesen Putschversuch gibt der Arbeiterklasse und allen vom Kapitalismus Ausgebeuteten eine Atempause. Die Revolution muss jetzt

weitergeführt und der Kapitalismus gestürzt werden.

Diese Ereignisse haben die heuchlerische Haltung des US-Imperialismus und Kapitalismus gezeigt. Sie verkünden ihre Verteidigung der „Demokratie“, sind aber durchaus bereit, eine Ausnahme zu machen, wenn eine Regierung nicht ihren Interessen dient. Das Wall Street Journal enthüllte nach den Ereignissen das wirkliche Gesicht des US-Imperialismus.

„Die Sache mit der wahren Demokratie ist, dass es Grundfreiheiten gibt, die nicht einmal überwältigende Mehrheiten überwältigen können. Herrn Chávez' mutwillige Enteignung von Privateigentum, seine Schaffung von Blockkomitees im Castro-Stil, um Familien auszuspionieren und zu kontrollieren, seine Umorganisation des Managements der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA machten ihn unpopulär und ließen Demonstranten auf der Straße seinen Abgang fordern. Auf sie wurde bei einer massiven Anti-Chávez-Demonstration geschossen und mindestens 16 getötet. Diese Schlächterei ging dem Putsch voraus.“ (Wall Street Journal 15. April 2002).

Mit anderen Worten ist ein Putsch gerechtfertigt, wenn eine radikale Regierung das Privateigentum antastet! Dies ist die Reaktion auf Steuererhöhungen für Großfirmen, Bodenreform und den Versuch, das Management der PDVSA zu ändern. Was wäre erst die Reaktion des „demokratischen“ Autors des Wall Street Journals, wenn eine Regierung gewählt würde, die sich dem Sturz des Kapitalismus verpflichtet hätte. Die Demokratie des WSJ besteht darin, dass sie akzeptabel ist, wenn sie den Interessen des US-Imperialismus dient.

Dies veranschaulicht weiter die Bedrohung, vor der die Massen in Venezuela jetzt stehen. Die entscheidende Frage ist, wie ein weiterer Putschversuch von rechts vermieden werden kann und wie der Kampf der venezolanischen Massen weitergebracht werden kann. Imperialismus und Kapitalismus üben massiven Druck auf Chávez aus, „aus dieser Erfahrung zu lernen“ und eine „gemäßigtere“ und akzeptablere Herangehensweise anzunehmen.

Nach seiner Rückkehr an die Macht hat er zu nationaler Einheit, nationaler Versöhnung und dass die Leute heimgehen sollen appelliert. Er hat auch seine Vorschläge zurückgezogen, das Management bei der PDVSA zu ändern. Er hat auch versprochen, es werde keine Hexenjagd gegen die am Putschversuch beteiligten geben.

Es ist möglich, dass diese Schritte Vorboten eines Versuchs von Chávez sind, sowohl US-Imperialismus als auch die herrschende Klasse in Venezuela zu beschwichtigen. Wenn Chávez in diese Richtung geht und denkt, er wird die Kräfte der Reaktion beschwichtigen können, wird dies ein großer Fehler sein.

Auf der anderen Seite wird eine Änderung in der Politik nach rechts unausweichlich in

immer größeren Konflikt mit den Unterdrückten und Armen von Venezuela kommen. So eine Politik wird auch nicht die herrschende Klasse beschwichtigen, die ihm nicht traut und ihn immer noch von der Macht weghaben will.

Das WSJ antwortete auf diese versöhnlichen Gesten: „Aber viele Analysten sehen den Ölbaumzweig in Richtung PDVSA als in erster Linie durch Herrn Chávez' pragmatisches Bedürfnis angeregt, die Öleinnahmen wieder zum Fließen zu bringen. Und sie sagen, der gescheiterte Putsch würde wahrscheinlich nur die Einstellungen von Herrn Chávez' gegenüber den Gruppen verhärten, mit deren Dämonisierung der frühere Fallschirmjäger Karriere gemacht hat; Unternehmer, die traditionelle venezolanische politische Klasse und die USA. „Es gibt die Möglichkeit, dass er dadurch geläutert wird und die Möglichkeit sieht, seinen Stil zu ändern und das Land zusammenzubringen, aber ich bezweifle das.“ sagt Michael Shifter von Inter-America Dialogue, einer Washingtoner Denkfabrik. „Meine Furcht und Sorge ist, dass man eine verschärfte Polarisierung erlebt.“ (WSJ, 15. April 2002).

Soziale Konflikte nicht gelöst

Die Niederlage des Putschversuchs wird keinen der zugrunde liegenden sozialen Gegensätze in Venezuela lösen. Chávez wird von denen, die sich zur Unterstützung seiner Politik gesammelt haben, unter zunehmenden Druck kommen, eine noch radikalere Politik zu übernehmen. Die Financial Times warnte: „In den kommenden Monaten wird er wahrscheinlich durch die radikaleren Unterstützer unter Druck kommen, mit einem Programm von mehr Konfrontation weiterzumachen.“ (Financial Times, 15. April 2002).

Die Polarisierung spiegelte sich in der Reaktion von Carlos Ortega, dem Chef der CTV, auf den Vorschlag von Chávez für einen nationalen Dialog zwischen den verschiedenen an der letzten Krise beteiligten Kräften wider. Er antwortete: „Wir werden an Nichts teilnehmen“ (El País, 16. April 2002).

Die jüngsten versöhnlichen Ankündigungen von Chávez waren auch mit Erklärungen verbunden, die in die andere Richtung weisen. Diese Widersprüche zeigen den Druck an, unter dem Chávez schon steht. Obwohl Chávez versprach, es werde keine Hexenjagd gegen die am Putsch Beteiligten geben, sprach er auch von einem „klaren Urteil, das den Normen der internationalen Menschenrechte entspricht.“ (Folha de Sao Paulo, 15. April 2002).

Achtzig an dem Putsch beteiligte Offiziere stehen unter Arrest. Laut Vizepräsident Diosdado Cabello werden Militärtribunale über sie richten. Das militärische Oberkommando wird umstrukturiert, wobei Unterstützer von Chávez in führende Posten berufen werden, einschließlich einem seiner loyalsten Unterstützer, General Julio

Garcia Montoya, der zum Oberkommandierenden ernannt wurde.

Folha de Sao Paulo spekulierte auch, dass die Entscheidung, den Rücktritt der von ihm ernannten PVDSA-Manager anzunehmen, so war, dass der „venezolanische Präsident in der Lage wäre, den Umstrukturierungsprozess des ganzen Managements zu beginnen.“

Nach diesen Ereignissen ist es wahrscheinlich, dass Chávez zwischen einerseits einer versöhnlicheren und andererseits einer radikaleren Richtung schwanken wird, wenn er unter den Druck der verschiedenen Klassen kommt. Es ist möglich, dass Chávez nach dieser Krise gezwungen sein wird, in eine noch radikalere Richtung zu gehen und Kapitalismus und Imperialismus wichtige Schläge zu versetzen.

Der Prozess könnte ein Element von dem sein, was in Portugal während der Revolution [1974-]75 nach dem rechten Putschversuch von Spínola im März 1975 geschah. Als Ergebnis trieb die Peitsche der Konterrevolution den revolutionären Prozess viel weiter nach links. Bankbeschäftigte besetzten die Banken und erklärten sie für verstaatlicht, was die Regierung gezwungenermaßen machen musste. Bis zu 70 Prozent der Wirtschaft war verstaatlicht und selbst die britische Tageszeitung Times hatte die Schlagzeile: „Der Kapitalismus ist in Portugal tot“.

Aber dass weder der Kapitalismus völlig beseitigt, noch ein demokratisch-sozialistischer Produktionsplan und eine Arbeiterregierung geschaffen wurden, ermöglichte dem Kapitalismus, sich schließlich von seiner geschwächten Stellung zu erholen und die Kontrolle über die portugiesische Gesellschaft wiederzuerlangen. Darin liegt eine wichtige Lehre für die Arbeiterklasse in Venezuela.

Hugo Chávez hat vom Leiden der Armen gesprochen und die neoliberale Politik des Kapitalismus angeprangert. Dafür hat er die Unterstützung der Massen der am meisten Niedergedrückten in Venezuela erlangt. Leider brechen seine Bolivarische Revolution und ihr populistisches Programm nicht mit dem Kapitalismus mit dem Ziel der Errichtung von Arbeiterdemokratie und Sozialismus.

Aber wenn er innerhalb des Kapitalismus bleibt, gibt es ernste Grenzen für die Reformen, die seine Regierung zum Nutzen der Masse der Bevölkerung durchführen können. Der Fortbestand des Kapitalismus in Venezuela wird ihn zwingen, mit der rechten Hand zu nehmen, was er mit der linken gegeben hat.

Die Unfähigkeit zur Lösung der entscheidenden Wirtschaftsprobleme, vor denen die Masse der Bevölkerung steht, wird von der herrschenden Klasse zur Erneuerung

einer Kampagne zur Untergrabung seiner Unterstützung genutzt werden.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschränken sich auf die Reform des Kapitalismus und haben ihn nicht einmal so sehr bedroht wie es die Unidad-Popular-Bewegung in Chile zwischen 1970 und 73 machte. So lange Chávez in den Grenzen des Kapitalismus bleibt, wird es nicht möglich sein, die Armut und Ausbeutung zu beenden, die er aufrichtig ablehnt.

Um den Sozialismus aufzubauen, ist es notwendig, dass die Arbeiterklasse bewusst demokratisch die Gesellschaft kontrolliert und plant. Die Arbeiterklasse kann die entscheidende Rolle in der sozialistischen Revolution spielen wegen dem kollektiven Bewusstsein und der Erfahrung, die sie bei der Arbeit in der Fabrik und im Betrieb unter dem Kapitalismus entwickelt. Leider betrachtet Chávez die Massen als Hebel, um auf Reformen zu drängen und als Unterstützungsbasis für die Umsetzung seines Programms von oben. Sie werden nicht als Triebkräfte gesehen, die die Revolution weiterbringen und den Kapitalismus stürzen.

Dies wurde in klar illustriert Richard Gotts von Sympathie geprägter Biographie über Hugo Chávez, „In the Shadow of the Liberator“ [Im Schatten des Befreiers], wo er ein Treffen zur Planung des Putschversuchs von 1992 schildert, den Chávez anführte. Einige UnterstützerInnen warfen die Frage eines Generalstreiks auf und die Notwendigkeit, dass die „Zivilgesellschaft“ eine aktive Rolle in der revolutionären Bewegung spielt. Gott zitiert einen Teilnehmer: „Dies genau wollte Chávez nicht. Überhaupt nicht! Chávez wollte nicht, dass Zivilisten als konkrete Kraft teilnehmen. Er wollte, dass die Zivilgesellschaft Beifall klatscht, aber nicht teilnimmt, was etwas völlig anderes ist“. Chávez erklärte deutlich: „Zivilisten machen Scherereien“. (In the Shadow of the Liberator, S. 64-65)

Solch eine verächtliche Haltung gegenüber der Arbeiterklasse und den vom Kapitalismus Ausgebeuteten wird die Revolution nicht zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung einer wirklich demokratischen ArbeiterInnen- und Bauernregierung bringen.

Wenn die Niederlage dieses Putschversuchs dem revolutionären Prozess erlaubt vorwärts zu gehen, ist es jetzt für die Massenbewegung dringender denn je, gegen Kapitalismus und Imperialismus in die Offensive zu gehen. Die Lehren dieser Krise und was jetzt getan werden muss, werden zweifellos von AktivistInnen in ganz Venezuela und Lateinamerika diskutiert werden.

Revolutionäres Programm notwendig

Die wesentliche Lehre ist die dringende Notwendigkeit eines revolutionären sozia-

listischen Programms und konkreter Schritte zum Sturz von Kapitalismus und der herrschenden Elite.

Die dringendste Aufgabe ist die Schaffung unabhängiger Komitees, die von ArbeiterInnen, Stadtarbeit, BäuerInnen, Jugendlichen und einfachen Soldaten gewählt werden. Die Delegierten für solche Komitees sollten auf Versammlungen gewählt werden und jederzeit abwählbar sein. Diese Komitees sollten sich auf stadtweiter, regionaler und nationaler Grundlage verbinden.

Diese Komitees sollten dringend bewaffnete Verteidigungseinheiten schaffen, um jeden weiteren Putschversuch niederzuschlagen.

Die Komitees der ArbeiterInnen, Jugend, BäuerInnen und Soldaten sollten die Grundlage einer ArbeiterInnen und Bauernregierung bilden mit einem Programm zur Verstaatlichung der führenden Monopole, Banken und Finanzgesellschaften — sowohl in- als auch ausländische — und der Einführung eines Systems von Arbeiterkontrolle und -management.

Unter solch einer Regierung wären alle Beamten gewählt und könnten jederzeit abgewählt werden, erhielten nur den Durchschnittslohn von FacharbeiterInnen.

Es ist klar, dass den höheren Offizieren nicht getraut werden kann, Komitees der einfachen Soldaten müssen gewählt werden, die alle Offiziere überprüfen würden, um zu sehen, wo ihre Loyalität liegt. Offiziere sollten von den Soldaten gewählt werden und jederzeit abwählbar sein.

Eine volle Untersuchung der Planung und Durchführung des Putschversuchs sollte von Volkstribunalen durchgeführt werden. Alle in ihn Verwickelten sollten vor Gericht gestellt werden.

Diese Schritte müssen mit einem Appell an die Arbeiterklasse von Argentinien, Brasilien und aller Länder von Lateinamerika verbunden werden, sich um so ein Programm zu sammeln und eine freiwillige sozialistische Föderation des Kontinents zu schaffen. Dies muss mit einem Unterstützungsasspeal an die Arbeiterklasse und Jugend in den USA verbunden werden, die heuchlerische Regierung von Bush abzulehnen, die die Großkonzerne vertritt.

Der Aufbau einer unabhängigen Massenpartei der Arbeiterklasse, um für so ein Programm zu kämpfen, ist jetzt eine dringende Notwendigkeit in Venezuela. Nur so ein Programm wird die ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus und zum Sieg über den US-Imperialismus erlauben. Wenn diese Schritte nicht unternommen werden, dann wird die Drohung der Reaktion und eines neuen Putsches wieder auftauchen. Es ist dringend, dass die Chance nicht versäumt wird.

Anhang: Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Georg Kümmel: Machtkampf um die Welt (März 2002)

Deutsche Soldaten sind weltweit im Einsatz - um im Konkurrenzkampf der Banken und Konzerne international mit zu mischen.

Wachsender Streit und Zwist statt „grenzenloser Solidarität“: Dieses Bild bieten die Länder der selbsternannten „Koalition gegen den Terror“. Die Kritik an dem Kurs der USA wird auch von Seiten der deutschen Regierung lauter und zahlreicher. Dürfen wir jetzt hoffen, dass Rot-Grün sich neuen Kriegen in den Weg stellen wird? Leider liegen die Dinge ganz anders.

„Die Geschichte hat uns eine einmalige Möglichkeit gegeben, die Freiheit zu verteidigen - wir werden sie nutzen“.

So sieht es der Präsident der Weltmacht Nr. 1, George Bush. Mit Freiheit ist nicht das Versammlungsrecht oder die Pressefreiheit gemeint. Gemeint ist der freie Zugang zu Rohstoffen und Märkten, gemeint ist die Freiheit der Banken und Konzerne, die Welt uneingeschränkter denn je ausplündern zu können.

Diese Freiheit wollen aber nicht nur die US-amerikanischen Ölmultis und Investmentfonds ausweiten. Auch die deutschen, französischen, russischen Konzerne wollen das. Auch für die Länder der EU und für Russland hat der 11. September neue Möglichkeiten eröffnet. Jeder versucht im Wettlauf um die Kontrolle über Länder und Regionen dabei zu sein. Deutschland hat Soldaten unter anderem nach Afghanistan, Usbekistan, Kuwait und ans Horn von Afrika geschickt.

Auf keinen Fall will man den USA das Feld alleine überlassen. Es gibt für Deutschland und die anderen Staaten allerdings ein Problem: die gewaltige wirtschaftliche und militärische Überlegenheit der USA. Die USA bestreiten alleine ungefähr 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben und sagen unverhohlen: „Manchmal gibt es Zeiten, in denen wir allein handeln müssen. Wenn wir unser nationales Interesse verfolgen, darf uns die Antiterrorcoalition dabei nicht behindern.“ (US-Außenminister Powell, Die Zeit, 21.2.02). Die USA planen für die Zukunft sogar den Ersteinsatz von Atomwaffen. Alle anderen Staaten haben natürlich Angst, dass angesichts der Vorherrschaft der USA ihre eigenen „nationa-

len“, sprich imperialistischen, Interessen zu kurz kommen.

Konflikte zwischen den USA und Deutschland

Dieser Machtkampf um die Aufteilung der Welt wird gerne unter dem Mäntelchen der „Solidarität“ versteckt. Deutsche Soldaten seien zum Beispiel in Kuwait und am Horn von Afrika, um den USA zu helfen. Schon im letzten Jahr stellte US-Verteidigungsminister Rumsfeld klar, man habe die Deutschen nicht gerufen.

Deutsche ABC-Panzer stehen in Kuwait, obwohl die amerikanischen Militärs sie da gar nicht brauchen. Die USA haben im Golfkrieg 125 Spürpanzer von Deutschland gekauft und umgerüstet. Sie sind den deutschen Panzern beim Aufspüren biologischer Kampfstoffe sogar überlegen. Es sei daher unwahrscheinlich, dass nun schlechtere Bundeswehr-Modelle angefordert würden, schreibt die Berliner Morgenpost vom 24.10.01. Die Machtstrategen in Deutschland haben die Soldaten nach Kuwait geschickt, weil sie den USA auf die Finger schauen wollen. Von Bushs Absicht den Irak anzugreifen ist man nicht sonderlich begeistert.

Am Ende wird die Kontrolle über die Ölréserven in der Region nur noch uneingeschränkter bei den USA liegen. Und die unkalkulierbaren Folgen eines Krieges gegen den Irak im arabischen Raum gefährden die Handelsinteressen der deutschen Wirtschaft.

Demgegenüber wollen die USA in dieser Region am liebsten gar keine deutschen Soldaten sehen. Aber mit welcher Begründung sollten sie diese nach Hause schicken? Das selbe gilt für die deutschen Marine-Einheiten am Horn von Afrika. Angeblich ist ihre Aufgabe die Sicherung der Seewege. Sicherung vor wem? Vor Bin Laden, falls er dort auf einem Surfbrett oder im Schlauchboot aufkreuzen sollte? Tatsächlich errichtet die Bundeswehr am Horn von Afrika eine Nachschubbasis für künftige Auslandseinsätze. Wer die Bundeswehr in alle Welt schicken will, braucht auch Stützpunkte in aller Welt.

[Solidarität. Sozialistische Zeitung. Nr. 1, April 2002]

Wachsende Rüstungsausgaben

Nach dem 11. September wurde der Eindruck erweckt, die großen Staaten würden im Kampf gegen den Terror enger zusammenrücken.

In Wirklichkeit nutzen alle das nur als Deckmäntelchen, um ihren eigenen Einfluss in der Welt auszudehnen. Dabei geraten sie unvermeidlich in Konflikt zueinander, Konkurrenz statt Kooperation ist die kapitalistische Logik.

Das wurde auch auf der internationalen „Sicherheitskonferenz“ im Januar in München deutlich. Am Ende lautete das Fazit: Die NATO sei als Militär-Bündnis endgültig überholt, die Europäer müssten sehen, dass sie ihre Interessen unabhängig von den USA auf anderen Wegen durchsetzen. Die anti-amerikanischen Töne werden hierzulande lauter werden. Aber vor allem wird der Rüstungshaushalt drastisch wachsen. Die propagandistische Vorbereitung dazu läuft, praktisch jeden Tag hört man Klagen über die schlechte Ausrüstung der Bundeswehr. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventions-Armee schreitet fort, denn der Machtkampf um die Ausbeutung der Welt wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Europa strebt nach militärischer Unabhängigkeit

Schon länger gehen die USA und die westeuropäischen Länder in der Rüstung und bei strategisch wichtigen Technologien getrennte Wege. Mit der Raumfahrt-Rakete „Ariane“ verfügt man über ein eigenes System um Satelliten ins All zu schicken. Derzeit wird das Programm „Galileo“ angeschoben. Damit wollen die Europäer ein erdumspannendes System von Navigations-Satelliten aufbauen, um zum Beispiel ferngesteuerte Bomben unabhängig vom „Global Positioning System“ (GPS) der USA ins Ziel bringen zu können. Früher setzte man bei der Bundeswehr auf amerikanische Phantom-Kampfflugzeuge, heute fliegen europäische Tornados und demnächst der „Eurofighter“.

Was will die SAV?

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflusssphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher - weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

Widerstand

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei attac, widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, stattdessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung. Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört.

Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

SAV und CWI

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen bedarf es einer revolutionären, sozialistische Massenpartei. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV.

Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Kein gewählte/R VertreterIn (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit.

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit und Soziales

- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Arbeit, Umwelt, Bildung und Soziales - Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- für drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- Verteilung der Arbeit auf alle
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 750 Euro netto plus Warmmiete
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohlregierung und der SPD/Grüne-Koalition
- Nein zu Privatisierungen - Rückverstaatlichung aller privatisierten Betriebe
- Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- Bildung ist keine Ware - für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle!

- Einstellung von 25.000 LehrerInnen jährlich und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- Nein zu Studiengebühren
- Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 800 Euro netto
- Qualifizierte Ausbildung für jeden im gewünschten und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren

Gegen Diskriminierung

- gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Behinderung oder sexueller Orientierung
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Weg mit dem Paragraf 218
- Gegen staatlichen Rassismus - Weg mit den Ausländergesetzen
- Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Keine Abschiebungen
- Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Umweltschutz

- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze
- für die Beschäftigten
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Abrüstung jetzt

- Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Stopp von Rüstungsexporten durch Überführung der Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum und Umstellung auf zivile Produktion

Gewerkschaften und Arbeiterpartei

- für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- Nein zu Lohnverzicht
- Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm

Globalisierung

- Sofortige, bedingungslose und komplette Schuldenerreichung für die armen Länder
- Für die Auflösung von IWF, Weltbank und WTO
- Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau und Privatisierung
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne und zu weiteren Euro-Opfern

Für eine sozialistische Demokratie

- Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Statt überbezahlter und korrupter Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung: durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Produktion für den Profit - Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur

